



universität  
wien

# MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

## Die Kraft des Taktischen

Bismarck und der Ausbruch des Deutsch-Französischen Kriegs

Verfasser

Felix Radax, BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, im März 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 803

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Masterstudium Geschichte

Betreuer:

o. Univ.-Prof. Dr. Mitchell Ash



## Abstract

Diese Arbeit wirft einen genauen Blick auf die sogenannte Julikrise, die 1870 zum Ausbruch des Deutsch-Französischen Kriegs führte. Anders als die meisten Studien zum Thema konzentriert sie sich nicht auf das politisch-strategische Interesse der beiden Regierungen an einem Krieg. Im Mittelpunkt stehen vielmehr die taktischen Fehler, die auf beiden Seiten begangen wurden. Sie waren für den Kriegsausbruch von entscheidender Bedeutung, da sie am Ende der Krise zu einer Situation führten, in der sowohl Paris als auch Berlin keine andere Möglichkeit sahen, als die diplomatische Auseinandersetzung auf die Spitze zu treiben. Im Fall der französischen Regierung ist diese Feststellung nicht neu; im Fall der preußischen dagegen ist sie eine Seltenheit. Auch Bismarck, so die zentrale These dieser Arbeit, wurde am Ende zum Gefangenen seiner eigenen taktischen Fehler.

*This thesis takes a close look at the so-called July crisis, which in 1870 led to the outbreak of the Franco-Prussian War. Unlike most studies on the subject, it focuses not on the political-strategic interests of the two governments in going to war. Rather, the tactical errors committed by both sides are at the centre of attention. They were crucial for the outbreak of the war, because they led to a situation at the end of the crisis in which both Paris and Berlin saw only the option of taking the diplomatic quarrel to extremes. In the case of the French government this finding is not new; in the case of Prussia, however, it is a rarity. Bismarck, too, in the end, according to the central thesis of this work, became a prisoner of his own tactical mistakes.*

## Inhalt

<i>Abstract</i> .....	3
Einleitung .....	5
<b>1. Die Ausgangssituation:</b> Ein Preuße als König von Spanien? .....	12
<b>2. Frankreich in der Offensive:</b> Der überdeutliche Einspruch der französischen Regierung .....	24
<b>3. Bismarck in der Defensive:</b> Die riskante Taktik des Kanzlers .....	33
<b>4. Die Defensive wankt:</b> König Wilhelm auf der Suche nach einem Ausweg .....	44
<b>5. Die Defensive bricht zusammen:</b> Der Kandidat verzichtet auf den Thron .....	52
<b>6. Bismarck holt zum Gegenschlag aus:</b> Schadensbegrenzung oder gezielte Provokation? .....	62
<b>7. Das Finale:</b> Die „Emser Depesche“ und der Ausbruch des Kriegs .....	75
Zusammenfassung .....	90
Quellenverzeichnis .....	96
Gedruckte Primärquellen .....	96
Sekundärquellen .....	97
<i>Lebenslauf des Verfassers</i> .....	102

## Einleitung

Mehr als 140 Jahre nach Ausbruch des Deutsch-Französischen Kriegs kommt die Debatte über die Ursachen dieses Epoche machenden Konflikts nicht zur Ruhe. Allein im vergangenen Jahrzehnt erschien eine Fülle an neuen Studien, deren vollständige Aufzählung hier den Anmerkungsapparat sprengen würde. Die Interpretationspalette wurde dabei um wichtige Schattierungen ergänzt, hat sich jedoch im Grunde nicht wesentlich erweitert: Während Josef Becker erneut und im Rahmen einer dreibändigen Quellensammlung<sup>1</sup> mit Nachdruck zu zeigen versucht, dass Bismarck den Krieg gezielt herbeigeführt habe, um dadurch innen- und deutschlandpolitische Probleme zu meistern, hält sich in den übrigen Neuerscheinungen auch hartnäckig die Ansicht, es habe sich bei der Kandidatur eines Hohenzollern-Prinzen für den spanischen Thron um ein friedlich gemeintes Projekt gehandelt, mit dem der norddeutsche Bundeskanzler nur die machtpolitische Balance in Europa zugunsten seines Staats verändern wollte. Der US-amerikanische Autor David Wetzel etwa vertritt diese Meinung in seinem Buch „Duell der Giganten“<sup>2</sup> und ist damit nicht allein.<sup>3</sup>

Zusammen mit Eberhard Kolbs Monografie von 1970<sup>4</sup> gehört die vor einiger Zeit in der Zeitschrift „Central European History“ abgedruckte Kontroverse zwischen Wetzel und Becker zum Aufschlussreichsten, was je über die Julikrise von 1870 geschrieben wurde.<sup>5</sup> In aller Deutlichkeit arbeitet Becker dort heraus, weshalb bestimmte Äußerungen Bismarcks, die zu dessen Verteidigung immer wieder herangezogen wurden und werden, im Grunde dazu nicht taugen: etwa, dass er einen Präventivkrieg angeblich nie befürwortet hätte, oder dass er mit dem Tempo der kleindeutschen Einigung zufrieden gewesen sei. Ein „Duell der Giganten“ wissenschaftlicher Art ist ferner Beckers Auseinandersetzung mit Kolb, dem Doyen der Friedensthese. Während Wetzel und Becker im Tonfall trotz entgegen gesetzten Ansichten zuvorkommend bleiben, ist bei dem deutsch-deutschen Schlagabtausch via „Historische Zeitschrift“ eine gewisse Frostigkeit zu spüren.<sup>6</sup> Kolb weicht nach Erscheinen

---

<sup>1</sup> Josef Becker (Hg.), unter Mitarbeit von Michael Schmid, Bismarcks spanische „Diversion“ 1870 und der preußisch-deutsche Reichsgründungskrieg. Quellen zur Vor- und Nachgeschichte der Hohenzollern-Kandidatur für den Thron in Madrid 1866-1932. 3 Bde. (Paderborn/München/Wien/Zürich 2003-2007).

<sup>2</sup> David Wetzel, A Duel of Giants. Bismarck, Napoleon III, and the Origins of the Franco-Prussian War (Madison 2001) 66f., 72f. u. 92-94.

<sup>3</sup> Vgl. Maik Ohnezeit, Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71: Vorgeschichte, Ursachen und Kriegsausbruch. In: Jan Ganschow, Olaf Haselhorst, Ders. (Hg.), Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Vorgeschichte – Verlauf – Folgen (Graz 2009) 17-82, hier 75f.

<sup>4</sup> Eberhard Kolb, Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870 (Göttingen 1970).

<sup>5</sup> Siehe Kapitel 1 (Anm. 39, 40 u. 41).

<sup>6</sup> Vgl. Eberhard Kolb, [Rezension von Becker (Hg.), Bismarcks spanische „Diversion“ 1870, Bd. 1 u. 2]. In: HZ 278 (2004) 485-488 sowie Beckers Reaktion auf dieselbe in Ders. (Hg.), Bismarcks spanische „Diversion“ 1870,

von Beckers Quellensammlung nicht ein Jota von seiner Sichtweise ab, und umgekehrt gilt für Becker dasselbe. (Es fragt sich, ob eine Synthese der besten Argumente der beiden tatsächlich so aussichtslos wäre, wie es auf den ersten Blick scheint.<sup>7</sup>)

Bei aller Divergenz in den Auffassungen haben Bismarck-Kritiker und Bismarck-Verteidiger jedoch eines gemeinsam: Sie konzentrieren sich auf die *Strategie* des Kanzlers, also auf die Frage, ob Bismarck die französische Regierung mit der Hohenzollern-Kandidatur in Spanien zum Krieg provozieren wollte oder nicht. Der preußische Ministerpräsident erscheint dabei letztlich immer als genialer Staatsmann, dessen Diplomatie der französischen überlegen war, und dessen Pläne zur kleindeutschen Einigung aufgingen – unabhängig davon, ob der jeweilige Autor die Politik des „Eisernen Kanzlers“ im Jahr 1870 für defensiv oder offensiv, für legitim oder verwerflich hält.

Die vorliegende Arbeit versucht, die Bereiche Strategie und Taktik getrennt voneinander zu behandeln. Dadurch soll transparenter werden, aus welcher der beiden Sphären die Hauptursache für den Krieg herrührte. Unter Strategie wird dabei verstanden, was Bismarck mit der Hohenzollern-Kandidatur erreichen wollte, und unter Taktik, wie er die Kandidatur durchzusetzen gedachte. Die Julikrise wird als diplomatisches „Gefecht“ betrachtet, das über den Rücktritt des Thronkandidaten hinausreichte. Denn der Kanzler hatte noch mehr zu verlieren: das preußische Ansehen (und ferner sein eigenes). Wir werden sehen, wie Bismarck es nach dem Ende der Kandidatur für notwendig hielt, mit allen Mitteln den *Anschein* zu vermeiden, Preußen habe gegen Frankreich verloren. Seine Unternehmungen am 12. und 13. Juli werden deshalb für die Zwecke dieser Untersuchung ebenfalls zur Taktik gezählt, obgleich Strategie und Taktik sich gegen Ende der Krise annäherten: Für Bismarck war es im Hinblick auf die großpreußisch-kleindeutsche Machtpolitik von strategischer Bedeutung, dieses Gefecht gegen Frankreich nicht zu verlieren, auch wenn dieser Aspekt hier weniger ausführlich diskutiert werden soll.

Der Vorteil, den diese Herangehensweise bietet, ist folgender: Es kann hinterfragt werden, inwieweit die ursprünglichen Pläne des Kanzlers nach dem unerwarteten Fehlschlag des spanischen Kandidatur-Projekts überhaupt noch ausschlaggebend waren. War es nicht vielmehr ein *taktisches* Problem, das den Ausbruch des Kriegs verursachte? Selten wird deutlich genug darauf hingewiesen: Mit der Vorgehensweise, die Bismarck sich zur Durchsetzung der Hohenzollern-Kandidatur überlegt hatte, scheiterte er zunächst einmal

---

Bd. 3: Spanische „Diversion“, „Emser Depesche“ und Reichsgründungslegende bis zum Ende der Weimarer Republik. 12. Juli 1870 – 1. September 1932 (Paderborn/München/Wien/Zürich 2007) XXIV, Anm. 40.

<sup>7</sup> Kolb hat überzeugend gezeigt, dass Bismarck von der Aggressivität der französischen Gegenwehr überrascht war. Becker wird nicht müde zu betonen, dass der Kanzler mit der „Diversions“-Depesche für diesen Fall gewappnet war. Kann nicht beides stimmen?

gründlich.<sup>8</sup> Sein taktisches Kalkül ging nicht auf, vor allem, weil das Projekt früher als geplant publik wurde und die französische Regierung in anderer Form als erwartet und völlig unkonventionell auf die Bedrohung reagierte. Was auch immer über die strategischen Absichten hinter der Kandidatur geschrieben wurde: Sofern eine Provokation Frankreichs nicht Bismarcks einziges und ausschließliches Ziel war (und selbst Becker betont, dass der Rücktritt des Kandidaten ihn alles andere als gleichgültig ließ<sup>9</sup>), war er mit seinen Plänen am 12. Juli zunächst einmal gründlich gescheitert. Muss man aber im selben Atemzug nicht auch feststellen, was das für den Ursprung des Kriegs bedeutet? Erst aus dem drohenden Desaster, so die sich anbietende Hypothese, ergab sich für den Ministerpräsidenten die Notwendigkeit, mit allen Mitteln den Eindruck einer Blamage Preußens zu vermeiden. Dass er das Risiko eines Kriegs dabei (zumindest) in Kauf nahm, ist eine kanonisierte Auffassung.<sup>10</sup> (Der letzte Beweis für ihre Richtigkeit wäre nach Ansicht des Verfassers dennoch gründlicher als bisher in Bismarcks Eindruck von Napoleon III. zu suchen, wie zu erörtern sein wird.) Entscheidend ist hier aber nicht Bismarcks grundsätzliche Bereitschaft zum Krieg, sondern die Frage, ob nicht erst die taktischen Fehler den diplomatischen Gewaltakt bedingten, zu dem der Kanzler sich nach dem Scheitern der Kandidatur gezwungen sah, und der umso eher zum Krieg führte, als auch die französische Regierung sich mit dem Erreichten nicht zufrieden gab.

Die kurzfristigen Ursachen des Deutsch-Französischen Kriegs werden uns im Folgenden also besonders beschäftigen. Nach einem entsprechend knapp gehaltenen Überblick über den seit 1866 schwelenden Konflikt zwischen Frankreich und Preußen, der sich an der spanischen Thronfrage entzündete, wird dazu vorerst die Gegenoffensive der französischen Regierung beschrieben, vor deren Hintergrund sich Bismarcks Krisentaktik bewähren musste. Es folgt

---

<sup>8</sup> Am ehesten findet sich dieser Gedanke ausgesprochen bei den Vertretern der Friedens- oder Abschreckungstheorie: Kolb weist explizit auf die falschen Erwartungen Bismarcks hin, gibt aber den Konsequenzen, die sich daraus für den Kanzler ergaben, keine bedeutende Schuld am Ausbruch des Kriegs, vgl. *Kolb*, *Kriegsausbruch 1870*, 54 u. passim; Wetzel setzt zwar die Entscheidung zum Krieg ausdrücklich nach dem Kollaps der Kandidatur an, unterlässt es aber, Bismarcks fehlgeschlagene Taktik dafür zu kritisieren, sondern konstatiert nur einen Irrtum in Bezug auf Napoleon III., vgl. *Wetzel*, *Duel of Giants*, 93f.; ein älteres Werk von Herbert Geuss wiederum konzentriert sich auf die *Absichten* des Kanzlers, also die Strategie, und sieht diese mit dem Ende der Hohenzollern-Kandidatur als gescheitert an, macht allerdings die unzureichende Geheimhaltung, sowie ferner die Einstellung des Königs und die „zaghafte[n]“ Spanier dafür verantwortlich, nicht aber Bismarck selbst, vgl. Herbert *Geuss*, *Bismarck und Napoleon III. Ein Beitrag zur Geschichte der preußisch-französischen Beziehungen 1851-1871* (Kölner Historische Abhandlungen 1, Köln/Graz 1959) 265-267. Generell wird zwischen Strategie und Taktik bei der Beschäftigung mit den Kriegsursachen nicht streng unterschieden.

<sup>9</sup> *Becker* (Hg.), *Bismarcks spanische „Diversion“ 1870*, Bd. 1: *Der Weg zum spanischen Thronangebot*. Spätjahr 1866 – 4. April 1870 (Paderborn/München/Wien/Zürich 2003) LXXVIII.

<sup>10</sup> Vgl. etwa Lothar *Gall*, *Bismarcks Süddeutschlandpolitik 1866-1870*. In: Eberhard *Kolb* (Hg.), unter Mitarbeit von Elisabeth *Müller-Luckner*, *Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellation – Konfliktfelder – Kriegsausbruch* (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 10, München 1987), 23-32, hier 31. Vgl. auch fast wörtlich Wolfgang *J. Mommsen*, *Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck 1850 bis 1890* (Propyläen Geschichte Deutschlands 7/1, Frankfurt am Main/Berlin 1993) 225f.

eine Auseinandersetzung mit den Manövern, die der Ministerpräsident vollzog, um sein ins Schlingern geratenes Schiff auf Kurs zu halten. Anschließend wird untersucht, weshalb es der französischen Regierung dennoch gelang, die Kandidatur zu Fall zu bringen. Das Ringen des norddeutschen Kanzlers um eine passende Antwort schließlich bildet den Schwerpunkt der beiden letzten Kapitel. Gezeigt werden soll, wie zur Verhinderung der letztlich selbstverschuldeten diplomatischen Niederlage nur mehr ein Gegenangriff in der einen oder anderen Form blieb, um der französischen Regierung den Sieg noch streitig zu machen. Die Art des französischen Vorgehens lieferte Bismarck dabei die willkommene Chance, die rivalisierende Großmacht als bedrohlich und anmaßend darzustellen – und taktisch spät, aber strategisch zur rechten Zeit eine Solidarisierung Süd- und Norddeutschlands zu bewirken.

Damit geht die Untersuchung einen Schritt über die Ziele hinaus, die ihrer Konzeption ursprünglich zugrunde lagen. An dieser Stelle deshalb ein paar Sätze zu ihrer Entstehung: Geplant war zunächst „nur“, eine ausgewogene Arbeit zu schreiben, die keine Seite zu Unrecht für das Versagen der Diplomatie verantwortlich macht. Die Darstellung sollte dem Fachmann genügen, zugleich aber auch für den Leser verständlich sein, der zum ersten Mal einen Text über die Julikrise zur Hand nimmt. Faktische Fehler sollten vermieden werden, was nicht selbstverständlich ist, da sie auch in guten Interpretationen leider regelmäßig vorkommen. Diese Ziele wurden hoffentlich erreicht. Falls es darüber hinaus gelungen sein sollte, den Text lesenswert zu gestalten, ist es der Qualität und Anzahl der im Druck erschienenen Primärquellen zu danken, die bisweilen, wenn auch nicht immer, einen guten Einblick in die Gefühls- und Gedankenwelt der Akteure bieten.<sup>11</sup> Um vom Urteil der Sekundärquellen so unbeeinflusst wie möglich zu sein, wurde der erste Entwurf des Texts auf Basis der gedruckten Primärquellen geschrieben, was sich verstärkt ab Kapitel 2 zeigt, sobald die Krise im engeren Sinn einsetzt. Die Fachliteratur in ihrer Masse wurde erst nach Abschluss des Entwurfs herangezogen, um einerseits den historischen Hintergrund zu beleuchten (Kapitel 1), andererseits einen chronologischen Überblick über die wichtigsten

---

<sup>11</sup> Zu den Primärquellen: Im Fall der französischen Regierung kann man sich bei der Beschäftigung mit der Julikrise weitgehend auf den 29. Band der „Origines Diplomatiques“ (OD) beschränken, obwohl Onckens „Rheinpolitik“ (vor allem die darin enthaltenen aufschlussreichen Berichte des österreichischen Botschafters in Paris) sowie die ältere Quellensammlung von Fester (etwa wegen der Berichte des britischen Botschafters aus der französischen Hauptstadt) stellenweise unentbehrlich sind. Im Fall der preußischen Regierung ist die Situation weniger übersichtlich: Die wichtigen Dokumente sind hier entweder mehrfach ediert oder auf verschiedene Werke verteilt. Becker hat hier zum Teil Abhilfe geschaffen, indem er die Editionen von Bonnin und Dittrich zur Gänze übernommen hat. Dennoch liegt der Großteil von Bismarcks Korrespondenz im relevanten Zeitraum (einschließlich der mit dem König) bis zum Erscheinen des entsprechenden Bands der „Neuen Friedrichsruher Ausgabe“ am übersichtlichsten in älteren Editionen vor. Im Rahmen dieser Arbeit wurde die Entscheidung getroffen, bei Äußerungen Bismarcks den „Gesammelten Werken“ (GW) den Vorzug als Referenz zu geben, bei an Bismarck gerichteten Äußerungen dagegen der praktischen Sammlung Lords, sofern nicht in beiden Fällen eine neuere und besser edierte oder kommentierte Version etwa bei Becker oder Walder vorliegt.

Interpretationen der Julikrise seit der Zwischenkriegszeit zu erhalten. Vor allem wurde mithilfe der Sekundärquellen versucht, die Menge an größeren und kleineren Fragen zur Krise selbst, die sich aus der Beschäftigung mit den Primärquellen ergeben hatten, systematisch zu klären. (Die Frage nach Bismarcks Einschätzung des französischen Kaisers wird uns jedoch bis zum Schluss beschäftigen.) Schließlich drängte sich gegen Ende der Bearbeitung zunehmend der Gedanke auf, die taktischen Zwänge der beiden Regierungen in den Vordergrund zu rücken. Denn wer, wie der Verfasser ursprünglich, in den Quellen vor allem nach Gründen sucht, keiner Seite zu Unrecht die Schuld zuzuweisen, steht zum Schluss vor dem Problem, keine Seite zu Recht verantwortlich machen zu können, wodurch der Krieg etwas schicksalhaft Unvermeidliches erhält.<sup>12</sup> Es erschien auch erforderlich, ein Gegengewicht zu der in der Forschung dominanten Suche nach Bismarcks Strategie zu schaffen.

Wenn nämlich ein taktischer Fehler den Ausbruch des Kriegs von 1870 erklärt, müsste das Urteil über den Reichsgründer dann nicht anders ausfallen? Müssten nicht jene, die vor allem die französische Regierung und ihre kompromisslose Eskalationsbereitschaft für den Waffengang verantwortlich machen, anerkennen, dass auch der norddeutsche Kanzler sein Land in eine Situation manövrierte, aus der er es nur mit Gewalt wieder befreien konnte? Und sollten nicht umgekehrt jene, die Bismarck von Anfang an mit strategischer Entschlossenheit in den Krieg marschieren sehen, stärker berücksichtigen, dass erst das Scheitern der Kandidatur das militärische Kräftemessen in weiterer Folge bedingte? Eberhard Kolb, dessen systematische Untersuchung besonders für die Beurteilung der französischen taktischen Fehler maßgeblich ist, hat darauf hingewiesen, dass eine Regierung schwerlich einen Krieg *wollen* wird, solange der Gegner auf anderem Weg nachgibt. Entscheidend sei vielmehr das Handeln, die mehr oder weniger große Gefahr, die sich aus Inhalt und Form ihrer Forderungen ergibt.<sup>13</sup> Betrachtet man nun, anders als Kolb, auch Bismarcks Versuch, heimlich einen Hohenzoller in Spanien zu platzieren, als inhaltlich und formal, wie sich zeigte, brandgefährliche, unausgesprochene „Forderung“, ist dann der eventuelle Wille des Kanzlers, den Frieden zu erhalten, nicht ebenso irrelevant wie der eventuelle Wille der französischen Regierung, den Krieg herbeizuführen? Muss man den Kanzler nicht – zumindest *ex post* – ähnlich stark kritisieren wie die Verantwortlichen in Paris, in seinem Fall dafür, die

---

<sup>12</sup> Der einfachste, aber nicht unbedingt richtige Weg, mit diesem Problem umzugehen, ist, von einer seit längerem bestehenden Kriegsabsicht auf beiden Seiten auszugehen, wie es vor nicht allzu langer Zeit getan wurde, vgl. Geoffrey Wawro, *The Franco-Prussian War. The German Conquest of France in 1870-1871* (Cambridge/New York etc. 2003; Paperback 2005) 31f. u. 36. Wawro ist allerdings der Meinung, dass gerade die Krise um Spanien für Bismarck eher überraschend zum Kriegsauslöser wurde, vgl. ebd. 34.

<sup>13</sup> Kolb, *Kriegsausbruch 1870*, 72.

Kriegsgefahr unterschätzt zu haben und außerdem auf eine Abwehrtaktik vertraut zu haben, die wenig später zur gewaltsamen Vermeidung einer Niederlage zwang?

Mit guten Argumenten gibt Kolb zu bedenken, dass die Art und Weise, wie die französische Regierung reagierte, „objektiv“ schlecht vorhersehbar gewesen sei, weshalb man über Bismarck wegen dieses Versäumnisses nicht den Stab brechen könne.<sup>14</sup> In Bezug auf die Frage, ob eine feindselige Reaktion Frankreichs jedoch „grundsätzlich kalkulierbar“ gewesen sei, ist eher der Auffassung seines Kontrahenten Becker zuzustimmen.<sup>15</sup> Wie bereits aus einem viel früheren Zitat Bismarcks hervorgeht, wusste der Kanzler über die geschichtliche Bedeutung Karls V. bestens Bescheid.<sup>16</sup> Im März 1870, als die spanische Thronkandidatur mit König Wilhelm besprochen wurde, warb er sogar mit den ruhmreichen „Antezedentien“ des Hauses Habsburg für das Projekt.<sup>17</sup> Ein so aufsehenerregendes und potenziell prestigeträchtiges Unterfangen durchführen zu wollen – in einer Situation, in der Preußens Gewinn Frankreichs Verlust sein musste – lässt sich nur durch das unerschütterliche Vertrauen auf die eigene Abwehrtaktik erklären.<sup>18</sup> Der Kanzler unterschätzte die Länge von Frankreichs Arm und vertraute auf Risikofaktoren, die außerhalb seines Einflussbereichs lagen – etwa die Reaktion der französischen Regierung oder die fehleranfällige Telegrafentechnik, sowie die abweichende Vorstellung vom Wohl Preußens, wie der König und der Vater des Kandidaten sie vertraten. Dass das Kartenhaus, als es in sich zusammenstürzte, den Kanzler nicht begrub, hatte dieser letztlich den Siegen der deutschen Armeen zu verdanken, die freilich nicht sein unmittelbares Verdienst waren. Man sollte eine Glorifizierung Bismarcks nicht fördern, indem man mehr oder minder stillschweigend Leichtsinnigkeiten übergeht, deren Konsequenzen gleichfalls nur ex post betrachtet relativiert werden können und deren Rechnung im Übrigen am wenigsten der spätere Fürst bezahlte.

Im Folgenden soll das Handeln sowohl Bismarcks als auch der französischen Regierung aber nur an den eigenen Zielsetzungen gemessen werden und nicht an seinen ethischen Implikationen. Das 19. Jahrhundert verstand die militärische Durchsetzung von Interessen weitgehend als selbstverständlichen Ausdruck staatlicher Souveränität.<sup>19</sup> Kriege wurden von

---

<sup>14</sup> Vgl. ebd. 54-61.

<sup>15</sup> Vgl. Josef Becker, Der Krieg mit Frankreich als Problem der kleindeutschen Einigungspolitik Bismarcks 1866-1870. In: Michael Stürmer (Hg.), Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870-1918 (Düsseldorf 1970) 75-88, hier 87.

<sup>16</sup> Vgl. Winfried Baumgart, Europäisches Konzert und nationale Bewegung. Internationale Beziehungen 1830-1878 (Handbuch der Geschichte der Internationalen Beziehungen 6, Paderborn/München/Wien/Zürich 1999) 247 u. 397.

<sup>17</sup> „Außeramtlicher“ Immediatbericht Bismarcks, 9.3.1870, Becker, Bd. 1, Nr. 195, 343-352, hier 346. Wo nicht anders vermerkt, bezieht sich die Datierung von Primärquellen im Folgenden immer auf das Jahr 1870.

<sup>18</sup> Vgl. Bucher an Salazar (sog. „Instruktionsbrief Bismarcks“), 25.6., Becker, Bd. 2, Nr. 628, 371f.

<sup>19</sup> Torsten Stein, Christian von Buttlar, Völkerrecht (Köln/Berlin/München, 11., kompl. Neubearb. Aufl. 2005) 291-293.

Politikern beschlossen, zu deren Verteidigung gesagt werden kann, dass ihnen immerhin die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts fehlten – obschon der Maßstab sich seit den napoleonischen Feldzügen unübersehbar vergrößert hatte.

Abschließend noch der Hinweis auf eine formale Besonderheit dieser Arbeit: Der Text ist so geschrieben, dass es für einen raschen Überblick über den Inhalt genügt, immer nur den ersten Satz jedes Absatzes zu lesen. In der Regel sind darin die wichtigsten Botschaften platziert. Die Eröffnungssätze der Absätze bilden in Summe sogar einen Text im Text, einen „Metatext“, der ebenso schlüssig zu lesen ist wie der normale Fließtext, ohne freilich die gesamte Information zu transportieren. Wenn man möchte, kann man so die Zeit, die man für die Begutachtung dieser Arbeit aufwendet, stark verkürzen. Damit die Methode ihre volle Wirkung entfaltet, sollte aber auf zwei Dinge geachtet werden: Erstens muss der erste Satz vollständig gelesen werden, das heißt bis zum Punkt oder Fragezeichen (Ausrufezeichen sind selten) und damit über sämtliche Beistriche, Strichpunkte, Doppelpunkte, Gedankenstriche, An- und Ausführungszeichen etc. hinweg. Zweitens erfordert es ein wenig Übung, nach dem Ende des Satzes direkt zum nächsten Absatz zu springen und nicht im zweiten Satz weiter zu lesen. Falls man das konsequent durchhält, kann man den Text auf zwei Arten lesen, und es entsteht ein bisweilen bemerkenswertes Erlebnis im Vergleich mit dem Fließtext. Die Methode kann in jedem Kapitel angewendet werden.<sup>20</sup>

---

<sup>20</sup> Im Fall dieser Einleitung beispielsweise ergibt sich daraus ein „Metatext“, der aus elf Sätzen besteht. Er lautet: Mehr als 140 Jahre nach Ausbruch des Deutsch-Französischen Kriegs kommt die Debatte über die Ursachen dieses Epoche machenden Konflikts nicht zur Ruhe. Zusammen mit Eberhard Kolbs Monografie von 1970 gehört die vor einiger Zeit in der Zeitschrift „Central European History“ abgedruckte Kontroverse zwischen Wetzel und Becker zum Aufschlussreichsten, was je über die Julikrise von 1870 geschrieben wurde. Bei aller Divergenz in den Auffassungen haben Bismarck-Kritiker und Bismarck-Verteidiger jedoch eines gemeinsam: Sie konzentrieren sich auf die *Strategie* des Kanzlers, also auf die Frage, ob Bismarck die französische Regierung mit der Hohenzollern-Kandidatur in Spanien zum Krieg provozieren wollte oder nicht. Die vorliegende Arbeit versucht, die Bereiche Strategie und Taktik getrennt voneinander zu behandeln. Der Vorteil, den diese Herangehensweise bietet, ist folgender: Es kann hinterfragt werden, inwieweit die ursprünglichen Pläne des Kanzlers nach dem unerwarteten Fehlschlag des spanischen Kandidatur-Projekts überhaupt noch ausschlaggebend waren. Die kurzfristigen Ursachen des Deutsch-Französischen Kriegs werden uns im Folgenden also besonders beschäftigen. Damit geht die Untersuchung einen Schritt über die Ziele hinaus, die ihrer Konzeption ursprünglich zugrunde lagen. Wenn nämlich ein taktischer Fehler den Ausbruch des Kriegs von 1870 erklärt, müsste das Urteil über den Reichsgründer dann nicht anders ausfallen? Mit guten Argumenten gibt Kolb zu bedenken, dass die Art und Weise, wie die französische Regierung reagierte, „objektiv“ schlecht vorhersehbar gewesen sei, weshalb man über Bismarck wegen dieses Versäumnisses nicht den Stab brechen könne. Im Folgenden soll das Handeln sowohl Bismarcks als auch der französischen Regierung aber nur an den eigenen Zielsetzungen gemessen werden und nicht an seinen ethischen Implikationen. Abschließend noch der Hinweis auf eine formale Besonderheit dieser Arbeit: Der Text ist so geschrieben, dass es für einen raschen Überblick über den Inhalt genügt, immer nur den ersten Satz jedes Absatzes zu lesen.

## 1. Die Ausgangssituation: Ein Preuße als König von Spanien?

„Kommen Sie, ich muss mit Ihnen reden.“<sup>1</sup> Schon als er im Empfangsraum gewartet hatte, war dem französischen Botschafter aufgefallen, dass heute Abend etwas nicht stimmte. Der spanische Ministerpräsident Prim, sonst immer so amikal ihm gegenüber, wirkte beinahe verlegen, als er ihn in sein Arbeitszimmer geleitete. Es war Samstag, der 2. Juli 1870, in Madrid. „Ich muss mit Ihnen über eine Sache sprechen“, begann Prim, „die dem Kaiser nicht angenehm sein wird, befürchte ich ...“<sup>2</sup> Der Botschafter ahnte, was kommen würde.

Seit die Bourbonenkönigin Isabella II. zwei Jahre zuvor von der Septemberrevolution aus Spanien vertrieben und eine neue Verfassung proklamiert worden war, befand sich die spanische Regierung unter den Revolutionsgenerälen Serrano und Prim auf der Suche nach einem konstitutionellen Monarchen für das Land.<sup>3</sup> Die Aufgabe hatte sich schwierig gestaltet, denn manchen der in Frage kommenden Kandidaten fehlte der Rückhalt der politischen Parteien, andere schienen zu alt oder zu jung, und von den Königshäusern Portugals und Italiens hatte man enttäuschende Absagen erhalten. Bald schien es nur mehr einen einzigen aussichtsreichen Kandidaten zu geben, den Herzog von Montpensier, dessen Wahl sich allerdings außenpolitisch nicht empfahl. Als Sohn des gestürzten französischen Bürgerkönigs Louis-Philippe war ihm die Feindschaft Kaiser Napoleons III. von Frankreich gewiss.

Zuletzt hatten sich Gerüchte verdichtet, Prim könnte mit einem Prinzen aus der katholischen Verwandtschaft des preußischen Königshauses verhandeln, weshalb der französische Außenminister Mitte Juni Botschafter Mercier in Madrid beauftragt hatte, herauszufinden, was an der Sache dran sei.<sup>4</sup> Die Geheimhaltung, mit der Prim das Projekt belegt hatte – um Intrigen des Konkurrenten Montpensier vorzubeugen und keinen weiteren öffentlichen Fehlschlag in der Suche nach einem König hinnehmen zu müssen – funktionierte jedoch bis auf weiteres und verhinderte, dass der Botschafter das Gerede bestätigen konnte: „Ich habe kein einziges Wort über die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern gehört“, schrieb Mercier noch am 1. Juli, dem Tag vor der entsprechenden Offenbarung durch Prim, nach Paris.<sup>5</sup> Obwohl die Verschwiegenheit des spanischen Ministerpräsidenten ihn zusehends nervös machte, hielt der Botschafter es angesichts der bekannten Spannungen zwischen

<sup>1</sup> „Venez, j’ai besoin de causer avec vous.“ Mercier an Gramont, 3.7., OD, Bd. 28, Nr. 8243, 23-27, hier 23.

<sup>2</sup> „J’ai ... à vous parler d’une chose qui ne sera pas agréable à l’Empereur, je le crains ...“ Ebd.

<sup>3</sup> Hans-Otto Kleinmann, Die spanische Thronfrage in der internationalen Politik vor Ausbruch des deutsch-französischen Krieges. In: Kolb (Hg.), Europa vor dem Krieg von 1870, 125-149, hier 142-147. Vgl. auch Manuel Espadas Burgos, José Ramón de Urquijo Goitia, Guerra de la Independencia y Época Constitucional (1808-1898) (Historia de España 11, Madrid 1990) 276f.

<sup>4</sup> Kolb, Kriegausbruch 1870, 66, Anm. 113. Vgl. auch ebd. 51.

<sup>5</sup> „Je n’ai pas entendu dire un seul mot de la candidature du Prince de Hohenzollern.“ Mercier an Gramont, 1.7., OD, Bd. 28, Nr. 8237, 18.

Frankreich und Preußen für unvorstellbar, dass die Verhandlungen sich um einen Vertreter der norddeutschen Dynastie drehen könnten. „Ein Preuße“, empörte er sich gegenüber einem Berufsgenossen, dem Geschäftsträger Österreich-Ungarns in Madrid, „Hohenzollern!, das wäre der Krieg.“<sup>6</sup> Es folgte die komplette Ernüchterung.

Prim begann ihm zu schildern, wie aussichtslos die Suche nach einem geeigneten Kandidaten für den Thron zwischenzeitlich schon erschienen sei, und dass es im unbedingten Interesse Spaniens liege, wenn es nicht der Republik anheimfallen wolle, die Chance, die sich in Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen biete, zu nutzen.<sup>7</sup> Dieser erfülle sämtliche Voraussetzungen, die ihn für die Position qualifizieren würden: Er sei katholisch, aus königlichem Haus, nicht zu alt, nicht zu jung und habe zwei Söhne.<sup>8</sup> Darüber hinaus – ein besonderer Glücksfall – sei er mit einer portugiesischen Prinzessin verheiratet, was ihm viele Sympathien einbringen werde.<sup>9</sup> Im Übrigen sei er eine patente Person, militärisch. Er stelle die letzte Chance dar, die Revolution zu retten.

Damit war der Ministerpräsident beim Beweggrund für sein Gespräch mit dem Botschafter angelangt: der Frage, was der Kaiser der Franzosen dazu sagen werde.

Mercier räumte ein, dass er dessen Instruktionen nicht vorgreifen dürfe und daher nicht offiziell sprechen könne. Persönlich aber denke er Folgendes: So, wie die Öffentlichkeit in Frankreich derzeit Preußen gegenüber eingestellt sei, könne es keine schlimmere Wahl geben als diese. Man werde in einem Preußen auf dem spanischen Thron eine Provokation sehen, und ein Napoleon, dessen könne Prim sicher sein, werde die Meinung der Nation nicht ignorieren.

Prim entgegnete, dass der erste Eindruck, möge er auch schlecht sein, sich bei nüchterner Überlegung rasch geben müsse. Was habe Frankreich denn zu befürchten? Was bedeute eine dynastische Verbindung denn noch? Selbst in den Tagen der absoluten Monarchien sei Krieg zwischen Ludwig XIV. und dessen eigener Verwandtschaft nicht ausgeschlossen gewesen, und heute werde Leopold in Spanien auf die liberalste Verfassung Europas schwören müssen. Was könne ein ausländischer Prinz schon anrichten mit einem so stolzen und unabhängigen Volk wie dem spanischen?

---

<sup>6</sup> „Un Prussien, m'a-t-il dit en toute émotion, Hohenzollern! ce serait la guerre.“ Dubsky an Beust, 3.7., Becker, Bd. 2, Nr. 671, 418. Der Satz wurde wahrscheinlich am 2. Juli ausgesprochen, vgl. auch Dubsky an Beust, 7.7., Becker, Bd. 2, Nr. 711, 462f., hier 462.

<sup>7</sup> Mercier an Gramont, 3.7., OD, Bd. 28, Nr. 8243, 23-27.

<sup>8</sup> Erbprinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen war im Juli 1870 34 Jahre alt und hatte drei kleine Söhne, nicht zwei, vgl. Walter von Hueck (Hauptbearb.), Genealogisches Handbuch der fürstlichen Häuser, Bd. 8 (Genealogisches Handbuch des Adels 42, Limburg a. d. Lahn 1968) 72 u. 76. Mit der Erwähnung der Söhne wollte Prim offensichtlich darauf hinweisen, dass der Bestand von Leopolds Dynastie gesichert sein würde.

<sup>9</sup> Nicht zuletzt bei den politischen Kräften, die auf eine allfällige Verwirklichung der Iberischen Union zwischen Spanien und Portugal durch Erbfolge hofften, vgl. etwa *Espadas Burgos, de Urquijo Goitia*, Guerra de la Independencia y Época Constitucional, 278.

Schön und gut, erwiderte Mercier, doch im Falle eines europäischen Kriegs würde es trotzdem bedeuten, dass Frankreich sich seiner Pyrenäengrenze nicht sicher sein könnte und zu deren Schutz eine Armee bereitstellen müsste.

Daraufhin bat Prim, der Botschafter möge den Gothaer Almanach aufschlagen und versuchen, eine Alternative zu Leopold zu finden. Er selbst sehe keine. Er könne den Kaiser nur bitten, sich Spaniens Lage zu erbarmen und dem Land die Beendigung des Interregnums zu ermöglichen. Nichts liege ihm ferner als Zwietracht zwischen Madrid und Paris zu säen.

Nachdem noch eine Weile ein Wort das andere gegeben hatte, trennten die beiden Männer sich. Verärgert über das Projekt und darüber, dass der Ministerpräsident ihn hatte im Dunkeln tappen lassen, war Mercier in der Folge nicht gut auf diesen zu sprechen.<sup>10</sup>

In der Bitte Prims um Rücksichtnahme auf die Situation seines Landes lag freilich ein Vorwurf an die Adresse Frankreichs, bei der Suche nach einem König alles andere als hilfreich gewesen zu sein.<sup>11</sup> Die Regierung in Paris hatte alle anvisierten Lösungen der Thronfrage mehr oder weniger offen missbilligt. So sehr der französische Kaiser gegen die Ausrufung der Republik im Nachbarland war, da dies den Anhängern der republikanischen Staatsform auch in Frankreich Auftrieb verleihen musste, so sehr lehnte er eine seinen Interessen widersprechende Lösung der Königsfrage ab und hatte für den Fall Montpensier sogar mit Intervention gedroht. Der Kaiser bevorzugte eine Restauration der Bourbonen, die mit Frankreich sympathisiert hatten, in Gestalt von Isabellas Sohn Alfons. Dieses Vorhaben offen zu vertreten, kam jedoch bis auf weiteres nicht in Frage: Erstens waren die Bourbonen in Spanien noch zu verhasst, und zweitens weigerte sich die im Pariser Exil lebende Königin Isabella lange Zeit, formell abzudanken. Als sie es im Juni 1870 schließlich doch tat, war Prinz Alfons erst zwölf Jahre alt. Für die Realisierung seines Vorhabens brauchte Napoleon also vor allem eines: Zeit. Zu der Notwendigkeit, abzuwarten, kam noch das Gebot, diskret zu agieren, da offene Protektion vonseiten Frankreichs den Prinzen in den Augen der Spanier wie einen Trabanten des mächtigen Nachbarn erscheinen lassen würde und so seine Wahl durch die Volksvertreter zusätzlich erschweren musste. Im Sinne von Napoleons Projekt einer Restauration der Bourbonen war es also, wenn die Thronfrage bis auf weiteres offen blieb.

Die Angelegenheit war umso bedeutender, als Spanien einen Faktor in den Beziehungen Frankreichs zu Preußen darstellte – Beziehungen, die seit einigen Jahren etwa so schlecht waren, wie Mercier es angedeutet hatte. 1866, anlässlich des preußisch-österreichischen Kriegs um die Vorherrschaft in Deutschland, hatten die Spannungen begonnen. Damals hatte

<sup>10</sup> Einige Tage später hieß es über den Botschafter: „Sa colère à l'égard du Président du Conseil [Prim, Anm.] se traduit même en imprécations très regrettables ...“ Dubsky an Beust, 7.7., Becker, Bd. 2, Nr. 711, 462f., hier 462.

<sup>11</sup> Kleinmann, Spanische Thronfrage, 139-149. Vgl. auch Kolb, Kriegausbruch 1870, 44f.

der Kaiser der Franzosen – zumal Preußen und Italien einerseits gegen Österreich und die größten deutschen Mittelstaaten andererseits fochten – einen langen und unentschiedenen Kampf erwartet, aus dem sich für Frankreich Perspektiven ergeben würden: Wenn man sich nach einer Weile als Vermittler in den Konflikt einschaltete, würde das ein unkostspieliges Mittel sein, an der Neugestaltung der politischen Verhältnisse nach dem Krieg mitzuwirken. Napoleon hatte an eine Stärkung der deutschen Mittelstaaten gedacht, um die Gefahr der nationalen Einigung – ob auf groß- oder kleindeutsche Weise – zu bannen.<sup>12</sup> Obwohl der Kaiser im Prinzip die Gültigkeit des Nationalitätsprinzips für Deutschland anerkannte, diente eine Förderung der Rivalitäten in Mitteleuropa in der Praxis eher seinen Interessen.

Der Zerfall des Bündnisses zwischen Preußen und Österreich im Krieg von 1866 konnte dem Kaiser der Franzosen, der angetreten war, um die Ergebnisse des Wiener Kongresses zu revidieren, nicht unrecht sein. „Ich gebe zu, dass ich die Auflösung des Deutschen Bunds, der sich in erster Linie gegen Frankreich gerichtet hat, nicht ohne eine gewisse Genugtuung [sehe]“,<sup>13</sup> schrieb er im Juni 1866 an Kaiser Franz Joseph von Österreich. In den Jahren vor dem Krieg hatte die französische Regierung sich um eine Annäherung an Preußen bemüht und ihre Neutralität für den Fall eines Konflikts mit Österreich in Aussicht gestellt.<sup>14</sup> Mehr als eine kontrollierte Expansion der kleineren deutschen Großmacht fürchtete Napoleon nämlich die Donaumonarchie als Vormacht eines politisch geeinten und wirtschaftlich erstarkenden Blocks in Mitteleuropa.

Allerdings hatte Berlin im Vorfeld des Kriegs keine festen Zusagen hinsichtlich der zu erwartenden Nachkriegsordnung gemacht. Anders als Wien, das für den Fall eines österreichischen Siegs die Bildung eines deutschen Pufferstaats am mittleren Rhein auf Kosten der dortigen Gebiete Preußens in Aussicht gestellt hatte – was ein enormer, entfernt an die Zeiten Napoleons I. erinnernder Erfolg für die französische Diplomatie gewesen wäre – hatte der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck die Anliegen Napoleons auf den Tag gerichtet, an dem Preußen nach militärischen Niederlagen auf französische Hilfe angewiesen sein würde.<sup>15</sup> Und dieser Tag kam nicht.

---

<sup>12</sup> Wilfried *Radewahn*, Europäische Fragen und Konfliktzonen im Kalkül der französischen Außenpolitik vor dem Krieg von 1870. In: *Kolb* (Hg.), Europa vor dem Krieg von 1870, 33-63, hier 37-42. Anders sieht es die französische Historikerin Sylvie Aprile, die gerade in der Duldung eines preußischen Angriffs auf Österreich eine Missachtung des außenpolitischen Prinzips erblickt, die Entstehung eines geeinten Deutschlands nicht zuzulassen. Vgl. Sylvie *Aprile*, *La II<sup>e</sup> République et le Second Empire 1848-1870. Du Prince Président à Napoléon III* (Histoire Politique de la France, Paris 2000) 360f.

<sup>13</sup> „J'avoue ... que je ne voyais pas sans une certaine satisfaction se dissoudre la confédération germanique organisée principalement contre la France.“ Zitiert nach *Radewahn*, Europäische Fragen im Kalkül der französischen Außenpolitik, 40f.

<sup>14</sup> Vgl. auch *Aprile*, *II<sup>e</sup> République et Second Empire*, 361.

<sup>15</sup> *Radewahn*, Europäische Fragen im Kalkül der französischen Außenpolitik, 42.

Nachdem Preußen in der Schlacht von Königgrätz am 3. Juli 1866 unerwartet rasch und eindeutig über die österreichischen Truppen gesiegt hatte, bot sich für Graf Bismarck die Gelegenheit, die Verhältnisse in Deutschland nach seinen Vorstellungen neu zu gestalten. Der Deutsche Bund, in dem Österreich traditionell die Führungsrolle beansprucht hatte, wurde aufgelöst und ein Norddeutscher Bund unter preußischer Führung ohne Österreich und die süddeutschen Staaten gegründet. Die Vertragsbestimmungen des Prager Friedens (August 1866) gaben der Berliner Regierung freie Hand nördlich des Mains, was zu beträchtlichen Gebietserweiterungen genutzt wurde: Das Königreich Hannover, die Herzogtümer Schleswig und Holstein, das Kurfürstentum Hessen, das Herzogtum Hessen-Nassau, und die Freie Reichsstadt Frankfurt wurden von Preußen annektiert. Das neue Staatsgebiet des Königreichs umfasste damit vier Fünftel des Norddeutschen Bunds, dessen Präsident der preußische König, und dessen Kanzler Bismarck wurde. Die Hohenzollernmonarchie erlangte ein dramatisches Übergewicht nicht nur gegenüber den Staaten nördlich der Main-Linie, sondern auch gegenüber den süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, die Bismarck aus innen- und außenpolitischen Gründen 1866 unabhängig belassen musste und wollte.<sup>16</sup> An die Stelle des zerstrittenen, schwerfälligen Deutschen Bunds war eine autonome, stark vergrößerte Großmacht Preußen-Deutschland getreten, die die politische, militärische und ökonomische Hegemonie über weite Teile Mitteleuropas ausübte.

All dies geschah ohne den üblichen Tribut an das europäische Gleichgewicht.<sup>17</sup> In mehreren Anläufen versuchten Napoleon III. und seine Minister in der Zeit nach Königgrätz, mit mehr oder minder umfangreichen Grenzkorrekturen links des Rheins für die Inkaufnahme der politischen und territorialen Umwälzungen in Deutschland entschädigt zu werden: Landau, Saarbrücken, die Pfalz, Rheinhessen, schließlich Luxemburg galten aus dem Nachlass des Deutschen Bunds als mögliche Kompensationen für die Zustimmung Frankreichs zu den neuen Kräfteverhältnissen. In dieser Hinsicht spielte das entstehende Preußen-Deutschland sowohl für die selbstbewusste französische Diplomatie als auch für die öffentliche Meinung Frankreichs keine andere Rolle als das wenige Jahre zuvor mit französischer Hilfe geeinte Italien, nämlich diejenige einer Macht zweiten Ranges, von der erwartet wurde, dass sie den französischen Führungsanspruch akzeptieren werde.<sup>18</sup> Die in Paris und Berlin unterschiedliche Wahrnehmung der Überlegenheit Frankreichs sollte im Juli 1870 noch eine entscheidende Rolle spielen. Bismarck, der in den an ihn gestellten

---

<sup>16</sup> *Mommsen*, Ringen um den nationalen Staat, 167-171 u. 176.

<sup>17</sup> *Becker*, Krieg mit Frankreich, 76f.

<sup>18</sup> Elisabeth *Fehrenbach*, Preußen-Deutschland als Faktor der französischen Außenpolitik in der Reichsgründungszeit. In: *Historische Zeitschrift*, Beiheft 6 (Neue Folge): Europa und die Reichsgründung. Preußen-Deutschland in der Sicht der großen europäischen Mächte 1860-1880 (1980) 109-137, hier 109 u. 122f.

Ansprüchen von Anfang an die „rücksichtsvolle Reserve“ vermisste, „die im Verkehr zwischen [befreundeten und] gleichgestellten Großmächten üblich ist“,<sup>19</sup> war nicht geneigt, auf die Forderungen einzugehen. Nach seiner Auffassung waren Abtretungen deutschsprachiger Gebiete an Frankreich unmöglich, sollte die soeben erworbene Stellung Preußens als einziger Verteidiger Deutschlands gegen den mächtigen Nachbarn nicht verspielt werden.<sup>20</sup> Nicht zuletzt die von Italien erworbenen Gebiete Savoyen und Nizza waren es aber gewesen, die dem französischen Kaiserreich das Werden eines großen Nachbarstaats im Südosten, Italien, überhaupt erst akzeptabel gemacht hatten.<sup>21</sup>

Die schlagartige Machterweiterung der Hohenzollernmonarchie führte zu einer Rivalität zwischen Frankreich und Preußen. Vom Kaiser abwärts sahen maßgebliche Vertreter Frankreichs die kontinentale Vorrangstellung ihres Landes wenn nicht in kultureller, so doch in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht bedroht.<sup>22</sup> „Die Armee“, schrieb Napoleon III. einige Jahre später zur Rechtfertigung seiner Politik, „glaubte sich von den preußischen Erfolgen gedemütigt, als wenn diese Erfolge gegen sie davongetragen worden wären.“<sup>23</sup> Bereits mit dem Scheitern der ersten Kompensationsverhandlungen im Sommer 1866, die das Zweite Kaiserreich nicht nur mit leeren Händen, sondern auch als Großmacht ohne erkennbaren Einfluss zurückgelassen hatten, entstand zwischen den beiden großen Regierungen dies- und jenseits des Rheins ein gereiztes Klima, in dem jeder französische Vorschlag als Einmischung in deutsche Angelegenheiten, jede Zurückweisung desselben als Beleidigung Frankreichs galt.<sup>24</sup>

Hinzu kam, dass durch den Ausschluss Österreichs aus dem Deutschen Bund eine kleindeutsche Einigung ihren Schatten voraus warf. Im August 1866, als aufgrund der schlecht laufenden Kompensationsgespräche die Gefahr einer militärischen Intervention Frankreichs akut schien, hatte Bismarck mit den süddeutschen Staaten militärische Allianzen

---

<sup>19</sup> Zitiert nach ebd. 123.

<sup>20</sup> *Mommsen*, Ringen um den nationalen Staat, 169.

<sup>21</sup> Im Fall Savoyens und Nizzas hatte sich das Nationalitätsproblem in dieser Form nicht gestellt. Um es in den Verhandlungen mit Preußen zu umgehen, bot Napoleon III. einen Tausch an: Die Überlassung Süddeutschlands an das Hohenzollernreich gegen die Unterstützung Frankreichs beim Erwerb des französischen Teils Belgiens. Die Verständigung darüber schlug jedoch fehl, da durch eine Teilung Belgiens die anderen Großmächte, vor allem das Vereinigte Königreich, auf den Plan gerufen worden wären, was Bismarck angesichts der Gunst der Stunde für Preußen nicht glauben zu können. Vgl. *Mommsen*, Ringen um den nationalen Staat, 191f.

<sup>22</sup> Vgl. die Aussage Napoleons III. gegenüber Marschall Niel im Februar 1869: „La France se sent diminuée depuis les succès de la Prusse ...“ Zitiert nach *Radewahn*, Europäische Fragen im Kalkül der französischen Außenpolitik, 51. Zur Vorrangstellung Frankreichs auf dem europäischen Kontinent vgl. etwa die Zusammenfassung bei Leonhard von Muralt, Die diplomatisch-politische Vorgeschichte. In: Wolfgang von Groote, Ursula von Gersdorff (Hg.), Entscheidung 1870. Der deutsch-französische Krieg (Stuttgart 1970) 9-43, hier 25f.

<sup>23</sup> Zitiert nach Jochen Dittrich, Ursachen und Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870/71. In: Theodor Schieder, Ernst Deuerlein (Hg.), Reichsgründung 1870/71. Tatsachen Kontroversen Interpretationen (Stuttgart 1970) 64-94, hier 67.

<sup>24</sup> *Fehrenbach*, Preußen-Deutschland als Faktor der französischen Außenpolitik, 123-126. Vgl. auch *Mommsen*, Ringen um den nationalen Staat, 189.

geschlossen, sogenannte Schutz- und Trutzbündnisse, welche die gemeinsame Abwehr eines französischen Angriffs vorsahen. Darüber hinaus brachten sie die Einführung der preußischen Heeresverfassung in Süddeutschland mit sich, einschließlich der Übertragung des Oberbefehls im Kriegsfall an den König von Preußen. Als die Pariser Regierung im Frühjahr 1867 in einem letzten Anlauf das Großherzogtum Luxemburg als Ausgleich für den Machtzuwachs Preußens kaufen wollte (es lag strategisch günstig in der Flanke sowohl Deutschlands als auch Belgiens), ließ Bismarck die bis dahin streng geheimen Schutz- und Trutzbündnisse veröffentlichen und trug damit zu einer preußisch-französischen Krise bei, die durch eine Botschafterkonferenz in London beigelegt werden musste.<sup>25</sup> Im Jahr darauf wurde in Berlin ein Zollparlament gegründet, das gleichermaßen aus nord- wie aus süddeutschen Abgeordneten bestand und Kohärenz auf dem Gebiet der Zoll- und Wirtschaftsgesetzgebung herstellen sollte. Die sich abzeichnende Perspektive eines kleindeutschen Nationalstaats bzw. eines deutschen Kaiserreichs, vorbereitet durch die Schutz- und Trutzbündnisse und die Zollparlamentspolitik Bismarcks, verstieß nach französischer Auffassung gegen den Geist des Prager Friedens, in dessen Paragraphen den süddeutschen Staaten, wenn auch mit Interpretationsspielraum, eine unabhängige Existenz zugesichert worden war.<sup>26</sup>

Umstritten ist, inwieweit die französische Regierung bereit war, ihr Absinken in der politisch-ökonomischen Rangordnung friedlich hinzunehmen.<sup>27</sup> Während es durchaus Stimmen gab, die sich eine Akzeptanz der preußischen Vormachtstellung in Deutschland vorstellen konnten – und sogar dessen „nationale“ Einigung –, war die Politik der Generäle, der konservativen Partei und vieler Oppositionsführer angesichts der fortgesetzten preußischen Rücksichtslosigkeiten die einer „Rache für Königgrätz“.<sup>28</sup> Das Ergebnis war eine zweigleisige Deutschlandpolitik des Kaisers, die offiziell den neuen Status quo respektierte und gegen jede weitergehende Veränderung verteidigte, zugleich aber auch eine kriegerische Revision des Ergebnisses von 1866 im Bund mit Österreich-Ungarn nicht ausschloss.<sup>29</sup>

Was Bismarck dazu bewog, vor dem Hintergrund dieses französisch-preußischen Gegensatzes eine Hohenzollern-Kandidatur für den spanischen Thron zu betreiben, ist seit langem Gegenstand hitziger Debatten. Die Details der Verhandlungen des preußischen Ministerpräsidenten mit Madrid und Sigmaringen, der süddeutschen Residenz des katholi-

<sup>25</sup> Mommsen, Ringen um den nationalen Staat, 169, 173, 179 u. 189-192. Vgl. auch Ohnezeit, Der Deutsch-Französische Krieg, 35.

<sup>26</sup> Radewahn, Europäische Fragen im Kalkül der französischen Außenpolitik, 44. Vgl. auch Mommsen, Ringen um den nationalen Staat, 169f. u. 197.

<sup>27</sup> Fehrenbach, Preußen-Deutschland als Faktor der französischen Außenpolitik, 133 u. Anm. 108. Vgl. auch Radewahn, Europäische Fragen im Kalkül der französischen Außenpolitik, 44 u. 46f.

<sup>28</sup> Lawrence D. Steefel, Bismarck, the Hohenzollern Candidacy, and the Origins of the Franco-German War of 1870 (Cambridge 1962) 3 u. 225-227.

<sup>29</sup> Radewahn, Europäische Fragen im Kalkül der französischen Außenpolitik, 46-49 u. 52-54.

schen Zweigs der Hohenzollern, müssen hier nicht wiederholt werden. Sie sind spätestens seit der Publikation der geheimen Dokumente<sup>30</sup> nach dem Zweiten Weltkrieg bekannt und oft beschrieben worden.<sup>31</sup> Entscheidend ist, dass es Bismarck gelang, die Kandidatur gegen den Widerstand König Wilhelms durchzusetzen.<sup>32</sup> Der König von Preußen war nicht bereit, ein Mitglied seiner weiteren Familie einer ungewissen Karriere auf der revolutionären Pyrenäen-Halbinsel auszusetzen, noch weniger, ihm ausdrücklich den Befehl dazu zu erteilen. Dies in Verbindung mit den Befürchtungen über die zu gewärtigende Reaktion Frankreichs<sup>33</sup> und dem dezidierten Widerstand von Wilhelms Gemahlin Königin Augusta, Bismarcks friedfertiger Gegenspielerin, brachten das Projekt zunächst zu Fall. Der Kanzler hatte jedoch die militärischen Ratgeber der Krone, Kriegsminister Roon und Generalstabschef Moltke, auf seiner Seite, und nach einer Nachdenkpause auch den Vater des Kandidaten und Chef der Sigmaringer Hohenzollern, Fürst Karl Anton, sowie den preußischen Kronprinzen. Am Ende triumphierte die Überredungskunst Bismarcks, sein verführerischer Appell an den dynastischen Ehrgeiz des Fürsten Karl Anton und die für Mitglieder der gesamten Hohenzollern-Familie offenbar durchschlagende Argumentation mit dem preußischen Staatsinteresse. Die Sigmaringer beschlossen, das Angebot anzunehmen. Und der König gab widerstrebend sein Einverständnis, nachdem er seine Entscheidung – unvorsichtigerweise – davon abhängig gemacht hatte, ob Erbprinz Leopold aus freien Stücken, das heißt nicht auf sein Geheiß, dem „Rufe des Schicksals“ folgen wollte.<sup>34</sup> Damit war am 21. Juni 1870 aus dem Kandidaten in spe ein Kandidat geworden und der Weg für die Königswahl in den spanischen Cortes frei – etwa vier Monate, nachdem Spaniens Ministerpräsident Prim förmlich in Sigmaringen und Berlin angefragt und Bismarck sich als Lenker der preußischen Politik und Ratgeber der königlichen Familie entschlossen hatte, das Thronangebot entschieden zu befürworten.

Bismarck-Kritiker Josef Becker meint, dass der norddeutsche Bundeskanzler und preußische Ministerpräsident damit die Weichen auf Krieg stellte.<sup>35</sup> In der spanischen Thronfrage, so Becker, habe Bismarck ein geeignetes Mittel gesehen, um Frankreich gezielt

---

<sup>30</sup> Vgl. Georges *Bonnin* (Hg.), translated by Isabella M. *Massey*, Bismarck and the Hohenzollern Candidature for the Spanish Throne. The Documents in the German Diplomatic Archives (London/Toronto 1957) und weiters Jochen *Dittrich*, Bismarck, Frankreich und die spanische Thronkandidatur der Hohenzollern. Die „Kriegsschuldfrage“ von 1870. Im Anhang Briefe und Aktenstücke aus dem Fürstlich Hohenzollernschen Hausarchiv (München 1962).

<sup>31</sup> Abgesehen von Josef Beckers Quellenedition (siehe Einleitung, Anm. 1) zuletzt von *Wetzel*, *Duel of Giants*, 74-88 sowie aktuell von *Ohnezeit*, *Der Deutsch-Französische Krieg*, 49-53.

<sup>32</sup> Vgl. *Becker* (Hg.), Bismarcks spanische „Diversions“ 1870, Bd. 1: Der Weg zum spanischen Thronangebot, XIV, XXVIIIff., LXXII u. LXXVI. Vgl. auch *Wetzel*, *Duel of Giants*, 76-88.

<sup>33</sup> Was Kolb jedoch anders sieht als Becker, vgl. *Kolb*, *Kriegsausbruch 1870*, 50-54.

<sup>34</sup> König Wilhelm an Karl Anton, 21.6., *Becker*, Bd. 2, Nr. 588, 327-329, hier 328f. Vgl. auch König Wilhelm an Leopold, 21.6., *Becker*, Bd. 2, Nr. 596, 335f.

<sup>35</sup> Vgl. die Einleitung und das Kapitel „Zur Einführung“ in *Becker* (Hg.), Bismarcks spanische „Diversions“ 1870, Bd. 1: Der Weg zum spanischen Thronangebot, XIII, L, LX-LXIII, LXIX u. passim.

zum Angriff auf Preußen zu reizen und die vertraglich verpflichteten süddeutschen Staaten in einem „provozierten Defensivkrieg“ an die Seite des Norddeutschen Bunds zu zwingen. Bismarck habe das weitgehende Auseinanderbrechen des Konzerts der europäischen Großmächte und die verminderte Interventionskapazität Russlands in den 1860er Jahren genutzt, um die Entscheidung in der Deutschen Frage herbeizuführen und in einem scheinbar defensiven „Reichsgründungskrieg“ den neuen großpreußisch-kleindeutschen Machtstaat Deutsches Reich zu schaffen. Die außenpolitische „Diversion“ mit der spanischen Kandidatur, so Becker, sei nötig geworden, da die kleindeutsche Einigungsbewegung im Frühjahr 1870 innenpolitisch festgesteckt sei.<sup>36</sup> Die Zollparlamentspolitik habe sich als unwirksames Instrument erwiesen, um die politische Einigung voranzutreiben, und in Bayern und Württemberg seien die partikularstaatlichen, preußenfeindlichen Kräfte im Aufschwung gewesen.<sup>37</sup> Darüber hinaus habe der „Eiserne Etat“ auszulaufen gedroht, der bis 1871 das Militärbudget des Norddeutschen Bunds auf vier Jahre hinaus festgelegt hatte und damit dem Parlament faktisch die Entscheidungsgewalt über mehr als 90 Prozent des Haushaltsvolumens entzog. Dem Kanzler drohte also in absehbarer Zeit die Grundlage für seine offensive Außenpolitik in potenziell endlosen Budgetdebatten abhanden zu kommen. Ehe sich das Zeitfenster zur gewaltsamen und international isolierten Entscheidung über die Deutsche Frage schloss, so Becker, sollte die spanische Kandidatur als kalkulierbarer Konfliktauslöser fungieren, um die Trendwende in der national- und verfassungspolitischen Entwicklung zu bringen und den nationalen Integrationskrieg gegen Frankreich unter den von Bismarck bevorzugten, militär-monarchistischen Vorzeichen herbeizuführen.<sup>38</sup>

Der amerikanische Historiker David Wetzel ist anderer Ansicht. Er argumentiert, dass Bismarck kein Freund des Präventivkriegs gewesen sei.<sup>39</sup> Zahlreiche Äußerungen aus der Zeit vor dem Krieg würden belegen, dass er einen bewaffneten Konflikt vielmehr vermeiden und sich mit dem Tempo der kleindeutschen Einigung zufrieden geben wollte.<sup>40</sup> Wenn der Reichsgründer später behauptete, er habe von vornherein einen Krieg gegen Frankreich als Voraussetzung für die erfolgreiche Einigung Deutschlands angesehen, sei das Propaganda

---

<sup>36</sup> Ähnliches konstatiert Lothar *Gall*, *Bismarck. Der weiße Revolutionär* (Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1980), 415f. Der Bismarck-Biograf verneint jedoch einen von Anfang an in allen Einzelheiten durchdachten Plan Bismarcks im Zusammenhang mit der Kandidatur.

<sup>37</sup> Vgl. auch *Wetzel*, *Duel of Giants*, 64f.

<sup>38</sup> Vgl. auch *Becker*, *Krieg mit Frankreich*, 85.

<sup>39</sup> Vgl. David *Wetzel*, [Rezension von *Becker* (Hg.)], *Bismarcks spanische „Diversion“ 1870*, Bd. 1 u. 2]. In: *Central European History* 37 (2004) 606-612, hier 609f.

<sup>40</sup> Die Quellenbelege, auf die Wetzel seine Argumentation stützt, werden von Becker allerdings überzeugend in Frage gestellt, vgl. auch Josef *Becker*, *The Franco-Prussian Conflict of 1870 and Bismarck's Concept of a „Provoked Defensive War“: A Response to David Wetzel*. In: *Central European History* 41 (2008) 93-109, hier 94-98.

gewesen, die Betonung des eigenen Weitblicks. 1870 habe Bismarck nicht an die Unvermeidlichkeit eines Kriegs gegen Frankreich geglaubt.<sup>41</sup> Es sei ihm vielmehr um Macht gegangen, um ein Mittel in dem Machtkampf, den er seit 1866 gegen das Kaiserreich führte.<sup>42</sup> Schon Eberhard Kolb präziserte zu Bismarcks Verteidigung, dass der Kanzler das spanische Angebot nicht *annahm*, sondern es zur Verhinderung jeder anderen, für die Stellung Preußens in Europa potenziell nachteiligen Lösung *nicht ablehnte*.<sup>43</sup> Wetzel kritisiert ferner, dass Becker aus dem raffinierten Realpolitiker Bismarck, der sich stets eine Hintertür offen ließ und möglichst viele Optionen wahrte, einen leichtsinnigen Spieler mache, der alles auf eine Karte gesetzt habe, überzeugt, dass sämtliche Variablen seines gegen Frankreich gerichteten Plans aufgehen würden. Vor allem aber übergehe Becker den überragenden Anteil der französischen Regierung an der Eskalation des Konflikts. Wenn Paris dem Krieg hätte ausweichen wollen, hätte es Gelegenheit genug dazu gehabt.<sup>44</sup>

Wie auch immer die ursprünglichen Absichten Bismarcks ausgesehen haben mögen, es gelang jedenfalls nicht, die Kandidatur solange geheim zu halten, bis die spanischen Cortes zur Abstimmung schreiten konnten. Der Plan, die französische Diplomatie vor so gut wie vollendete Tatsachen zu stellen, scheiterte.<sup>45</sup> Und verantwortlich war: die falsche Entzifferung eines wichtigen Telegramms. Am 21. Juni signalisierte Salazar, der spanische Unterhändler in Sigmaringen, seiner Regierung in Madrid, dass er im Begriff sei, mit der formellen Annahme Leopolds „gegen den 26.“ zurückzukehren.<sup>46</sup> Gemeint war der 26. Juni. An der preußischen Gesandtschaft in Madrid wurde jedoch statt „26“ die Zahl „9“ dechiffriert, womit es so aussah, als müssten die Cortes noch bis zum 9. Juli, also wochenlang, in der Hitze der Hauptstadt beisammen gehalten werden. Prim entließ die Abgeordneten in die Sommerpause. Als Salazar am 26. Juni zurückkehrte, fand er Madrid verlassen vor. Der Ministerpräsident erklärte sich zwar bereit, die Cortes wieder einzuberufen, doch das konnte er nicht ohne plausiblen Grund tun. Die Geheimhaltung war dahin.<sup>47</sup> Am 2. Juli beschloss Prim, Mercier,

---

<sup>41</sup> David Wetzel, A Reply to Josef Becker's Response. In: Central European History 41 (2008) 111-124, hier 112 u. 124.

<sup>42</sup> Wetzel, *Duel of Giants*, 72f.

<sup>43</sup> Kolb, *Kriegsausbruch 1870*, 29.

<sup>44</sup> Wetzel, Reply to Josef Becker's Response, 115-118 u. 121-123.

<sup>45</sup> Wetzel, *Duel of Giants*, 88f. u. 91.

<sup>46</sup> Thiele an Canitz bzw. Salazar an Prim, Zorilla und Frau Salazar, 21.6., Becker, Bd. 2, Nr. 590, 330f., hier 331 und Anm. 2.

<sup>47</sup> Eine andere Version besagt, dass Salazar es war, der mit dem Geheimnis der erfolgreich beendeten Verhandlungen nach seiner Rückkehr nicht an sich halten konnte und Prim so zur Flucht nach vorn zwang, vgl. Mercier an Gramont, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8365, 177-182, hier 179. Die Beweggründe Prim's für die Vertagung der Cortes einerseits und die Unterrichtung Merciers andererseits wären eine ausführlichere Diskussion wert. Es scheint, als seien nicht allein die sommerliche Hitze oder die fehlgeschlagene Geheimhaltung ausschlaggebend gewesen, sondern auch die zunehmende Sorge des Ministerpräsidenten vor Komplikationen mit Frankreich, vgl. etwa Lawrence D. Steefel, Bismarck and Bucher: The „Letter of Instructions“ of June 1870. In: Arshag O.

den Repräsentanten Frankreichs, zu informieren, nachdem die Identität des geheimnisumwitterten Kandidaten in den politischen Kreisen der Stadt kein Geheimnis mehr war.<sup>48</sup>

Trotz dem Protest des französischen Botschafters hielt der spanische Ministerpräsident an der Verwirklichung seines Vorhabens fest – zunächst. Er hoffte, die Opposition Frankreichs werde sich in Grenzen halten, sobald der Kaiser davon überzeugt sein würde, dass es um die gedeihliche Entwicklung Spaniens gehe und nicht um preußische Politik.<sup>49</sup> Diese Hoffnung wurde enttäuscht.

Neben dem handfesten Nachteil – der Aussicht auf einen Zweifrontenkrieg im Fall eines Bündnisses zwischen Preußen und Spanien – war es vor allem die Symbolik, die Frankreich die Vorstellung eines Hohenzollers auf dem spanischen Thron unerträglich machte.<sup>50</sup> Die französische Außenpolitik würde sinnbildlich um das Werk von Jahrhunderten gebracht werden. An zwei Flanken des Landes würden wieder Monarchen desselben Namens herrschen, wie einst die Habsburger von Karl V. bis zum Spanischen Erbfolgekrieg. Und Napoleon III., der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die Niederlage von 1815 auszumerzen, würde mit einer Infragestellung der Errungenschaften von 1714 konfrontiert sein. Spanien war nicht mehr die Macht früherer Jahrhunderte, aber der Thron in Madrid war historisch für Frankreich brisant. Eine Neuauflage der Umklammerung durch Deutschland, und sei es auch nur eine scheinbare, würde man in ganz Europa als Zeichen für die Schwäche des napoleonischen Regimes deuten, was dem Kaiser auch innenpolitisch schaden musste.<sup>51</sup> Da spielte es keine große Rolle, dass Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen mütterlicherseits der Enkel einer Beauharnais und daher mit Napoleon III. paradoxerweise näher verwandt war als mit dem preußischen König. Es war dem französischen Hof nicht entgangen, dass die schwäbischen Hohenzollern durch und durch preußische Offiziere geworden waren.<sup>52</sup> Napoleon III. hatte einmal gesagt, dass Montpensier als König von Spanien ob seiner

---

*Sarkissian* (Hg.), *Studies in Diplomatic History and Historiography*. In Honour of G. P. Gooch (London 1961) 217-224, hier 221 sowie Michael *Howard*, *The Franco-Prussian War. The German Invasion of France, 1870-1871* (London 1961), 50, Anm. 2.

<sup>48</sup> Siehe das Gespräch zwischen Prim und Mercier am Beginn dieses Kapitels. Vgl. auch Mercier an Gramont, 1.7., OD, Bd. 28, Nr. 8237, Anm. 3, 18f.

<sup>49</sup> Vgl. Mercier an Gramont, 4.7., OD, Bd. 28, Nr. 8249, 33-36, hier 36, Mercier an Gramont, 8.7., OD, Bd. 28, Nr. 8333, 133-136, hier 136 sowie Prim an Leopold, 8.7., Becker, Bd. 2, Nr. 716, 468f., hier 469.

<sup>50</sup> Ist es hier gerechtfertigt, nicht nur von der Regierung, sondern von „ganz“ Frankreich zu sprechen? Eine (mit Vorsicht zu behandelnde) Anfrage des französischen Innenministeriums in den Departements des Landes im Juli 1870 ergab, dass eine Bevölkerungsmehrheit Krieg zur Verhinderung eines preußischen Königs in Spanien für gerechtfertigt halten würde. Vgl. *Steeffel*, *Bismarck, the Hohenzollern Candidacy, and the Origins of the Franco-German War*, 229.

<sup>51</sup> *Dittrich*, *Ursachen und Ausbruch des deutsch-französischen Krieges*, 73. Vgl. auch die Äußerungen des französischen Ministerpräsidenten Ollivier gegenüber dem britischen Botschafter Lyons am Abend des 5. Juli, wiedergegeben in Lyons an Granville, 7.7., Fester, Heft 2, Nr. 313, 4f., hier 4: Jede französische Regierung, so Ollivier, die einen Hohenzollern-König in Spanien zulassen würde, würde augenblicklich gestürzt werden.

<sup>52</sup> *Muralt*, *Diplomatisch-politische Vorgeschichte*, 24. Vgl. auch *Steeffel*, *Bismarck, the Hohenzollern Candidacy, and the Origins of the Franco-German War*, 244 sowie den übersichtlichen Stammbaum Leopolds ebd., 250.

Verwandtschaft mit dem eigenen Vorgänger an der Spitze Frankreichs nur für ihn persönlich unerträglich sein würde; ein Hohenzoller aber sei ein Problem für die ganze Nation.<sup>53</sup>

Eine solche Niederlage gegen Preußen hinzunehmen war Paris nicht bereit. Mit dem Herzog von Gramont hatte im Mai 1870 soeben ein Mann das Außenministerium übernommen, für den spätestens seit der Luxemburger Krise 1867 feststand, die neue Machtstellung Preußens in Europa auf Dauer nicht zu dulden.<sup>54</sup> Und selbst Ministerpräsident Ollivier, der als relativer Freund Preußen-Deutschlands galt,<sup>55</sup> hatte bei seinem Amtsantritt Anfang des Jahres dem britischen Botschafter zu verstehen gegeben, dass die Regierung sich eine weitere diplomatische Niederlage gegen Preußen nicht leisten könne. Eher werde es Krieg geben.<sup>56</sup> Eine solche Niederlage stand nun ins Haus. Am 3. Juli, dem Morgen nach dem Gespräch mit Prim, erstattete Mercier Meldung. Das Telegramm traf kurz nach Mittag im französischen Außenministerium ein und bestätigte unter Berufung auf den spanischen Ministerpräsidenten die Gerüchte, denen man so lange vergeblich nachgespürt hatte: „Die Affäre Hohenzollern scheint weit fortgeschritten, wenn nicht entschieden.“<sup>57</sup>

Die französische Regierung brachte sofort alle Geschütze dagegen in Stellung – im übertragenen Sinn, fürs Erste.

---

<sup>53</sup> *Wetzel*, *Duel of Giants*, 53.

<sup>54</sup> *Radewahn*, *Europäische Fragen im Kalkül der französischen Außenpolitik*, 46.

<sup>55</sup> *Wetzel*, *Reply to Josef Becker's Response*, 114.

<sup>56</sup> *Steeffel*, *Bismarck, the Hohenzollern Candidacy, and the Origins of the Franco-German War*, 227.

<sup>57</sup> „L'affaire Hohenzollern paraît fort avancée, sinon décidée.“ *Mercier an Gramont*, 3.7., OD, Bd. 28, Nr. 8238, 19f.

## 2. Frankreich in der Offensive: Der überdeutliche Einspruch der französischen Regierung

Nach einer Rücksprache mit dem Kaiser richtete Außenminister Gramont noch am selben Abend eine Anfrage an Berlin. Der Minister wollte erfahren, ob die preußische Regierung an dem Projekt beteiligt war.<sup>1</sup> Noch ehe die Antwort vorlag, bat er tags darauf Werther, den preußischen Botschafter, zu sich.<sup>2</sup> Er drohte, Frankreich werde Leopold keine sechs Monate auf dem spanischen Thron tolerieren. Man werde ihn „zerschmettern“.<sup>3</sup> In der Geheimhaltung, mit der das Projekt umgeben gewesen sei, erblicke man einen unfreundlichen Akt Preußens. Der preußische König jedoch könne den Frieden bewahren, indem er dem Projekt seine Zustimmung verweigere. (Noch wusste Gramont nicht, dass König Wilhelm seine Zustimmung bereits erteilt hatte, Anm.) Werther, der im Begriff war, nach Ems zu reisen, um dem König, der dort zur Kur weilte, einen Besuch abzustatten, konnte darauf nicht viel mehr erwidern, als dass er von der Sache nichts gewusst habe, und dass er die Ansicht der französischen Regierung dem König zur Kenntnis bringen wolle.<sup>4</sup>

Am nächsten Morgen, dem 5. Juli, trafen die Spitzen der französischen Regierung eine problematische Entscheidung: Sie würden öffentlich erklären, die Krönung Leopolds in Spanien nicht zuzulassen.<sup>5</sup> Das lief auf eine Kriegsdrohung hinaus, für den Fall, dass Prim's Vorhaben durchgeführt wurde. Die Idee dazu stammte von Ministerpräsident Ollivier, der auch dem Gespräch mit Werther am Vorabend beigewohnt hatte. Ein Grund bestand darin, dass inzwischen eine wenig glaubwürdige Antwort aus Berlin vorlag, in der Unterstaatssekretär Thile behauptete, die Kandidatur existiere für Berlin nicht, man wisse nichts von dem Projekt.<sup>6</sup> Außenminister Gramont hielt das für ausgeschlossen.<sup>7</sup> Er vermutete von Beginn an eine gegen Frankreich gerichtete Intrige der Ministerpräsidenten Prim und Bismarck.<sup>8</sup> Dass

<sup>1</sup> Gramont an Le Sourd, 3.7., OD, Bd. 28, Nr. 8242, 22f. Vgl. auch Thile an Bucher und Abeken, 4.7., Lord, Nr. 1, 121 sowie *Wetzel*, *Duel of Giants*, 97.

<sup>2</sup> Werther an Bismarck, 4.7., Lord, Nr. 3, 122 sowie Werther an König Wilhelm, 5.7., Becker, Bd. 2, Nr. 677, 428-430.

<sup>3</sup> „Si le fait s'accomplit, si le Prince est élu – nous le briserons!“ Vgl. die mündlichen Aussagen Werthers über das Gespräch mit Gramont, wiedergegeben in Abeken an Thile, 6.7., Becker, Bd. 2, Nr. 698, 450f., hier 450. Dass Werther die Bemerkung des Ministers übertrieben wiedergab, ist nicht wahrscheinlich, da auch Gramont selbst den warnenden Charakter des Gesprächs betonte. An den Botschafter in London schrieb der Minister am 5. Juli: „Je [me] suis expliqué hier plus nettement encore avec le Baron de Werther, et je ne lui ai pas caché que nous étions résolus à tout mettre en œuvre pour empêcher un événement dans lequel nous verrions un acte hostile de la part de la Prusse.“ Vgl. Gramont an La Valette, 5.7., OD, Bd. 28, Nr. 8255, 38-41, hier 39f. In seinem schriftlichen Bericht für den König gab Botschafter Werther die Drohung Gramonts nicht wörtlich wieder, vgl. Werther an König Wilhelm, 5.7., Becker, Bd. 2, Nr. 677, 429f.

<sup>4</sup> Vgl. auch Robert Howard *Lord*, *The Origins of the War of 1870*. New Documents from the German Archives (Harvard Historical Studies 28, Cambridge/London 1924) 31-33.

<sup>5</sup> *Kolb*, *Kriegsausbruch 1870*, 87-89.

<sup>6</sup> Le Sourd an Gramont, 4.7., OD, Bd. 28, Nr. 8246, 29f.

<sup>7</sup> Vgl. Gramont an Le Sourd, 6.7., OD, Bd. 28, Nr. 8268, 59-61, hier 59f.

<sup>8</sup> Vgl. etwa Gramont an Mercier, 3.7., OD, Bd. 28, Nr. 8241, 22.

dessen Adjutor Thile, überrumpelt von der plötzlichen französischen Anfrage, sich auf eine Antwort zurückgezogen hatte, die wirkte, als hätte er sie sich im Voraus zurechtgelegt, musste ihm wie der beste Beleg erscheinen. Wenn man aber, so die gewagte Schlussfolgerung Olliviers, mit Paris nicht verhandeln wolle, bleibe der französischen Regierung nichts anderes übrig, als ganz Europa mit einer Ansprache wachzurütteln. Der Kaiser war einverstanden.

Vom Ministerpräsidenten stammten auch einige der markantesten Passagen der Rede, die Gramont tags darauf, am 6. Juli, vor der ersten Kammer des französischen Parlaments verlas.<sup>9</sup> „Wir glauben nicht“, verkündete der Außenminister den versammelten Abgeordneten des Corps législatif, „dass uns der Respekt vor den Rechten eines benachbarten Volks (gemeint war Spanien, Anm.) verpflichtet, zu dulden, dass eine fremde Macht (gemeint war Preußen, Anm.), indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt, das bestehende Gleichgewicht der Kräfte in Europa zu unserem Nachteil stören und Frankreichs Interessen und seine Ehre in Gefahr bringen darf.“<sup>10</sup> Der patriotische Tenor der Aussage verfehlte seine Wirkung nicht. Viele Abgeordnete warteten nicht, bis der Satz zu Ende gesprochen war, um in Beifall auszubrechen. Gramont weiter: Man zähle auf „die Weisheit des deutschen Volks“ ebenso wie auf die „Freundschaft“ des spanischen und vertraue daher darauf, dass es zur Wahl Leopolds nicht kommen werde. Falls aber doch – und nach diesem Satz kannte der Enthusiasmus, teils aber auch die Verstörung im Saal kaum noch Grenzen – werde die französische Regierung ihre Pflicht „ohne Zögern und ohne Schwäche zu erfüllen wissen“.<sup>11</sup>

Die Rede war für die Regierung ein überwältigender Erfolg. Es gelang, einen Großteil der Abgeordneten durch die unverzagte Rhetorik nachgerade mitzureißen. Auch die Nüchternen sollen gejubelt haben, um nicht des Mangels an Patriotismus bezichtigt zu werden, und selbst ein Teil der Linken nahm die Verlautbarung wohlwollend auf.<sup>12</sup> Ollivier, mit dessen Amtsantritt in Frankreich erst unlängst der Übergang zu einem quasiparlamentarischen Regime unter dem Kaiser eingeläutet worden war, erblickte in der öffentlichen Erklärung einen Triumph des Empire libéral, das heißt eines weniger intransparent und aristokratisch geführ-

---

<sup>9</sup> Kolb, *Kriegsausbruch 1870*, 97f.

<sup>10</sup> „... nous ne croyons pas que le respect des droits d'un peuple voisin nous oblige à souffrir qu'une puissance étrangère, en plaçant un de ses princes sur le trône de Charles-Quint, puisse déranger à notre détriment l'équilibre actuel des forces en Europe ... (Vifs et nombreux applaudissements) ... et mettre en péril les intérêts et l'honneur de la France.“ Sitzung des Corps législatif, 6.7., Fester, Heft 1, Nr. 289, 134-137, hier 135. Der Text der Rede ist vielfach reproduziert worden, vgl. etwa Oncken, Bd. 3, Nr. 845, 396f. oder OD, Bd. 28, Nr. 8266, Anm. 1, 57f. Wir folgen dem älteren Abdruck bei Fester, da er die redaktionellen Beiträge Olliviers und des Kaisers sowie die Reaktionen der Abgeordneten auf die Rede zeigt.

<sup>11</sup> „... nous comptons à la fois sur la sagesse du peuple allemand et sur l'amitié du peuple espagnol.“ „... nous saurions remplir notre devoir sans hésitation et sans faiblesse.“ Sitzung des Corps législatif, 6.7., Fester, Heft 1, Nr. 289, 135.

<sup>12</sup> Vgl. Solms an Bismarck, 7.7., Lord, Nr. 38, 143-145, hier 145 sowie Ollivier an Kaiser Napoleon, 6.7., OD, Bd. 28, Nr. 8267, 58f., hier 58.

ten Staats, auch in Fragen der Außenpolitik.<sup>13</sup> Man hatte es sich zunutze gemacht, dass die Empörung der Abgeordneten sich gegen Preußen kanalisieren ließ. So wirkte die Regierung entschlossen und nicht übertölpelt von der plötzlich aufgetauchten außenpolitischen Bedrohung. Die wenigen Zwischenrufe von Skeptikern fielen der allgemeinen Begeisterung zum Opfer, und Gramonts Bitte um ein Verschieben weiterer Diskussionen wurde entsprochen.<sup>14</sup>

Obwohl man die Verhinderung Leopolds um jeden Preis geschworen hatte, trat die Kandidatur als solche durch die Erklärung vor dem Corps législatif bereits in den Hintergrund – und diente nur mehr als Vorwand für eine grundsätzliche Auseinandersetzung.<sup>15</sup> In allen deutschen Fragen hatte man Preußen stets schlecht entgegentreten können, ohne von Bismarck als Feind der Nation dargestellt zu werden. Um der rivalisierenden Großmacht Grenzen zu setzen, hatte man auf eine Gelegenheit warten müssen, bei der die Auseinandersetzung „nicht sichtbar gegen Deutschland gerichtet“ sein würde, so der Kaiser im Februar 1869 in einem Schreiben an seinen damaligen Kriegsminister.<sup>16</sup> Eine solche Gelegenheit glaubte man in der spanischen Thronfrage nun entdeckt zu haben.

Haarscharf an einer Niederlage vorbeigeschrammt, versuchte die französische Regierung das diplomatische Debakel einer perfekten Hohenzollernkandidatur in Spanien in einen Sieg über Preußen zu verwandeln. Die im Geheimen verabredete Kandidatur konnte weder national noch international Rückhalt haben. Gegen eine so schwache Stelle der Bismarckschen Politik wie die heimlich eingefädelte Herrschaft eines Hohenzollers auf der Iberischen Halbinsel konnte man leicht auf einen diplomatischen Erfolg hoffen, oder widrigenfalls auf einen Kriegsvorwand, der sich gegen Preußen und nicht gegen die deutsche Nation richten würde.<sup>17</sup> Wenn König Wilhelm, so die Absicht Gramonts, gezwungen war, die Kandidatur angesichts eines unmissverständlich formulierten französischen Einspruchs zurückzurufen, würde das einen doppelten Triumph bedeuten – das Ende der Kandidatur und einen Prestigeerfolg über Preußen, der durch die Öffentlichkeit des gesamten Vorgangs noch eindrucksvoller erscheinen musste. Letzteres war fast wichtiger als die Beendigung der Kandidatur, denn Gramont rechnete eigenen Angaben zufolge ohnedies nicht mit einer erfolgreichen Herrschaft Leopolds in Spanien; dafür würde Frankreich zur Not schon sorgen.<sup>18</sup>

<sup>13</sup> *Fehrenbach*, Preußen-Deutschland als Faktor der französischen Außenpolitik, 135 u. Anm. 122. Vgl. auch *Aprile*, II<sup>e</sup> République et Second Empire, 350f.

<sup>14</sup> Vgl. Conti an Kaiser Napoleon, 6.7., OD, Bd. 28, Nr. 8266, Anm. 1, 57f., hier 58.

<sup>15</sup> *Dittrich*, Ursachen und Ausbruch des deutsch-französischen Krieges, 94.

<sup>16</sup> „... saisir une occasion où le débat engagé ne serait pas visiblement tourné contre l'Allemagne.“ Zitiert nach *Radewahn*, Europäische Fragen im Kalkül der französischen Außenpolitik, 51, vgl. auch ebd. 50-52.

<sup>17</sup> Vgl. die Gespräche Gramonts mit dem Botschafter Österreich-Ungarns am 5. und 8. Juli, wiedergegeben in Metternich an Beust, 8.7., Oncken, Bd. 3, Nr. 847, 398f. und Metternich an Beust, 8.7., Oncken, Bd. 3, Nr. 851, 404f. sowie ferner *Muralt*, Diplomatisch-politische Vorgeschichte, 25.

<sup>18</sup> Siehe Anm. 3 in diesem Kapitel.

In diplomatischer Hinsicht war es nach Auffassung vieler Historiker jedoch ein Fehler, öffentlich und von Beginn an mit Krieg zu drohen. Robert Howard Lord meint, dass dadurch Zugeständnisse vonseiten Preußens beträchtlich erschwert wurden.<sup>19</sup> Der Franzose Adrien Dansette sieht es ebenso.<sup>20</sup> Am vehementesten kritisiert die Kammererklärung Eberhard Kolb. Er sieht darin ein Verfahren ohne Beispiel in der diplomatischen Geschichte Europas, durch das die Machtfrage zwischen Frankreich und Deutschland (sic) aufgeworfen wurde, ehe man in Verhandlungen über die Kandidatur überhaupt eingetreten war. Unter diesen Umständen konnte Preußen gar nicht zurückweichen, ohne einen glatten Affront hinzunehmen. Deshalb, so Kolb, sei die Parlamentsrede Gramonts von zentraler Bedeutung für den Ausbruch des Kriegs.<sup>21</sup> Diesem Befund soll hier nicht widersprochen werden.<sup>22</sup>

Schon zeitgenössische Diplomaten und Staatsmänner waren vom Vorgehen der französischen Regierung irritiert.<sup>23</sup> Der britische Außenminister, obwohl er Verständnis für Frankreichs Ärger aufbrachte, nannte es unverzeihlich, eine solche Drohung gleich zu Beginn auszusprechen, noch dazu in der Öffentlichkeit. Ähnlich der russische Reichskanzler Gortschakow. Er monierte, dass, wenn man in Frankreich hätte vernünftig sein wollen, man sich erst an die Kabinette hätte wenden müssen und vertraulich über die Angelegenheit sprechen, bevor man im Parlament Alarm schlage.<sup>24</sup> Es stellt sich die Frage, ob hier nicht ein Bruch im politischen Denken der Zeit zutage trat. Olliviers parlamentarische Ideale, die auf eine Harmonisierung der Politik mit den Ansichten der Volksvertretung abzielten, prallten auf eine Tradition absolutistischer Kabinettpolitik, die im 19. Jahrhundert „zunehmend in Widerspruch zur Konstitutionalisierung und schließlich Demokratisierung der staatlichen Willensbildung geriet“.<sup>25</sup> Auch wenn andere Motive für die Vorgehensweise der französischen Regierung ausschlaggebender waren als der demokratische Aspekt, bleibt die Frage, inwieweit die Ideen des Ministerpräsidenten ihrer Zeit voraus waren und zur Eskalation des Konflikts beitrugen.

---

<sup>19</sup> Lord, *Origins of the War of 1870*, 42f.

<sup>20</sup> Adrien Dansette, *Du 2 décembre au 4 septembre. Le Second Empire* (o. O. 1972) 386.

<sup>21</sup> Kolb, *Kriegsausbruch 1870*, 73f., 90f. u. 105.

<sup>22</sup> Lawrence D. Steefel schränkt die Kritik an der französischen Krisentaktik indes ein: Die Stoßrichtung Preußen sei aus Respekt vor dem Selbstbestimmungsrecht Spaniens gerechtfertigt gewesen. Die Frage nach der Kräfteverschiebung zwischen den Großmächten durch eine dynastische Verbindung sei eine zwischen Frankreich und Preußen zu klärende gewesen, vgl. Steefel, *Bismarck, the Hohenzollern Candidacy, and the Origins of the Franco-German War*, 227f. Weiters könnte man anmerken, dass die Eskalationstaktik in Bezug auf die Verhinderung der Königswahl immerhin ausgezeichnet funktionierte. Sie machte Eindruck sowohl in Spanien als auch bei König Wilhelm und dem Vater des Kandidaten, Fürst Karl Anton, die beide von Bismarcks Empfehlungen wohl in erster Linie wegen der imminenden Kriegsgefahr abwichen.

<sup>23</sup> Kolb, *Kriegsausbruch 1870*, 100-105.

<sup>24</sup> Reuß an König Wilhelm und Bismarck, 9.7., Lord, Nr. 74, 167-169, hier 169.

<sup>25</sup> Gerald Stourzh, *Außenpolitik, Diplomatie, Gesandtschaftswesen: zur Begriffsklärung und historischen Einführung*. In: Erich Zöllner (Hg.), *Diplomatie und Außenpolitik Österreichs*. 11 Beiträge zu ihrer Geschichte (Schriften des Institutes für Österreichkunde 30, Wien 1977) 10-25, Anm. 26f., hier 13.

Begleitet wurde der Paukenschlag des 6. Juli von einer diplomatischen Offensive, in der Gramont alles daran setzte, Europa für die Sache Frankreichs zu gewinnen.<sup>26</sup> Auch hier sparte er nicht mit Drohungen an die Adresse Preußens.<sup>27</sup> Darüberhinaus berief er sich jedoch auf verschiedene Präzedenzfälle, in denen die Großmächte es nicht zugelassen hätten, dass ein Vertreter der sie regierenden Familien in einem weiteren Staat an die Macht gelangt.<sup>28</sup> Er brandmarkte den dynastischen Ehrgeiz des preußischen Königshauses,<sup>29</sup> auch mit Blick auf den Süden Deutschlands, wo es galt, die größten Staaten Bayern und Württemberg im Kriegsfall neutral zu halten. Nach München und Stuttgart schrieb er: Allein, um die dynastischen Abenteuer Preußens zu unterstützen, würden die süddeutschen Staaten bestimmt nicht das Risiko eines Kriegs eingehen wollen.<sup>30</sup> Die spanische Thronfolge habe mit den gemeinsamen Sicherheitsinteressen der deutschen Nation nichts zu tun. Daher dürften auch die Bündnisverträge mit Preußen, die zu diesem Zweck aufgesetzt worden seien, nicht wirksam werden. Wenn man die umfangreiche Korrespondenz des französischen Außenministers aus den Tagen der Julikrise verfolgt, wird ersichtlich, mit welcher Wucht er seine Position an allen bedeutenden Höfen Europas vertreten sehen wollte. In variierenden Formulierungen hielt er die französischen Repräsentanten im Ausland dazu an, seine Argumentation „ohne jeden Verzug und in all ihrer Schwere“ der jeweiligen Regierung, bei der sie akkreditiert waren, zur Kenntnis zu bringen.<sup>31</sup>

Um den Triumph über Preußen perfekt zu machen, schickte er schließlich Benedetti, den Botschafter Frankreichs in Preußen, nach Ems.<sup>32</sup> Benedetti sollte mit König Wilhelm sprechen und von diesem ein Verbot der Kandidatur erlangen. Auf Reaktion aus Ems hatte Gramont gewartet, seit Werther, der preußische Botschafter, dorthin gereist war.<sup>33</sup> In einem vertraulichen Schreiben nannte Gramont dem französischen Botschafter nun nicht weniger als den exakten Wortlaut der Stellungnahme, zu der König Wilhelm bezüglich des Thronangebots

<sup>26</sup> Beginnend mit einem Schreiben an den französischen Botschafter in London, vgl. Gramont an La Valette, 5.7., OD, Bd. 28, Nr. 8255, 38-41.

<sup>27</sup> Der Botschafter in St. Petersburg wurde angewiesen, Krieg in Aussicht zu stellen, falls Preußen auf der Kandidatur bestehen sollte, vgl. Gramont an Fleury, 6.7., OD, Bd. 28, Nr. 8273, 64 sowie Gramont an Fleury, 6.7., OD, Bd. 28, Nr. 8274, 64f., hier 65. Laut Ollivier ging diese Anweisung auf den Kaiser zurück, der anlässlich des Ministerrats am Morgen des 6. Juli behauptete, der Zar wolle einen europäischen Krieg vermeiden und werde deshalb zugunsten Frankreichs intervenieren, vgl. Gramont an Fleury, 6.7., OD, Bd. 28, Nr. 8273, 64, Anm. 3.

<sup>28</sup> Gramont an die diplomatischen Agenten des Kaisers in Ems, Berlin, London, St. Petersburg, Wien, Madrid, Florenz, München, Stuttgart und Dresden, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8347, 143f.

<sup>29</sup> Gramont an La Valette, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8356, 153-155, hier 155.

<sup>30</sup> Gramont an Cadore, 8.7., OD, Bd. 28, Nr. 8326, 121-123, hier 122 sowie Gramont an Saint-Vallier, 8.7., OD, Bd. 28, Nr. 8327, 123.

<sup>31</sup> „... sans aucun retard et dans toute sa gravité ...“, vgl. etwa Gramont an Fleury, 6.7., OD, Bd. 28, Nr. 8274, 64f., hier 64.

<sup>32</sup> Gramont an Benedetti, 7.7., OD, Bd. 28, Nr. 8295, 86.

<sup>33</sup> Vgl. Metternich an Beust, 8.7., Oncken, Bd. 3, Nr. 847, 398f., hier 399 sowie Lyons an Granville, 7.7., Fester, Heft 2, Nr. 325, 12-15, hier 14f.

bewegt werden sollte. Er sollte für Preußen erklären: „Die Regierung des Königs genehmigt die Annahme des Prinzen von Hohenzollern nicht und befiehlt ihm, von diesem Entschluss, der ohne Erlaubnis gefasst wurde, wieder abzukommen.“<sup>34</sup> Dies sei die einzige Reaktion, die Paris zufrieden stellen und den Krieg verhindern könne. Es eile, schrieb Gramont weiter, denn im Falle einer unbefriedigenden Antwort müsse man einen Vorsprung gewinnen und die Truppen in Bewegung setzen, um in zwei Wochen den Feldzug eröffnen zu können. Der Botschafter solle ohne Umschweife sprechen und ihn so rasch wie möglich mit dem Ergebnis kontaktieren. Falls der König einwilligen sollte, würde das ein immenser Erfolg sein, und er würde Europa den Frieden sichern. Falls nicht, bedeute es Krieg.<sup>35</sup>

Es zeigte sich bald, dass ein Befehl zur Beendigung der Kandidatur dem König nicht leicht zu entlocken sein würde. Benedetti traf am Abend des 8. Juli in Ems ein.<sup>36</sup> Tags darauf empfing ihn der Monarch. Die Audienz am Nachmittag des 9. Juli stand unter dem dreifachen Eindruck der taktischen Empfehlungen Bismarcks für König Wilhelm,<sup>37</sup> der Parlamentserklärung des französischen Außenministers sowie der persönlichen Einstellung Wilhelms I. zur spanischen Thronfrage.<sup>38</sup> Der König bat zunächst, dass man seine Rolle in der Affäre nicht missverstehen dürfe. Er habe Leopold keineswegs zur Annahme der Kandidatur ermuntert, sondern sie ihm lediglich nicht verboten. Seine Erlaubnis könne er aber nun nicht wieder zurückziehen. Im Übrigen dürfe man die preußische Regierung nicht für eine Sache verantwortlich machen, mit der sie nichts zu tun habe. Der Ministerrat sei deswegen weder jemals einberufen, noch auch nur konsultiert worden. Selbst er sei gar nicht als König von Preußen gefragt worden, sondern als Familienoberhaupt. Obwohl Ministerpräsident Bismarck von dem Angebot der spanischen Regierung an den Erbprinzen erfahren habe, stehe die preußische Regierung nicht solidarischer hinter der Kandidatur als irgendein anderes europäisches Kabinett.

Benedetti war von Gramont gewarnt worden, sich nicht auf eine Antwort einzulassen, die auf eine Unterscheidung zwischen preußischem Staatsinteresse und der Kandidatur Leopolds hinausliefe.<sup>39</sup> Die preußische Regierung habe sehr wohl von der Kandidatur gewusst, und ihr vermeintliches Desinteresse müsse durch Taten belegt werden. Der Botschafter entgegnete

---

<sup>34</sup> „Le Gouvernement du Roi n’approuve pas l’acceptation du Prince de Hohenzollern, et lui donne l’ordre de revenir sur cette détermination, prise sans sa permission.“ Vgl. Gramont an Benedetti, 7.7., OD, Bd. 28, Nr. 8298, 90f., hier 90.

<sup>35</sup> Ebd. 90f.

<sup>36</sup> Vgl. Benedetti an Gramont, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8336, 138.

<sup>37</sup> Siehe Kapitel 3.

<sup>38</sup> Vgl. Benedetti an Gramont, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8357, 155-162, hier 156-159 sowie Abeken an Bismarck, 9.7., Lord, Nr. 72, 165f. Vom Protest des Königs gegen die Parlamentsrede erfuhr Gramont vor allem aus einem separaten Schreiben Benedettis, vgl. Benedetti an Gramont, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8358, 162-164, hier 163f.

<sup>39</sup> Gramont an Benedetti, 7.7., OD, Bd. 28, Nr. 8298, 90f.

deshalb, dass der Öffentlichkeit der feine Unterschied zwischen der Rolle des Königs als Staatsoberhaupt und der Rolle als Familienoberhaupt nicht geläufig sei, und dass man zumal in Frankreich Leopold lediglich als einen Vertreter der Dynastie sehe, die schon im Norden herrsche. Er verwies darauf, dass die Regierung des Kaisers sich dieser Ansicht der Bevölkerung nicht verschließen könne. Unter Verwendung der Munition, mit der Gramont ihn versorgt hatte, deutete Benedetti ferner einen möglichen Bürgerkrieg in Spanien an und erinnerte sein Gegenüber an Fälle, in denen die Regierungen ein dynastisches Interesse der allgemeinen Ruhe geopfert hätten.<sup>40</sup> Ein raffiniertes Argument scheint sich dem Botschafter erst im Verlauf des Gesprächs aufgedrängt zu haben: Wenn die preußische Regierung, wie der König betone, in dieser Sache kein Interesse zu verteidigen habe, so werde es ihr umso leichter fallen, der französischen entgegen zu kommen.

Doch es half nichts. König Wilhelm war nicht bereit, dem Kandidaten einen Rücktritt nahezulegen, durch den dieser sein Wort gegenüber der spanischen Regierung hätte brechen müssen. Was er anbot (sehr zum Unmut Bismarcks, hätte er davon erfahren), war Folgendes: Sollten die Sigmaringer angesichts der Erregung, die entstanden sei, die Kandidatur von sich aus beenden wollen, so werde er diese Entscheidung billigen. Er habe sich mit dem Erbprinzen und dessen Vater bereits in Verbindung gesetzt, um zu erfahren, wie sie die Sache sehen. Sobald er die Antwort kenne, wolle er sich dem französischen Botschafter gegenüber eingehender äußern.<sup>41</sup>

„Die Verhandlungen beginnen schlecht“, kommentierte Gramont,<sup>42</sup> der von dem Angebot des Königs nicht sofort vollinhaltlich erfuhr.<sup>43</sup> Es würde aber keinen echten Sieg über Preußen bedeuten, wenn König Wilhelm den Verwandten die Entscheidung überließ und den Verzicht nicht persönlich herbeiführte. Wenn er an der Entscheidung nicht mitwirkte, drohte die Sache

<sup>40</sup> Benedetti an Gramont, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8357, 155-162, hier 156-160. Vgl. auch Gramont an Benedetti, 7.7., OD, Bd. 28, Nr. 8297, 87-90, hier 89 sowie Gramont an Benedetti, 7.7., OD, Bd. 28, Nr. 8298, 90f.

<sup>41</sup> Benedetti an Gramont, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8355, 151-153, hier 152. Vgl. auch Benedetti an Gramont, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8357, 155-162, hier 159-161. In der Nacht vom 10. auf den 11. Juli präziserte Benedetti seinen Bericht in diesem Punkt: „et s'explique plus complètement avec moi“ wurde durch das konkretere „et me fait connaître les résolutions qui pourront être adoptées“ ersetzt, vgl. Benedetti an Gramont, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8381, 191f., hier 192.

<sup>42</sup> Zitiert nach *Wetzels*, *Duel of Giants*, 115, der diese Äußerung auf den 9. Juli datiert, was nicht richtig erscheint (siehe Anm. 43).

<sup>43</sup> Da der ausführliche Bericht Benedettis erst später einlangte, stammten die Informationen, auf die Gramont seinen weiteren Schritte aufbaute, aus dessen telegrafischer Zusammenfassung der Audienz, die am Vormittag des 10. Juli in Paris empfangen wurde, vgl. Benedetti an Gramont, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8355, 151-153. Ein beträchtlicher Teil des Telegramminhalts, darunter die Zusicherung des Königs, einen freiwilligen Verzicht des Erbprinzen gutheißen zu wollen, war während der Übertragung einem heftigen nächtlichen Gewitter über dem Rheintal zum Opfer gefallen und konnte nicht sinnvoll entziffert werden, vgl. auch Gramont an Benedetti, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8366, 182 und Benedetti an Gramont, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8379, 191 sowie ferner Metternich an Beust, 10.7., Oncken, Bd. 3, Nr. 864, 415 und zur Bestätigung des Gewitters Königin Augusta an König Wilhelm, 10.7., Becker, Bd. 2, Nr. 765, 523. Wie die Krise sich weiter entwickelt hätte, wenn die französische Regierung früher von diesem nicht unwesentlichen Zugeständnis des Königs erfahren hätte, bleibt offen.

zu einer Angelegenheit zwischen Frankreich und einer Privatperson, dem Kandidaten, zu werden; und das war gegen das höhere Ziel der Franzosen und gegen den ausdrücklichen Wunsch des Kaisers.<sup>44</sup> Andererseits hatte König Wilhelm die Kandidatur auch nicht in Schutz genommen. Man konnte daher, allen Drohungen zum Trotz, im Parlament schlecht die De-facto-Kriegserklärung verlesen, die Gramont bereits in Arbeit hatte, und die für den Fall gedacht war, dass der König sich mit der Kandidatur solidarisch erklärte.<sup>45</sup> Man musste jetzt warten, bis Wilhelm I. mit Sigmaringen kommuniziert haben würde, und die weitere Vorgehensweise vom Ergebnis dieser Korrespondenz abhängig machen. Und das, obwohl man dem Parlament Resultate in Aussicht gestellt hatte.<sup>46</sup> Das Ergebnis der Emser Audienz passte Gramont also nicht ins Konzept.

Zudem hatte er inzwischen aus Madrid die Information, dass die Deutlichkeit des französischen Protests dort Eindruck gemacht hatte. Gramont hatte dem spanischen Ministerpräsidenten am Tag der Erklärung vor dem Corps législatif mitteilen lassen, dass seine Kandidatenwahl die denkbar schlechteste sei, und dass dies auch der Kaiser so sehe.<sup>47</sup> Mercier hatte zusätzlich den Auftrag erhalten, sich zu Serrano, dem Regenten und nominellen Staatsoberhaupt, zu begeben und sich für ein Fallenlassen der Kandidatur einzusetzen.<sup>48</sup> Nach einem zweiten Besuch durch den französischen Botschafter – und durch einen Sondergesandten Napoleons – hatte der Regent sich schließlich bereit erklärt, eine Vertrauensperson zum Prinzen zu schicken, um diesen zum Rücktritt zu bewegen – in aller Geheimhaltung, wie er später hinzufügte, und in aller Höflichkeit.<sup>49</sup> Nachdem es soeben noch geheißen hatte, die Cortes würden am 20. Juli zur Königswahl zusammentreten,<sup>50</sup> war die spanische Regierung nun also im Begriff, die Kandidatur abzublasen. Auch Ministerpräsident Prim schien einlenken zu wollen.<sup>51</sup> Die Thronbesteigung Leopolds – das Ereignis, das die französische Regierung öffentlich zu verhindern geschworen hatte – wurde damit ganz ohne preußisches Zutun auf einmal sehr unwahrscheinlich.

Preußen aber drohte einem auf diese Weise durch die Finger zu schlüpfen. Sollte man sich mit der Beseitigung der Kandidatur zufrieden geben? Immerhin ein verwertbares Ergeb-

---

<sup>44</sup> Vgl. Gramont an Benedetti, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8341, Anm. 4, 140-142, hier 140f.

<sup>45</sup> Vgl. den Entwurf Gramonts in der Anmerkung zu Gramont an Benedetti, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8369, Anm. 2, 184f.

<sup>46</sup> Sitzung des Corps législatif, 6.7., Fester, Heft 1, Nr. 289, 134-137, hier 134f.

<sup>47</sup> Gramont an Mercier, 6.7., OD, Bd. 28, Nr. 8269, 61.

<sup>48</sup> Gramont an Mercier, 7.7., OD, Bd. 28, Nr. 8289, 83.

<sup>49</sup> Mercier an Gramont, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8353, 150f., hier 150 sowie Mercier an Gramont, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8372, 186.

<sup>50</sup> Mercier an Gramont, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8342, 141f. Vgl. auch Mercier an Gramont, 6.7., OD, Bd. 28, Nr. 8280, 72 sowie Le Sourd an Gramont, 7.7., OD, Bd. 28, Nr. 8291, 84.

<sup>51</sup> Mercier an Gramont, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8353, 150f. Vgl. auch La Valette an Gramont, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8373, 187.

nis hatte die Emser Audienz im Hinblick auf Preußen gebracht: König Wilhelm hatte die Kandidatur genehmigt.<sup>52</sup> Seine Zustimmung war also bereits erfolgt! Abgesehen von der peniblen Unterscheidung zwischen Familien- und Staatsoberhaupt klang das anders als das zuvor erfolgte Dementi aus Berlin. Die Forderung nach einem Verbot war damit in der bisherigen Form zwar hinfällig; als Nächstes würde Wilhelm I. sich jedoch mit dem Kandidaten erneut „absprechen“<sup>53</sup> und dem französischen Botschafter dann dessen definitive EntschlieÙung mitteilen. Daraus ließ sich doch etwas machen.

Nachdem er sich eine Variation seiner Taktik überlegt hatte, hatte Gramont den preußischen König schon zu Mittag des 10. Juli wieder fest im Griff. „Schreiben Sie mir eine Depesche, die ich vor den Kammern verlesen oder veröffentlichen kann“, ersuchte er Benedetti, „in der Sie zeigen, dass der König von der Annahme [der Kandidatur] gewusst und [diese] genehmigt hat, und sagen Sie vor allem, *dass er Sie gebeten hat, sich mit dem Prinzen abzustimmen, bevor er Ihnen seine Entscheidungen mitteilt.*“<sup>54</sup> Das Kalkül dahinter erläuterte er dem britischen Botschafter Lyons, der die Frage stellte, was man gegen Preußen denn in der Hand habe: Erstens, so Gramont, habe Wilhelm, wie man nun offiziell wisse, Bescheid gewusst und in die Annahme der Kandidatur durch den Erbprinzen eingewilligt. Zweitens – und das war der Punkt – werde die Entscheidung des Prinzen, auf der Kandidatur zu bestehen oder sie aufzugeben, ebenfalls nach Rücksprache mit dem preußischen König fallen. Daher werde Frankreich, sollte der Kandidat nicht zurücktreten, Preußen den Krieg erklären.<sup>55</sup>

---

<sup>52</sup> Benedetti an Gramont, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8355, 151-153, hier 151.

<sup>53</sup> Benedettis Formulierungsvariante „... se concerter avec le Prince ...“, die es heil durch das Gewitter nach Paris geschafft hatte, war für sich allein genommen irreführend und kaschierte den Charakter der Freiwilligkeit, den der König dem Entschluss des Kandidaten zu geben beabsichtigte, vgl. ebd. 152f.

<sup>54</sup> „Écrivez-moi une dépêche que je puisse lire aux Chambres ou publier, dans laquelle vous démontrerez que le Roi a connu et autorisé l'acceptation du Prince de Hohenzollern, et direz surtout *qu'il vous a demandé de se concerter avec le Prince avant de vous faire connaître ses résolutions.*“ Gramont an Benedetti, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8369, 184 (Hervorhebung im Original). Anmerkung zur Übersetzung: Das Akkusativobjekt „ses résolutions“ scheint sich auf die Entscheidungen des Königs zu beziehen und nicht auf die des Prinzen. Eine Gegenüberstellung des Telegramms an Benedetti mit dem Bericht, den der britische Botschafter über sein Gespräch mit Gramont am Nachmittag desselben Tags verfasste, zeigt jedoch, dass Gramont auch an *dessen* Entscheidungen gedacht haben könnte (les résolutions de celui-ci). Schon aufgrund der gewünschten Gleichsetzung der EntschlieÙung des Kandidaten mit jener des Königs wurde das in dieser Phase möglicherweise nicht trennscharf gehandhabt, vgl. Lyons an Granville, 10.7., Fester, Heft 2, Nr. 409, 67f., hier 68.

<sup>55</sup> Ebd. 68.

### 3. Bismarck in der Defensive: Die riskante Taktik des Kanzlers

Anfang Juli, als die Nachricht von der Hohenzollern-Kandidatur in Frankreich für Furore zu sorgen begann, war die preußische Führungsspitze gerade auf Urlaub. Der König befand sich in Ems, einem Kurort nicht allzu weit von der französischen Grenze (bis 1866 in Hessen-Nassau gelegen, nun preußisch), wo Abeken, ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amts, ihm geschäftlich zur Hand ging. Bismarck weilte – scheinbar unpolitisch<sup>1</sup> – auf seinem Landsitz im pommerischen Varzin. Es war Hochsommer, und man bediente sich der Telegrafie, um in Verbindung zu bleiben. Der Bundeskanzler korrespondierte über seinen Assistenten Bucher von Varzin aus einerseits mit dem König und Abeken, andererseits mit dem Auswärtigen Amt in Berlin, wo Unterstaatssekretär Thile als Drehscheibe der Informationen über die außenpolitischen Entwicklungen fungierte. Die Rolle Thiles, der erst die Weisungen Bismarcks einholen musste, um über diese dann den König auf dem Laufenden zu halten, beschrieb der russische Gesandte in Berlin scherzhaft als die eines „Telegrafenkabel[s]“.<sup>2</sup> Dies sehr zum Leidwesen des französischen Geschäftsträgers Le Sourd, der sich am 8. Juli in einem Schreiben an Gramont darüber beklagte, dass Preußen in Thile keinen verantwortlichen Außenminister habe, sondern nur einen Amtsleiter, während der Ministerpräsident, der die Entscheidungen treffe, für das diplomatische Korps unerreichbar sei.<sup>3</sup>

Nichtsdestoweniger hatte Thile seinen Chef über alles Wichtige auf dem Laufenden gehalten. Man wusste in Varzin sowohl von der falschen Dechiffrierung des entscheidenden Telegramms, das zur Vertagung der Cortes geführt hatte,<sup>4</sup> als auch von dem Umstand, dass die Identität des Kandidaten in Frankreich kein Geheimnis mehr war und Geschäftsträger Le Sourd sich am 4. Juli über die Rolle Preußens in dieser Affäre bereits ostentativ erkundigt hatte.<sup>5</sup>

Die französischen Beschwerden irritierten Bismarck indes nicht weiter, denn er hatte mit ihnen gerechnet.<sup>6</sup> Es war in der Tat vorherzusehen gewesen, dass Frankreich mit der Kandidatur nicht einverstanden sein würde.<sup>7</sup> Auch, dass man in Paris eine Intrige seinerseits

<sup>1</sup> Vgl. „Kladderadatsch“ vom 3. Juli 1870, Becker, Bd. 2, Abb. 4, 419.

<sup>2</sup> „fil télégraphique“, Oubril an Gortschakow, 8.7., Becker, Bd. 2, Nr. 727B, 486f., hier 487.

<sup>3</sup> Le Sourd an Gramont, 8.7., OD, Bd. 28, Nr. 8328, 123-125, hier 125. Die Verstreuung der Akteure brachte nicht nur für die ausländischen Vertreter in Berlin, sondern auch für die preußische Regierung Nachteile mit sich, denn sie verzögerte – trotz Telegrafie – die Kommunikation, zumal angesichts des Tempos, das Gramont vorlegte, und der Tatsache, dass die Pariser Regierung sich praktisch täglich zu Besprechungen treffen konnte.

<sup>4</sup> Vgl. etwa Canitz an Bismarck, 28.6., Becker, Bd. 2, Nr. 645, 389.

<sup>5</sup> Thile an Bucher und Abeken, 4.7., Lord, Nr. 1, 121.

<sup>6</sup> Bucher an Salazar (sog. „Instruktionsbrief Bismarcks“), 25.6., Becker, Bd. 2, Nr. 628, 371f.

<sup>7</sup> Gall, Der weiße Revolutionär, 427f. Vgl. auch Dittrich, Ursachen und Ausbruch des deutsch-französischen Krieges, 73f. Anders Kolb, Kriegausbruch 1870, 53f. Kolb unterstreicht, dass eine Gegenaktion Frankreichs allenfalls auf spanischem Terrain, nicht aber gegen Preußen erwartet wurde.

vermuten würde, war dem Kanzler klar gewesen. Doch die Proteste, so die Essenz von Bismarcks Abwehrtaktik, mussten ins Leere laufen, solange offiziell lediglich der Kandidat und die spanische Regierung, nicht aber Preußen an der Sache beteiligt waren. Der Ministerpräsident spekulierte darauf, durch vorgebliches Desinteresse in eine unangreifbare Position zu kommen – auch angesichts der europäischen Öffentlichkeit –, von der aus er die französischen Attacken an Preußen abprallen lassen und trocken mit der Frage kontern konnte, ob Frankreich einem deutschen Privatmann und der souveränen spanischen Nation das Verhalten diktieren wolle.<sup>8</sup>

Sein Kalkül konnte freilich nur dann aufgehen, wenn Paris keine Gelegenheit geboten wurde, aus der Angelegenheit, die offiziell keine preußische sein sollte, eine solche zu machen. Der Staat musste nicht nur aus der Entstehungsgeschichte der Kandidatur herausgehalten werden, die Regierung und ihre Repräsentanten im Ausland durften sich auch nicht einmal auf einen Dialog über die spanische Frage einlassen.<sup>9</sup> Denn Bismarck konnte die Kandidatur schlecht in Schutz nehmen, ohne provokant zu wirken. Falls die Diplomaten des Königs – oder schlimmer noch: der König selbst – auf eine diesbezügliche Diskussion mit Frankreich also auch nur eingingen, würde man in eine Zwickmühle geraten, aus der man kaum anders als durch einen peinlichen Rückzieher wieder entkommen konnte, wenn man nicht einen ungerechtfertigt scheinenden Streit anzetteln wollte. blieb man hingegen in der offiziellen Sprachregelung von Beginn an dabei, dass die Kandidatur die Privatangelegenheit einer zufällig deutschen hochadeligen Familie sei und kein Element der preußischen Politik, so würden die französischen Verdächtigungen, so einleuchtend sie dem Eingeweihten scheinen mochten, keine öffentliche Bestätigung finden. Am Ende mochte sogar Frankreich vor Europa als der Unruhestifter dastehen, wenn es die Konfrontation auf die Spitze trieb.

Aus der diplomatischen Gratwanderung, die Bismarck da begonnen hatte, war spätestens seit der vorzeitigen Publizität der Affäre ein Hochseilakt geworden, und die erste Absturzgefahr stellte Werther dar. Der preußische Botschafter in Paris war konsequenterweise nicht in die Verhandlungen mit Spanien eingeweiht worden,<sup>10</sup> und das entwickelte sich nun zum Problem. Im Anschluss an sein Gespräch mit Gramont und Ollivier am Abend des 4. Juli hatte der Botschafter in Aussicht gestellt, dem König in Ems die „allerbedenklichsten Eindrücke“ der Minister hinsichtlich der Kandidatur eines Hohenzollers in Spanien vortragen zu wollen.<sup>11</sup> Werthers Besuch beim König war bereits vor dem Gespräch avisiert worden, aber Gramont

<sup>8</sup> Bucher an Salazar (sog. „Instruktionsbrief Bismarcks“), 25.6., Becker, Bd. 2, Nr. 628, 371f.

<sup>9</sup> Vgl. auch Bismarck an Abeken, 5.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1566, 338.

<sup>10</sup> Vgl. etwa König Wilhelm an Königin Augusta, 5.7., Becker, Bd. 2, Nr. 683, 435-437, hier 436.

<sup>11</sup> Werther an Bismarck, 4.7., Lord, Nr. 3, 122.

hatte ihm sozusagen noch rechtzeitig vor der Abreise die Beschwerden der französischen Regierung mit auf den Weg gegeben.<sup>12</sup> Deren Entgegennahme drohte Bismarcks Pläne nun zu durchkreuzen. Der Kanzler – von Thile informiert<sup>13</sup> – bemängelte in einer ersten Stellungnahme für König Wilhelm am 5. Juli, dass der Botschafter jede Erörterung der Sache hätte ablehnen und auf Madrid und die Sigmaringer verweisen sollen.<sup>14</sup> Instruktionen, denen zufolge die Angelegenheit als eine rein spanische zu behandeln sei, ergingen nun sukzessive auch an die Repräsentanten in Madrid, St. Petersburg, London, Wien, und an das verbliebene Personal der Pariser Botschaft.<sup>15</sup>

Bismarck befürchtete eine Kompromittierung seiner Pläne, aber auch, dass Werthers eilfertige Abreise an sich schon den Eindruck erwecken könnte, Preußen lasse sich von Frankreich einschüchtern.<sup>16</sup> Eine Anerkennung der hergebrachten Vorrangstellung der westlichen Kontinentalmacht und ein Zurückweichen vor ihren Forderungen drohte in seinen Augen aber Preußens neugewonnenes Prestige zu schädigen, sein Ansehen als Schutzmacht Deutschlands, von dem der Kanzler sich im Hinblick auf die kleindeutsche Einigung unter preußischer Führung viel versprach.<sup>17</sup> Er hatte nicht 1866 gegen Österreich aufbegehrt, um sich nun Frankreich zu beugen. Wie ausgewogen er sich dagegen das Verhältnis der Mächte Frankreich und Preußen-Deutschland vorstellte, geht aus einem Vergleich hervor, den er in seinem Schreiben an König Wilhelm gebrauchte: Er fragte rhetorisch, was sein würde, wenn in Schweden ein König gewählt würde, der Preußen nicht genehm sei; in „welchem Maße“, so Bismarck, „würde Frankreich sich etwa um unsere Eindrücke bezüglich dieser Wahl, auch wenn sie die allerbedenklichsten wären, beunruhigen ...?“<sup>18</sup>

Der Kanzler empfahl, Werthers Reise in ein günstiges Licht zu stellen. Sie sollte nicht wie das Ergebnis der französischen Proteste aussehen, sondern wie eine Gefälligkeit, die Werther auf sich genommen habe, um der Pariser Regierung genauere Informationen über den Stand der spanischen Frage und Preußens Haltung dazu zu beschaffen.<sup>19</sup> Und diese Informa-

<sup>12</sup> Vgl. Thile an Bucher, 5.7., Lord, Nr. 10, 125.

<sup>13</sup> Vgl. Thile an Abeken, 5.7., Lord, Nr. 7, 123f., hier 124.

<sup>14</sup> Bismarck an Abeken, 5.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1566, 338. Vgl. auch Bismarck an Abeken, 5.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1567, 338-340, hier 338.

<sup>15</sup> Thile an Canitz, 5.7., Becker, Bd. 2, Nr. 679, 433; vgl. Thile an Abeken, 6.7., Becker, Bd. 2, Nr. 694, 448; Thile an Bernstorff, 7.7., Lord, Nr. 29, 137, vgl. auch Bismarck an Bernstorff, 7.7., Becker, Bd. 2, Nr. 706, 456f.; Thile an Schweinitz, 10.7., Lord, Nr. 95, 180; Abeken an die Botschaft in Paris, 6.7., Lord, Nr. 18, 133.

<sup>16</sup> Bismarck an Abeken, 5.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1566, 338.

<sup>17</sup> *Steeffel*, Bismarck, the Hohenzollern Candidacy, and the Origins of the Franco-German War, 246. Vgl. auch (mit aller gebotenen Vorsicht gegenüber Bismarcks Memoiren) des Kanzlers eigene Worte im Zusammenhang mit dem Kriegausbruch: Gerhard Ritter, Rudolf Stadelmann (Hg.), Erinnerung und Gedanke. Kritische Neuausgabe auf Grund des gesamten schriftlichen Nachlasses (*Bismarck. Die gesammelten Werke* 15, Berlin 1932) 308f.

<sup>18</sup> Bismarck an Abeken, 5.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1567, 338-340, hier 339.

<sup>19</sup> Ebd. 338-340.

tionen sollten dann dem von Bismarck gewünschten Standpunkt entsprechen: „Die Selbständigkeit Spaniens achtend und ohne den Beruf zur Einmischung in spanische Verfassungsfragen, überlassen wir die letzteren den Spaniern und denen, die es werden wollen. Will Frankreich auf dieselben einwirken, so ist das seine und nicht unsere Sache.“<sup>20</sup> Darüber hinaus sollte Werther nur „kühle Verwunderung“ über die Unruhe, die Frankreich gegenüber *Preußen* an den Tag lege, in Paris zum Ausdruck bringen.<sup>21</sup>

„Sobald wir diese Linie in unserer Haltung zur Sache überschreiten“, warnte er den König, „sobald wir auch nur stillschweigend zugeben, daß Frankreich ein Recht habe, *uns* über diese spanische Angelegenheit zur Rede zu stellen, sobald wir durchblicken lassen, dass wir uns über die Eindrücke Gramonts und Olliviers, welche beide dem Charakter nach Gascogner sind, wenn auch nur Gramont von Geburt, im allermindesten beunruhigt zeigen, so würden wir meines Erachtens in eine sehr fehlerhafte Situation geraten, welche nur mit einem Rückschlage der öffentlichen Meinung zu unserem Nachteil und mit einer Ermutigung Frankreichs uns gegenüber endigen könnte und unsere Fähigkeit, mit Frankreich in Frieden zu leben, sehr beeinträchtigen würde.“<sup>22</sup> Diese Schlussfolgerung, die angesichts des Konfrontationskurses, der sich aus Bismarcks Vorhaben erst ergab, verblüffen mag, begründete der Kanzler so: Nur eine feste und furchtlose Haltung sichere weiter den Frieden. Die französische Regierung fürchte sich vor „ernstem Bruch“ mehr als Preußen. Sollte Paris aber den Eindruck gewinnen, es verhalte sich umgekehrt, so würde einem die französische „Überhebung“ schon bald keine Wahl mehr lassen als einen Krieg.<sup>23</sup>

Es ist zu beachten, dass diese Worte für den König bestimmt waren: einen König, der der spanischen Kandidatur ablehnend gegenüber gestanden war, und dies nicht zuletzt wegen der absehbaren Komplikationen mit Frankreich;<sup>24</sup> einen König, dem der Ministerpräsident Rechenschaft schuldete, zumal angesichts des tatsächlichen Eintretens dieser Komplikationen; einen König, dem gegenüber es die Tragweite der französischen Empörung demnach tunlichst herunterzuspielen galt. Bismarck scheint dies versucht zu haben, indem er die Minister als Gascogner bezeichnete. Was genau meinte er damit? Temperamentvolle Draufgänger wie den *Musketier d'Artagnan*, ebenfalls aus der Gascogne stammend? Der Textzusammenhang lässt vermuten, dass Bismarck bei seinem Hinweis auf die vermeintliche Herkunft der Minister tatsächlich an die duellfreudige literarische Figur gedacht haben könnte oder an die bekannt streitlustigen Gascogner Kadetten im Allgemeinen. Die Behauptung, es bedürfe nur einer

<sup>20</sup> Bismarck an Abeken, 5.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1566, 338.

<sup>21</sup> Bismarck an Abeken, 5.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1567, 338-340, hier 340 (Hervorhebung im Original).

<sup>22</sup> Ebd. 340 (Hervorhebung im Original).

<sup>23</sup> Ebd. 339.

<sup>24</sup> *Becker* (Hg.), Bismarcks spanische „Diversion“ 1870, Bd. 1: Der Weg zum spanischen Thronangebot, XIV.

unerschrockenen Haltung Preußens, um die Bedrohung des Friedens abzuwenden, sollte ebenfalls in diesem Licht gesehen werden. Es galt, König Wilhelm auf Linie zu halten.

So sehr man das berücksichtigen muss, wenn man die Äußerungen Bismarcks während der gesamten Julikrise vor Augen hat – vieles deutet auch darauf hin, dass der Kanzler das Ausmaß der französischen Entschlossenheit schlicht unterschätzte. Als etwa Werthers Stellvertreter, Geschäftsträger Solms, am 6. Juli aus Paris meldete, dass laut einem Artikel des „Constitutionnel“, also eines regierungsnahen Organs, die französische Regierung sich dem Projekt energisch zu widersetzen beabsichtige, notierte er nur lapidar: „Das Telegraphiren von Journal-Artikeln, die nicht offiziell sind, sollte dem Gr[afen] Solms ausdrücklich untersagt werden, um dadurch sein Urtheil über die Bedeutung französischer Druckerschwärze zu klären.“<sup>25</sup>

Bismarck schien ungebrochen vom Erfolg der Kandidatur auszugehen – jedenfalls in einem Brief an den Kronprinzen vom 6. Juli. Die Opposition Frankreichs, beruhigte er dort, werde der Popularität des Kandidaten in Spanien allenfalls nützen.<sup>26</sup> Seine Zuversicht schien sich zu bestätigen, als aus Madrid zunächst verlautete, dass die Cortes für den 18. oder 20. des Monats wieder einberufen würden, um die Königswahl zu veranstalten.<sup>27</sup> Bismarck machte sich bereits Gedanken, wie man Leopolds Zukunft als König von Spanien angesichts der gespannten Lage dauerhaft absichern konnte. Mit seinen Überlegungen wandte er sich nicht unmittelbar an die Sigmaringer, da dies seiner Taktik widersprochen hätte. Stattdessen schrieb er an den König und an den Kronprinzen.<sup>28</sup> Diese konnten die Verwandtschaft beraten, das ließ sich von preußischen Staatsangelegenheiten bei Bedarf separieren. Bismarcks Ratschläge lauteten wie folgt: Der Vater des Kandidaten, Fürst Karl Anton, oder auch der Kandidat selbst, sollten versuchen, über ihre familiären Verbindungen einen Draht zu Napoleon III. aufzubauen, damit Frankreich es in der spanischen Armee nicht zu Verschwörungen kommen lasse. Womöglich konnte Napoleon III. sogar noch von den Vorzügen der Kandidatur überzeugt werden? Als da waren, laut Bismarck: Keine republikanische Lösung der spanischen Frage, keine orléanistische (Montpensier), und auch keine bourbonische, die nur in klerikalem Absolutismus oder erneuter Revolution enden könne. Der Kronprinz, der das Projekt nach anfänglicher Skepsis inzwischen befürwortete, war mit einer Tochter Königin Victorias von England verheiratet, was ihn zum Adressaten von Bismarcks zweiter Idee

<sup>25</sup> Randbemerkung Bismarcks, 7.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1571, 343. Vgl. auch Thile an Bucher, 6.7., Lord, Nr. 25, 136.

<sup>26</sup> Bismarck an Friedrich Wilhelm, 6.7., Becker, Bd. 2, Nr. 693, 446f., hier 447.

<sup>27</sup> Canitz an Bismarck, 7.7., Becker, Bd. 2, Nr. 704, 455. Vgl. auch Canitz an Bismarck, 7.7., Becker, Bd. 2, Nr. 705, 456.

<sup>28</sup> Vgl. Bismarck an Abeken, 6.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1568, 340f., hier 341 sowie Bismarck an Friedrich Wilhelm, 6.7., Becker, Bd. 2, Nr. 693, 446f.

machte, ob nicht England die Kandidatur in Paris unterstützen könne, wenn Preußen dies schon nicht möglich sei.<sup>29</sup>

Die Empfehlungen liefen darauf hinaus, das „Nest durch einstweilige Beruhigung des benachbarten Adlers ... behaglicher zu machen“.<sup>30</sup> Sie wirken heute optimistisch angesichts der Tatsache, dass Napoleon III. etwa zur selben Zeit seinen Außenminister mit einer ultimativen Reaktion vor die Öffentlichkeit treten ließ, die Varzin noch nicht erreicht hatte. Kann Bismarck sich in der Tat etwas von ihnen versprochen haben? Oder ging es ihm darum, den Hohenzollern Sand in die Augen zu streuen, zwecks Aufrechterhaltung einer riskanten Politik? Fest steht, dass sowohl der direkte Kontakt zwischen den Sigmaringern und Napoleon III. als auch eine eventuelle britische Vermittlung zur Folge gehabt hätten, dass Preußen unbeteiligt blieb, und das hatte oberste Priorität.

Bismarck glaubte die Angelegenheit dann „für die französische Staatskunst nicht anfaßbar“.<sup>31</sup> Bald zeigte sich, dass seine Gegenspieler die Regeln dieser Kunst nicht immer sklavisch befolgten.

Die Erklärung Gramonts vor dem Corps législatif überraschte den Kanzler entsprechend. Eine so unverblümete, öffentliche Kampfansage hatte er nicht erwartet.<sup>32</sup> Statt um die Aschenbahn zu laufen, in deren Startlöcher Bismarck die französische Diplomatie gestellt zu haben glaubte, hatte Gramont eine Abkürzung genommen und war gewissermaßen auf der Zielgeraden losgerannt, um einen modernen Vergleich zu gebrauchen. Der Minister hatte, als er in seiner Ansprache einer „fremde[n] Macht“ unterstellte, Frankreich zu bedrohen, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setze, den offiziellen Standpunkt der preußischen Regierung, wie er vonseiten Thiles am 4. Juli gegenüber Le Sourd formuliert worden war, ignoriert und nur seinen eigenen, zutreffenden, aber von Preußen dementierten Verdacht in aller Öffentlichkeit zur Richtschur der französischen Politik erklärt. Danach war gleich eine Kriegsdrohung ausgesprochen worden, für den Fall, dass die Kandidatur aufrechterhalten würde, und zwar eine Kriegsdrohung gegen Preußen, nicht gegen Spanien. Das ging aus dem Tonfall der Rede deutlich hervor.<sup>33</sup>

Der Wortlaut der Kammererklärung wurde von der Pariser Botschaft am frühen Nachmittag des 7. Juli nach Berlin telegraphiert und von Thile nach Varzin weitergeleitet.<sup>34</sup> Auch von dem Beifall, der den Abgang Gramonts von der Tribüne begleitet hatte, erfuhr

---

<sup>29</sup> Ebd. 447.

<sup>30</sup> Ebd.

<sup>31</sup> Ebd.

<sup>32</sup> Vgl. dazu grundsätzlich *Kolb*, *Kriegsausbruch 1870*, 20, 54-62 u. 105-108.

<sup>33</sup> Vgl. Sitzung des Corps législatif, 6.7., *Fester*, Heft 1, Nr. 289, 134-137, hier 135.

<sup>34</sup> Vgl. Solms an das Auswärtige Amt, 7.7., *Lord*, Nr. 31, 138.

man.<sup>35</sup> Wie Bismarck auf die Lektüre des Texts reagierte, geht aus einer Randnotiz hervor, die er seiner Kopie beifügte: „Die Sprache ist doch sehr roh! Das kommt davon, wenn man solche Leute zu Ministern macht; spricht nur parti pris aus.“<sup>36</sup> „Parti pris“ hieß, dass der Tonfall der Rede den Verdacht nahe legte, der französische Minister – oder die gesamte Regierung? – habe bereits beschlossen, in dieser Angelegenheit mit dem Norddeutschen Bund zu brechen.

„Das sieht ja aus wie der Krieg“, soll Bismarck am Morgen des 8. Juli beim Frühstück zu einem in Varzin anwesenden Mitarbeiter gesagt haben. „Diese rücksichtslose Sprache könnte Gramont nicht führen, wenn der Krieg nicht beschlossene Sache wäre.“ Und weiter: „Man sollte jetzt sofort die ganze Armee mobil machen und über die Franzosen herfallen; das wäre der Sieg. Leider geht das aber nicht aus verschiedenen Gründen.“<sup>37</sup>

Am Abend, in einer Stellungnahme für das Auswärtige Amt, relativierte er diesen ersten Eindruck jedoch signifikanterweise. Er finde die Ausdrucksweise des französischen Außenministers über alle Erwartung anmaßend und plump, frage sich aber, ob die Ursache dafür „parti pris“ oder mangelndes Geschick sei. Für Ersteres spreche der „Lärm“, den man gemacht habe, um jede Möglichkeit des Einlenkens abzuschneiden.<sup>38</sup>

Auch der König hatte eine schriftliche Kopie von Gramonts Rede erhalten und erkundigte sich nun, ob auf diesen „Angriff“ nicht in irgendeiner Form offiziell zu reagieren sei.<sup>39</sup> Bismarck riet davon ab. Nur die „Presse“ – also jene Zeitungen, die ihre Informationen und teils auch ihr Geld von der preußischen Regierung erhielten – sollte „sehr grob werden in möglichst vielen Blättern“.<sup>40</sup> Preußische „Druckerschwärze“ gegen die Kriegsdrohung Frankreichs. Was die Gesandten anging, wollte Bismarck lediglich die an den süddeutschen Höfen und in Dresden in ähnlichem Sinn instruieren wie jene im nichtdeutschen Ausland: nämlich, dass die Angelegenheit eine rein spanische sei und man die Pariser Haltung befremdlich finde, die Sprache Gramonts anmaßend und ungerechtfertigt. Für darüber hinaus gehende Mitteilungen, so Bismarck, liege derzeit noch kein „amtliches Material“ vor (das heißt keine konkrete, über die regulären Kanäle an Preußen gestellte Forderung), es gebe nur „künstlich montierten“ Lärm in Paris.<sup>41</sup>

Bei allem Kopfschütteln über das französische Vorgehen sah Bismarck keinen Grund, an der bisherigen Haltung Preußens etwas zu ändern. Im Gegenteil: Wenn es noch eines

<sup>35</sup> Solms an das Auswärtige Amt, 6.7., Lord, Nr. 22, 135 sowie Thile an Bucher, 7.7., Lord, Nr. 26, 137.

<sup>36</sup> Vgl. Solms an das Auswärtige Amt, 7.7., Lord, Nr. 31, Anm. 2, 138.

<sup>37</sup> Gespräch Bismarcks mit Keudell, 8.7., GW, Bd. 7, Nr. 231, 309.

<sup>38</sup> Bismarck an das Auswärtige Amt, 8.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1573, 344f.

<sup>39</sup> Abeken an Thile, 8.7., Lord, Nr. 54, 156f., hier 157. Vgl. auch Abeken an Bismarck, 8.7., Lord, Nr. 45, 152.

<sup>40</sup> Bismarck an das Auswärtige Amt, 8.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1573, 344f., hier 345.

<sup>41</sup> Bismarck an Abeken, 9.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1576, 346. Vgl. auch Bismarck an Abeken, 9.7., Lord, Nr. 60, 160.

Vorwands bedurft hatte, um zu begründen, weshalb man nicht zu Gesprächen bereit war, so war er in dem undiplomatischen Auftreten Gramonts gefunden.<sup>42</sup> Der Vorwurf der Aggressivität würde nun Frankreich treffen.<sup>43</sup> Welchen Beweis hätte die französische Regierung dem norddeutschen Kanzler auch zusätzlich liefern können, um zu demonstrieren, dass aufgrund der Reizbarkeit Frankreichs in Bezug auf Preußen quasi permanent mit einem Krieg zu rechnen war? Selbst wenn es wieder, wie schon im Zuge der Luxemburg-Krise, nicht zum Äußersten kam, würde Bismarck die Kriegsgefahr argumentativ ausnützen können, um sowohl in den Verhandlungen mit dem Parlament hinsichtlich des Militärbudgets als auch in den Gesprächen mit Süddeutschland wegen dessen Schutzbedürftigkeit den stärksten Trumpf in der Hand zu haben. Das spanische Unterfangen begann sich auf Umwegen auszuzahlen. Davon abgesehen konnte Paris gegen die Kandidatur nichts ausrichten, solange die Spanier standhaft blieben. Aus Sicht des Ministerpräsidenten gab es nicht den geringsten Anlass, die sorgfältig ausgehobene Deckung zu verlassen, in die er sich mit der preußischen Politik begeben hatte.

Die Beurteilung seines weiteren Vorgehens vonseiten der Forschung hängt ganz davon ab, welche Ansicht der jeweilige Autor über die strategischen Absichten des Kanzlers im Zusammenhang mit der Hohenzollern-Kandidatur vertritt. Während Kolb, Verfasser einer kontroversen, bald als klassisch zu bezeichnenden Monografie über die Ereignisse, der Meinung ist, dass der Kanzler sich vom Augenblick der unerwarteten Kriegsdrohung an ganz auf die Abwehr der französischen Offensive konzentrierte – weil er auch von der Strategie Bismarcks ein defensives Bild zeichnet<sup>44</sup> – laufen für Becker, den wohl bismarckkritischsten unter den Kennern der Materie, die taktischen Züge des Kanzlers darauf hinaus, die Krise „reifen“ zu lassen, während sich ein Provokationsszenario entfaltete, dass dieser lange im Voraus entworfen hatte.<sup>45</sup> Dagegen gibt es freilich das eine oder andere einzuwenden. Der Verfasser vermag diesen Jahrhundertstreit der Historiker, der mit jeder Veröffentlichung zum Thema neu entflammt, hier nicht zu entscheiden, vermutet aber, dass die Antwort auf die Frage, ob Bismarck zumindest nach der Parlamentserklärung Gramonts mit Krieg zu rechnen begann oder nicht, in letzter Analyse davon abhängt, wie der preußische Ministerpräsident den französischen Kaiser einschätzte, den Letztverantwortlichen in Frankreich, und nicht dessen Minister, was leider nicht oft gesondert behandelt wird. (Wir werden auf diese Frage später zurückkommen.)

---

<sup>42</sup> Lord, *Origins of the War of 1870*, 44-47.

<sup>43</sup> Vgl. Wetzel, *Duel of Giants*, 102f. u. 110.

<sup>44</sup> Kolb, *Kriegsausbruch 1870*, 107f. sowie 48-50 u. 54.

<sup>45</sup> Becker (Hg.), *Bismarcks spanische „Diversion“ 1870*, Bd. 1: *Der Weg zum spanischen Thronangebot*, LXXVIII f. u. passim.

Die Tage vergingen, und die preußische Botschaft in Paris wurde zusehends nervös. Geschäftsträger Solms telegrafierte, dass die französische Regierung ungeduldig auf eine Rückmeldung Werthers aus Ems warte. Das Parlament dränge auf weitere Erklärungen. Seines Erachtens sei ein neuerlicher überstürzter Akt der Regierung, sei es in der Kammer oder auf anderen Wegen, zu befürchten, wenn Preußen zu lange schweige. Der französische Botschafter sei nach Ems geschickt worden.<sup>46</sup> Die Antwort, die man in Paris erwarte, sei die, dass der König als Familienoberhaupt dem Erbprinzen die Annahme der spanischen Krone verbiete.<sup>47</sup>

Bismarck, der ein sehr unangenehmer Chef sein konnte, bat Thile um eine Zurechtweisung des Verfassers. Er bedaure, dass die gedruckte, kleinlaute Stimmung, die aus Solms' Mitteilung spreche, und die sich schon in den ersten Meldungen vonseiten Werthers ausgedrückt habe, noch immer die Botschaft beherrsche.<sup>48</sup> Solms möge, wenn veranlasst (nur wenn veranlasst, Anm.), Folgendes sagen: Erklärungen habe Preußen nicht abzugeben, sondern angesichts von Gramonts Rede eher zu erwarten.<sup>49</sup>

Thile hatte die Rüge noch gar nicht weitergeleitet,<sup>50</sup> da traf ein weiteres Telegramm des Geschäftsträgers ein. Die Situation, schrieb Solms, werde mit jedem Augenblick ernster. Französische Kriegsvorbereitungen seien im Gange. Seine Kollegen aus der Diplomatie und andere bestunterrichtete Personen hätten die Gewissheit, dass eine Kriegserklärung unmittelbar bevorstehe, wenn Preußen nicht binnen weniger Tage die Kandidatur „definitiv“ verhindere. Frankreich, so der Geschäftsträger richtig, scheine diese Gelegenheit zum Krieg besonders vorteilhaft, da „das Objekt kein deutsches“ sei – also die Nationalfrage nicht berühre – und in Frankreich populär.<sup>51</sup> Hierauf wandte Bismarck sich nun persönlich an Solms: Wenn die Leute ihm gegenüber von Krieg sprechen sollten, so wolle er nüchtern und knapp antworten, dass Preußen ihn führen würde, wenn man ihn ihm erkläre. Man sei bereit und imstande sich zu wehren, und Solms solle darüber niemanden im Zweifel zu lassen, der ihn darauf anspreche.<sup>52</sup> Nach Ems schrieb er kurze Zeit später: Es sei dringend wünschens-

<sup>46</sup> Solms an das Auswärtige Amt und Bismarck, 8.7., Lord, Nr. 48, 153f. Vgl. auch Thile an Bucher, 9.7., Becker, Bd. 2, Nr. 739, 498f.

<sup>47</sup> Solms an Bismarck, 8.7., Oncken, Bd. 3, Nr. 855, 408. Lord datiert dieses Schreiben auf den 7. Juli, vgl. Solms an Bismarck, 7.7., Lord, Nr. 41, 147f.

<sup>48</sup> Vgl. Thile an Solms, 10.7., Becker, Bd. 2, Nr. 763, Anm. 5, 519f. sowie ferner *Baumgart*, Europäisches Konzert, 142.

<sup>49</sup> Bucher an Thile, 9.7., Becker, Bd. 2, Nr. 744, 502.

<sup>50</sup> Er tat es am 10. Juli, wobei er abzuschwächen versuchte: Solms wolle die Bemerkung des Chefs „nicht allzu tragisch“ nehmen, jedoch „mehr kalte Ruhe haben und zeigen“, vgl. Thile an Solms, 10.7., Becker, Bd. 2, Nr. 763, 519f. (Hervorhebung im Original).

<sup>51</sup> Solms an das Auswärtige Amt, 9.7., Oncken, Bd. 3, Nr. 857, 409. Vgl. auch Thile an Bucher, 9.7., Becker, Bd. 2, Nr. 740, 499.

<sup>52</sup> Bismarck an Solms, 10.7., Becker, Bd. 2, Nr. 753, 512.

wert, dass Werther nach Paris zurückkehre, da dessen Stellvertreter von der dortigen Situation stark beeindruckt scheine.<sup>53</sup>

Wenn er die Botschaft in Paris auch tadelte – die Rede Gramonts und die sich häufenden Nachrichten über französische Kriegsdrohungen konnte Bismarck nicht ignorieren. Inzwischen meldete auch London, dass man dort zu der Auffassung gelangt sei, Frankreich werde womöglich zu den Waffen greifen,<sup>54</sup> und von St. Petersburg hatte sich eine zur Aufrüttelung des Zaren bestimmte Aussage Napoleons III. herumgesprochen, der zufolge es Krieg gegen Preußen geben werde, sollte Leopold die spanische Krone akzeptieren.<sup>55</sup> Die Vorsicht gebot, etwaige Mobilisierungsmaßnahmen Frankreichs im Auge zu behalten. Am 9. Juli erkundigte Bismarck sich beim Auswärtigen Amt, ob Waldersee, der preußische Militärattaché in Paris, auf Posten sei. Genaue Beobachtungen seien nötig. Waldersee solle Rücksprache mit Generalstabschef Moltke halten, unverdächtige Reisende müssten die Verteilung und Bewegung des „Militär-Eisenbahntransportmaterials“ in Frankreich überwachen.<sup>56</sup> Thile erwiderte, dass Waldersee durchaus in Paris, der Generalstabschef aber in Schlesien sei. Er werde sich deshalb mit dessen Stellvertreter besprechen.<sup>57</sup>

Der Kanzler zweifelte noch an der Wahrhaftigkeit der französischen Manifestationen. Die Minister schienen sich um Porzellan keine Sorgen zu machen, aber was war mit dem Kaiser? Als Solms am 9. Juli im Zusammenhang mit einer Kriegserklärung von „Gewissheit“ sprach, falls Preußen die Kandidatur nicht nächstens verhindere, notierte er: „Wer kann die haben? Napoleon selbst nicht.“<sup>58</sup> Am darauffolgenden Tag: „Wenn man allem glauben könnte, was die Leute in Paris unserm Geschäftsträger erzählen u[nd] androhn, so hätten wir morgen Krieg.“<sup>59</sup> War es nicht möglich, dass die Drohgebärden Preußen nur einschüchtern sollten?<sup>60</sup> In eine solche Falle wollte Bismarck nicht gehen.

Auch zog er die Möglichkeit in Betracht, Napoleon könnte wider Willen von seinem neuen Außenminister in diese brenzlige Lage gebracht worden sein. „Das kommt davon,

<sup>53</sup> Bismarck an Abeken, 10.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1580, 348. Wie bereits Lord bemerkte, könnte ein Hintergedanke dabei gewesen sein, den um Ausgleich bemühten Werther, der zu Gramonts Emissär geworden war, vom König abzuziehen, vgl. *Lord, Origins of the War of 1870*, 55.

<sup>54</sup> Bernstorff an König Wilhelm und das Auswärtige Amt, 7.7., Lord, Nr. 34, 140 sowie Bernstorff an König Wilhelm und das Auswärtige Amt, 8.7., Lord, Nr. 51, 154f., hier 155.

<sup>55</sup> Reuß an das Auswärtige Amt, 7.7., Lord, Nr. 35, 141. Genau genommen war der französische Botschafter in St. Petersburg von Paris angewiesen worden, Krieg für den Fall in Aussicht zu stellen, dass *Preußen* auf der Kandidatur beharrte, was von der französischen Regierung aber mit Leopolds Krönung gleichgesetzt wurde, siehe Kapitel 2 (Anm. 27).

<sup>56</sup> Bismarck an das Auswärtige Amt, 9.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1577, 346f.

<sup>57</sup> Thile an Bucher, 10.7., Becker, Bd. 2, Nr. 756, 514.

<sup>58</sup> Vgl. Thile an Bucher, 9.7., Becker, Bd. 2, Nr. 740, 499 u. Anm. b.

<sup>59</sup> Brief Bismarcks an Wagener, 10.7., GW, Bd. 14/II, Nr. 1306, 779f., hier 779.

<sup>60</sup> Diesen Verdacht äußerte Moltkes Stellvertreter Stiehle am 10. Juli: „Die alarmierende Solmssche Depesche gibt zu denken, aber wäre es nicht möglich, daß man unserer Botschaft diese Anschauung beigebracht hat, um Benedetti in Ems zu unterstützen?“ Vgl. Thile an Bucher, 10.7., Becker, Bd. 2, Nr. 756, Anm. 5, 514.

wenn man solche Leute zu Ministern macht ...“, hatte er neben die Rede Gramonts geschrieben,<sup>61</sup> um am 10. Juli, zwar etwas vorsichtiger, aber immer noch mit ironischer Unterscheidung zwischen dem Kaiser und dessen wechselnden Ministern zu spotten: „Es scheint, daß die Meinung, nach welcher der Gascogner Gramont von Hause aus als Händelminister [„Konfliktminister“, Anm.] zu fungieren bestimmt war, doch die richtige war.“<sup>62</sup>

War es bloß Verachtung, die Bismarck diese Bemerkungen diktierte, oder sprach aus ihnen auch ein Quäntchen Besorgnis? Entgegen seiner demonstrativen Gelassenheit hatte der Kanzler nämlich wachsenden Anlass, sein Projekt in Gefahr zu sehen.

Vor allem drei Probleme waren es, die sich aus dem energischen Vorgehen der französischen Regierung ergeben hatten:

1. Wie Bismarck inzwischen von Solms wusste, hatte Gramont an einem Schwachpunkt der Kandidatur angesetzt: dem König. Dessen Verhandlungen mit dem französischen Botschafter ließen sich nur mühevoll kontrollieren, und der Monarch segelte den Kollisionskurs mit Frankreich keineswegs so hart am Wind wie sein Ministerpräsident. Hielt Wilhelm seine Rollen als Staats- und Familienoberhaupt in Ems nicht strikt auseinander, konnte Gramont Preußen festnageln.

2. Durch Beleidigung und Drohung hatte der französische Außenminister, wie König Wilhelm bereits klar war, eine Reaktion der preußischen Regierung in irgendeiner Form erzwungen. Die europäische Diplomatie blickte besorgt nach Berlin und fragte sich, wie man dort auf die Herausforderung reagieren werde.<sup>63</sup>

3. Und schließlich hatte Gramont an die „Weisheit des deutschen Volks“ appelliert.<sup>64</sup> Es war der Versuch, den Unterschied zwischen Preußen und Deutschland zu betonen, die französische Position als defensiv und legitim, die Machenschaften der preußischen Regierung dagegen als Gefährdung des europäischen Friedens darzustellen, den dynastischen Ehrgeiz der Hohenzollern zu diskreditieren und damit einer Solidarisierung Deutschlands mit Preußen entgegenzuwirken. Dieser Schachzug, dem ferner ein Teil der Korrespondenz des Herzogs gewidmet war, sollte verhindern, dass aus der spanischen Frage jenseits des Rheins eine Sache des nationalen Zusammenhalts und der Bündnisverträge gemacht wurde.<sup>65</sup>

Das waren drei gezielte Attacken, die Bismarck abwehren musste, wollte er einen tieferen Einbruch in seine Stellung vermeiden.

<sup>61</sup> Vgl. Solms an das Auswärtige Amt, 7.7., Lord, Nr. 31, Anm. 2, 138.

<sup>62</sup> Brief Bismarcks an Wagener, 10.7., GW, Bd. 14/II, Nr. 1306, 779f., hier 780.

<sup>63</sup> Vgl. Solms an Bismarck, 7.7., Lord, Nr. 39, 146f., hier 146.

<sup>64</sup> Sitzung des Corps législatif, 6.7., Fester, Heft 1, Nr. 289, 134-137, hier 135.

<sup>65</sup> Vgl. auch Quadt an König Ludwig, 7.7., Oncken, Bd. 3, Nr. 845, Anm. 2, 396 sowie Quadt an König Ludwig, 8.7., ebd.

#### 4. Die Defensive wankt: König Wilhelm auf der Suche nach einem Ausweg

Das forsche Auftreten Gramonts drohte Bismarcks Politik in Verlegenheit zu bringen, aber es bot auch die willkommene Chance, Frankreich als Aggressor darzustellen. Gramont wollte einen Keil zwischen Preußen und dessen Verbündete treiben, doch Bismarck konnte die Ansprache des Ministers auch dazu nutzen, Deutschland stattdessen enger zusammenzuschweißen. Die spanische Frage gehe das deutsche Volk nichts an, hatte der Kanzler noch vor Kurzem in der Presse lesen wollen.<sup>1</sup> Nun verschob er den Akzent: Es liege eine französische Aggression vor, und diese gehe das deutsche Volk sehr wohl etwas an. Als Solms meldete, dass dem spanischen Botschafter in Paris gegenüber bekräftigt worden sei, dass Frankreich Spanien ganz aus dem Spiel lassen, Preußen aber den Krieg erklären werde, falls die Hohenzollern nicht verzichteten,<sup>2</sup> ordnete Bismarck an, diese Aussage Gramonts irgendwo zu drucken. Es sei nun an der Zeit, dass die halbamtliche Presse einen Ton „sittlicher Entrüstung“ über die Zumutungen des französischen Außenministers anschlage.<sup>3</sup>

Die Unterscheidung zwischen Spanien, Preußen, Hohenzollern und Deutschland mochte der Ministerpräsident selbst treffen, wenn es für seine Politik nützlich war, nun aber, da sie von Paris als Schwachstelle seiner Verteidigung ausgenutzt wurde, ließ er sie nicht unwidersprochen. Vielleicht, schrieb er am 9. Juli an König Wilhelm, erkläre sich Frankreichs Haltung teilweise aus der falschen Vorstellung, einen nichtnationalen Grund gegen Preußen gefunden zu haben. Um dieser Auffassung entgegenzutreten, schlug er vor, man solle via Benedetti in Ems oder Geschäftsträger Solms in Paris vertraulich andeuten, dass man den Norddeutschen Reichstag einberufen werde, um eine gemeinsame Linie mit den Vertretern der Nation festzustellen, falls auf die Drohungen keine beschwichtigenden Gesten aus Paris folgen sollten. Sobald er, Bismarck, wisse, was der französische Botschafter dem König zu sagen gehabt habe, werde er ein Rundschreiben an die deutschen Regierungen entwerfen und vorlegen.<sup>4</sup>

Taktisch blieb er in der Defensive, verlegte den Schwerpunkt aber auf die französische Aggression, um die heikle Frage der preußischen Politik zu umgehen und einen Zusammenhang zwischen der spanischen und der deutschen Frage herzustellen. Die Drohung mit der Einberufung des Reichstags war Bismarcks entschiedene Antwort auf den Versuch der französischen Regierung, die Hohenzollern-Frage zu isolieren, zugleich aber auch ein Test für die Entschlossenheit Napoleons III. Wenn der Kanzler nämlich nun seinerseits Parlamentsreden

---

<sup>1</sup> Bucher an Thile, 7.7., Lord, Nr. 28, 137.

<sup>2</sup> Solms an das Auswärtige Amt, 9.7., Lord, Nr. 65, 162.

<sup>3</sup> Bismarck an Thile, 10.7., Becker, Bd. 2, Nr. 758, 516.

<sup>4</sup> Bismarck an Abeken, 9.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1578, 347.

hielt – das würde man in Paris wissen – war eine weitere Eskalation programmiert. Daher die „vertraulich[e]“ Andeutung, die er diesbezüglich in Frankreich wünschte.<sup>5</sup> Unbeirrbar hielt Bismarck an dem Glauben fest, verbale Abschreckung könnte als taktische Reserve funktionieren.<sup>6</sup>

Im Übrigen stellte er sich darauf ein, dass das Anliegen, welches Benedetti in Ems unterbreiten würde, die Anhaltspunkte für eine offizielle Stellungnahme liefern würde. Damit waren zwei der drei Probleme, die sich aus dem impulsiven Vorgehen der französischen Regierung ergeben hatten, in Angriff genommen.

Blieb der König. Zwar hatte Bismarck in den bald acht Jahren seiner Amtszeit gezeigt, dass er König Wilhelm zu außenpolitischen Manövern bewegen konnte, die diesem von Haus aus widerstrebten.<sup>7</sup> Aber die Befürchtung, der betagte Monarch könnte aus Sorge um den Frieden schließlich doch einlenken, war groß. Wilhelm I. war „73 Jahr[e] alt, friedliebend und abgeneigt, die Lorbeeren von 1866 in einem neuen Kampfe auf das Spiel zu setzen“.<sup>8</sup> Es ist dies einer der wenigen Sätze in Bismarcks Memoiren an die Zeit, denen Historiker nicht widersprochen haben. Die spanische Unternehmung hatte der König letzten Endes in der Hoffnung hingegenommen, dass daraus keine ernsthafte, unlösbare Krise in den Beziehungen zu Frankreich entstehen werde.<sup>9</sup> Jetzt, da diese Hoffnung auf eine schwere Probe gestellt wurde, war er keinesfalls bereit, die Kandidatur um den Preis eines Kriegs aufrechtzuerhalten.<sup>10</sup> Andererseits war Wilhelm auch ein standesbewusster Monarch, Soldat bis in die Fingerspitzen, der sich nicht gern unter Beschuss zurückzog. Das Mindeste, woran er in Verhandlungen gewöhnt war, war, dass er höflich behandelt und nicht unter Zeitdruck gesetzt wurde, um die nötigen Arrangements zu treffen.<sup>11</sup>

Zu Beginn der Krise hatte Wilhelm I. sich mit den Richtlinien aus Varzin noch ausdrücklich einverstanden erklärt.<sup>12</sup> Einer von Abeken formulierten Nachricht zufolge war er entschlossen, jede „Einmischung“ und „Zumuthung“ Frankreichs mit „fester Sprache“ zurück- und an Madrid zu verweisen.<sup>13</sup> „In der Ruhe liegt die Kraft“ („le calme de la force“),

---

<sup>5</sup> Ebd.

<sup>6</sup> Verfolgt man das weitere Schicksal seiner Drohgebärden, stellt man jedoch fest, dass sie Paris weder über den König noch über Solms überhaupt erreichten. Man kann demnach nicht überprüfen, ob ein solcher Wink mit dem Zaunpfahl etwas bewirkt hätte. Angesichts der von Bismarck unterschätzten Zielstrebigkeit und auch Siegesgewissheit der französischen Regierung erscheint es aber nicht wahrscheinlich.

<sup>7</sup> Vgl. etwa *Mommsen*, Ringen um den nationalen Staat, 168.

<sup>8</sup> *Ritter, Stadelmann* (Hg.), Erinnerung und Gedanke, 307.

<sup>9</sup> *Becker* (Hg.), Bismarcks spanische „Diversion“ 1870, Bd. 1: Der Weg zum spanischen Thronangebot, LVII u. LXXVI.

<sup>10</sup> *Mommsen*, Ringen um den nationalen Staat, 227.

<sup>11</sup> *Wetzel*, Duel of Giants, 6, 105 u. 121.

<sup>12</sup> Vgl. etwa Abeken an Bismarck, 6.7., Lord, Nr. 21, 134.

<sup>13</sup> Abeken an Bismarck, 7.7., Lord, Nr. 37, 142f.

dieses Sprichwort wollte er sich angesichts der entstandenen Aufregung in Frankreich zum Motto machen.<sup>14</sup> Umso mehr als die französische Regierung sich ja, wie er meinte, durch ihre „unklugen, übereilten und übertriebenen Erklärungen“ ins Unrecht gesetzt habe.<sup>15</sup>

In den direkten Verhandlungen mit dem französischen Botschafter beschritt er jedoch einen dritten Weg zwischen den Vorstellungen der Hardliner Bismarck und Gramont. Er wollte die Kandidatur beendet sehen – insbesondere, als die Lage sich zuspitzte –, die Entscheidung darüber aber der Verwandtschaft überlassen<sup>16</sup> (entgegen dem, was Paris von ihm verlangte). Anders als Bismarck sah er die beste Lösung im Gespräch und bemühte sich, die Brücken zu Frankreich intakt zu halten. Einen Verbündeten hatte er dabei in Benedetti, der sich ebenfalls der erfolgreichen Beilegung der Krise verschrieben hatte. Der Botschafter leitete die rigorosen Instruktionen, die er von seinem Außenminister erhalten hatte, in Ems nicht wörtlich weiter.<sup>17</sup> Auch Wilhelm tat, was er konnte, um den Eindruck von Feindseligkeit zu vermeiden. Gegen Bismarcks Intentionen verstieß er zunächst nur insofern, als er in Bezug auf die Verhandlungen mit Spanien „nicht in Widerspruch mit Thatsächlichem“ geraten wollte.<sup>18</sup> Als er dem französischen Botschafter infolgedessen aber bekannt gab, die Kandidatur bewilligt zu haben (und darüber hinaus eine wenn auch nur indirekte Mitwirkung an der Lösung des Problems in Aussicht stellte) brachte er Bismarcks Politik in arge Bedrängnis.<sup>19</sup>

Und zwar ohne, dass er den Ministerpräsidenten in allen Details darüber in Kenntnis setzte. Benedetti, so der Tenor der relativ knappen Zusammenfassung, die Bismarck via Abeken am Vormittag des 10. Juli über die erste Audienz in Ems (siehe auch Kapitel 2) erhielt, sei von Seiner Majestät mit Beschwerden über das Auftreten der französischen Minister konfrontiert worden. Der König habe betont, nicht als Staatsoberhaupt, sondern als Chef der Familie sein Einverständnis gegeben zu haben, und dieses nun aus Worttreue nicht zurückziehen zu können. Was die Verwandtschaft angehe, so wisse er nicht, was diese angesichts der geänderten Umstände tun werde und könne darauf keinen Einfluss nehmen.<sup>20</sup> So zumin-

<sup>14</sup> Abeken an Reuß, 8.7., Lord, Nr. 47, 153.

<sup>15</sup> Abeken an Bernstorff, 9.7., Lord, Nr. 58, 159.

<sup>16</sup> Vgl. etwa König Wilhelm an Karl Anton, 10.7., Becker, Bd. 2, Nr. 752, 511.

<sup>17</sup> Vgl. etwa Benedetti an Gramont, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8358, 162-164, hier 163 sowie *Wetzel*, Reply to Josef Becker's Response, 120.

<sup>18</sup> Abeken an Thile, 8.7., Lord, Nr. 54, 156. Diese Einstellung bedeutete auch das Aus für Bismarcks Vorschläge hinsichtlich einer Beschönigung von Werthers Reise.

<sup>19</sup> Vgl. Abeken an Bismarck, 9.7., Lord, Nr. 72, 165f., hier 165 sowie Benedetti an Gramont, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8355, 151-153, hier 152. Vgl. auch *Dittrich*, Ursachen und Ausbruch des deutsch-französischen Krieges, 87. Für die von Bismarck eigentlich vorgesehene Sprachregelung zur Rolle des Königs in der Kandidatur vgl. Bismarck an Abeken, 5.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1567, 338-340, insbesondere die Teilsätze „... wenn hierin bei diesen Herren [den Sigmaringern, Anm.] eine Sinnesänderung eingetreten sein sollte, [kenne der König] die Motive derselben nicht ...“ (339) und „[a]lles, was [dieser] rechtlich und politisch in der Sache tun könne, bestehe in einer abratenden Einwirkung, welche bereits ... erfolgt sei [!] ...“ (340).

<sup>20</sup> Abeken an Bismarck, 9.7., Lord, Nr. 72, 165f.

dest lauteten die zutreffenden, aber unvollständigen Informationen, die der Kanzler erhielt. Dass Benedetti in Aussicht gestellt worden war, die endgültige Entscheidung der Sigmaringer vom König zu erfahren – ein zentrales Ergebnis also, auf das Gramont seine weiteren Schritte aufbaute – stand nicht explizit in dem Bericht; noch weniger, dass der König die Entscheidung, auch einen Rücktritt, billigen würde. Etwas rätselhaft hieß es stattdessen, Benedetti scheine auf einen Verzicht zu hoffen, den die Verwandtschaft an den König herantragen könne, und dass der französische Botschafter vor Ort bleiben und auf die Äußerung der Sigmaringer warten wolle.<sup>21</sup> Das genügte jedoch, um die Gefahr zu erkennen.

„Graf Benedetti“, warnte Bismarck, „scheint Seiner Majestät die Aufgabe zuwenden zu wollen, eine etwaige Entsagung des Erbprinzen wenn nicht herbeizuführen, so doch entgegenzunehmen und ihm oder nach Paris mitzuteilen. Meines alleruntertänigsten Dafürhaltens sollten keinerlei Äußerungen des Erbprinzen an französische oder spanische Adresse durch Vermittlung Seiner Majestät oder der Königlichen Gesandtschaften befördert werden.“<sup>22</sup>

Das war der Knackpunkt. Die Mahnung zeigt, wie sehr der eigentliche Anlass der Auseinandersetzung schon in den Hintergrund trat. Bismarcks Hauptsorge war nicht, dass die Kandidatur in Gefahr sein könnte, sondern dass der preußische König mit der Sache im Allgemeinen und mit einem etwaigen Rücktritt des Kandidaten im Besonderen in Verbindung gebracht werden könnte. Gramont hatte den Botschafter ja nicht umsonst beim Monarchen platziert. Das Letzte, was Bismarck gebrauchen konnte, war, dass es so aussah, als habe Preußen in diesem aufsehenerregenden und prestigeträchtigen Projekt auf französischen Einspruch hin einen Rückzieher gemacht. Es ist ungewiss, ob er ein solches Scheitern seines halsbrecherischen Plans politisch überlebt hätte.

Der König indes hatte andere Sorgen. Die Hiobsbotschaften, die seine Pariser Botschaft verschickte, bereiteten ihm Kopfzerbrechen, während sie seinen Ministerpräsidenten kalt zu lassen schienen. Solms hatte ja von einer bevorstehenden Kriegserklärung berichtet, sollte Preußen die Kandidatur nicht binnen weniger Tage verhindern, doch aus Varzin war dazu nicht viel mehr zu vernehmen gewesen als dass der Geschäftsträger leicht zu beeindrucken sei. Wilhelm notierte: „Das finde ich nicht, da auch G[ra]f Waldersee alles bestätigt.“<sup>23</sup> In der Tat hatte Waldersee, der preußische Militärattaché in Paris, in der Nacht auf den 10. Juli über die Botschaft vermeldet, dass in den französischen Ministerien für Krieg und Marine umfangreiche Vorbereitungen im Gange seien. Zwar seien die Reserven noch nicht einberufen,

---

<sup>21</sup> Ebd. 166.

<sup>22</sup> Bismarck an das Auswärtige Amt, 10.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1583, 350.

<sup>23</sup> Randbemerkung, vgl. Bismarck an Abeken, 10.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1580, Anm. 1, 348. Vgl. auch Solms an das Auswärtige Amt, 9.7., Lord, Nr. 64, 162 sowie Solms an das Auswärtige Amt, 9.7., Lord, Nr. 65, 162.

doch habe es den Anschein, als würden Truppenbewegungen „bereits morgen“ beginnen. Die Eisenbahnen seien verständigt. Waldersee sprach auch von der vorhandenen Neigung, vor der eigentlichen Mobilmachung mit rasch verfügbaren Truppen loszuschlagen.<sup>24</sup> Der König war alarmiert. Verkannte Bismarck etwa den Ernst der Lage?

Er befahl dem Auswärtigen Amt, umgehend den Kriegsminister auf die militärischen Maßnahmen in Frankreich aufmerksam zu machen.<sup>25</sup> Den Kanzler ließ er benachrichtigen, dass er rasch dessen Äußerungen zu Solms' jüngsten Berichten erwarte. Ob Preußen Vorsichtsmaßnahmen treffen solle. Benedetti sage in höflicherer Form doch „eigentlich“ dasselbe. Werther werde nach Paris zurückkehren, habe aber bisher keine weiteren Instruktionen als Bismarcks Telegramm und Brief von vor mittlerweile fünf Tagen. Gegenüber Benedetti werde er, der König, nun von einer Einberufung des Reichstags sprechen – wie Bismarck es vorgeschlagen hatte.<sup>26</sup>

Der fundamentale Unterschied zwischen König Wilhelm und seinem obersten Minister bestand darin, dass Letzterer sich bedeutend weniger daran störte, wenn die Franzosen angriffen, so sie unbedingt angreifen wollten. Schon deshalb kamen Vermittlungsvorschläge des Königs für ihn nicht in Frage, auch wenn er als Begründung die Drohungen Gramonts anführte.<sup>27</sup> Bismarck antwortete zunächst ungerührt, dass er nicht wisse, welche Instruktionen Werther noch erwarte, und dass er empfehle, dieser möge auf seinen Posten gehen.<sup>28</sup> In einem längeren Telegramm am Abend des 10. Juli schlug er anschließend vor, die eingegangenen Meldungen über französische Kriegsvorbereitungen vertraulich in London, St. Petersburg und Madrid bekannt zu geben und ihren Inhalt ohne Quellenangabe in der Presse zu veröffentlichen. (Wichtiger nämlich, als einen französischen Angriff zu verhindern, war es ihm, sicherzustellen, dass dieser universell als solcher anerkannt wurde.) Ob Gegenmaßnahmen nötig seien, sei eine militärische Frage. Aber aus politischen Gründen zu verschieben, was militärisch geboten sei, würde er für gefährlich halten.<sup>29</sup>

Während Bismarck nun also die Möglichkeit eines französischen Angriffs verstärkt in Betracht zog,<sup>30</sup> legte er weiterhin großen Wert darauf, dass die Sorgen des Königs nicht überhand nahmen.<sup>31</sup> Denn dieser hatte es in der Hand, das außenpolitische Gebilde, in dem

<sup>24</sup> Solms an Bismarck, 9.7., Lord, Nr. 70, 164.

<sup>25</sup> Abeken an das Auswärtige Amt, 10.7., Lord, Nr. 80, 172.

<sup>26</sup> Abeken an Bismarck, 10.7., Lord, Nr. 77, 171. Vgl. auch Bismarck an Abeken, 9.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1578, 347. Den Reichstag brachte der König gegenüber Benedetti dann aber doch nicht zur Sprache, vgl. etwa Benedettis Bericht über die zweite Audienz am 11. Juli: Benedetti an Gramont, 11.7., OD, Bd. 28, Nr. 8409, 229-233.

<sup>27</sup> Vgl. Abeken an Bismarck, 10.7., Lord, Nr. 82, 173 und Bismarck an Abeken, 10.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1587, 352.

<sup>28</sup> Bismarck an Abeken, 10.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1586, 351.

<sup>29</sup> Bismarck an das Auswärtige Amt, 10.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1588, 352f., hier 352.

<sup>30</sup> Vgl. auch Bismarck an das Auswärtige Amt, 10.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1584, 350.

<sup>31</sup> Vgl. auch *Lord, Origins of the War of 1870*, 54f.

der Kanzler sich einzurichten begann, noch zum Einsturz zu bringen. Daher schwächte er sofort wieder ab: Geschäftsträger Solms sei nervös, seine Angaben hätten keinen anderen Inhalt als die eigene Emotion. Waldersee kenne er wenig, aber abgesehen von Eventualitäten melde er nur eine einzige Sache mit Sicherheit, nämlich dass die Eisenbahnen avisiert seien. Das könne Preußen auch tun. Er empfahl dem König, in Ems zu bleiben, eventuell den Generalstabschef zu sich zu zitieren.<sup>32</sup> Hierbei konnte er davon ausgehen, dass ein so demonstrativer Schritt in Frankreich nicht unbemerkt bleiben würde. Er bot auch an, selbst nach Ems zu kommen, falls der König dies wünschen sollte.<sup>33</sup>

Der Schlüsselsatz in Bismarcks abendlichem Telegramm an den König aber lautete: „Politisch würde unsere Lage durch französischen Überfall sehr günstig.“<sup>34</sup>

Gemeint war nicht nur die internationale Situation, sondern auch die Haltung der süddeutschen Staaten im Konfliktfall. Die Schutz- und Trutzbündnisse waren dem Wortlaut nach reine Defensivallianzen.<sup>35</sup> Ein französischer Angriff würde sie auslösen. Gramonts Getöse bedrohte also die auf ihre Souveränität bedachten süddeutschen Staaten indirekt mehr als Preußen. Denn was waren bei Ausbruch des Kriegs deren Optionen? Falls sie den *casus foederis* nicht anerkannten – also entgegen den Verträgen mit Berlin neutral blieben –, würden sie im Fall eines preußischen Siegs mit Bestrafung zu rechnen haben, die bis zur Liquidation nach dem Vorbild des Königreichs Hannover 1866 zu gehen drohte. Bei einem französischen Sieg dagegen würde ihre Unabhängigkeit aller Voraussicht nach bestätigt werden, aber würde man auch ihr Territorium unangetastet lassen (etwa die bayerische Pfalz)?<sup>36</sup>

Die französische Regierung gründete ihre Politik auf die Annahme, dass das „dritte Deutschland“ sich von der spanischen Thronfrage nicht betroffen fühlen konnte. Man kümmerte sich wenig darum, dass die Zwänge der dortigen Regierungen und die Furcht der süddeutschen Bevölkerung vor Frankreich im Kriegsfall größer sein würden als die Bereitschaft, sich die Hegemonie Preußens mithilfe Österreichs und Frankreichs vom Hals zu halten.<sup>37</sup> Dem norddeutschen Bundeskanzler hingegen war klar: Für die Mehrheit der deut-

<sup>32</sup> Bismarck an das Auswärtige Amt, 10.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1588, 352f. Vgl. die zunächst anders ausgefallene Bewertung von Waldersees Nachricht in Bismarck an das Auswärtige Amt, 10.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1582, 349.

<sup>33</sup> Bismarck an Abeken, 10.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1585, 350f., hier 351.

<sup>34</sup> Bismarck an das Auswärtige Amt, 10.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1588, 352f., hier 353. Es ist auch eine Version mit „wäre“ anstelle von „würde“ überliefert, vgl. Bucher an Thile, 10.7., Lord, Nr. 92, 177. Vgl. auch Bismarcks nachträgliche Äußerung über die Wichtigkeit, „die Angegriffenen“ zu sein, also über die Bedeutung des Eindrucks vom Kriegsursprung „bei uns und Andern“: Ritter, *Stadelmann* (Hg.), *Erinnerung und Gedanke*, 310.

<sup>35</sup> Jens Peter Kutz, *Vom Bruderkrieg zum casus foederis. Die Schutz- und Trutzbündnisse zwischen den süddeutschen Staaten und Preußen (1866-1870)* (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 1045, Frankfurt am Main 2007) 7.

<sup>36</sup> Vgl. *Wetzel*, *Duel of Giants*, 156f.

<sup>37</sup> Vgl. *Mommsen*, *Ringens um den nationalen Staat*, 193f. Vgl. auch *Radewahn*, *Europäische Fragen im Kalkül der französischen Außenpolitik*, 58 sowie – für eine gegenteilige Einschätzung der französischen Erwartungen

schen Bevölkerung galt, dass die Erinnerung an die Ängste und Befürchtungen aus der Zeit der Feldzüge Napoleons I. sowie das Potenzial an Patriotismus und Nationalismus als abrufbares Erbe der Befreiungskriege jederzeit mobilisierbar waren gegen den in Frankreich herrschenden Neffen Napoleons – vorausgesetzt, der Konflikt stand im Zeichen einer politisch-militärischen Defensive und nicht eines vordergründig preußischen Interesses (so Josef Becker in einem seiner wuchtigen Sätze).<sup>38</sup> Damit verfügte Bismarck über eine strategische Reserve, die er nun taktisch ins Spiel zu bringen gedachte, um das Gefecht um Spanien nicht zu verlieren.

Bereits am Nachmittag hatte Bismarck die versprochene Mitteilung an die süddeutschen Höfe vorgelegt.<sup>39</sup> Der Geschäftsträger in Paris, hieß es darin, sei der Meinung, Frankreich werde einem bald den Krieg erklären. Die preußische Regierung teile diese Ansicht nicht, doch habe man auch aus London gehört, dass der Krieg in Paris beschlossene Sache sei.<sup>40</sup> Man wisse nicht, wen die spanischen Cortes zum König wählen würden, und werde sich, wie bisher, weder fördernd noch hemmend in die Sache einmischen. Die „guten Dienste“ der preußischen Regierung, so Bismarck, seien in dieser Angelegenheit durch Gramonts drohende Sprache ausgeschlossen. Wenn Frankreich zum Krieg rüste, werde man dasselbe tun müssen. Man zweifle auch nicht daran, dass ein Angriff auf Deutschland dessen Regierungen zur Abwehr geeint und gerüstet vorfinden werde, glaube aber, dass jede in diesem Sinne von Süddeutschland herrührende Andeutung in Paris der Erhaltung des Friedens nützen werde. Bei steigendem Ernst der Lage werde Seine Majestät der König sofort den Norddeutschen Reichstag einberufen.<sup>41</sup>

An Thile gerichtet fügte er hinzu, dass der Inhalt von Waldersees Nachricht, also die Anzeichen für einen plötzlichen Militärschlag Frankreichs, ebenfalls sofort an München, Stuttgart und Karlsruhe weiterzuleiten sei.<sup>42</sup>

Unter den vielen Kühnheiten in Bismarcks Rundschreiben vom 10. Juli an die Gesandten in Süddeutschland war die verwegenste vielleicht, man hätte sich der Sache Frankreichs an-

---

im Hinblick auf Süddeutschland (man habe „wenig ernsthafte Hoffnung“ auf es gesetzt) – Hermann Oncken, *Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863 bis 1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71. Nach den Staatsakten von Österreich, Preußen und den süddeutschen Mittelstaaten*, Bd. 1: 1863 bis Juli 1866 (Stuttgart/Berlin/Leipzig 1926) 115.

<sup>38</sup> Becker (Hg.), *Bismarcks spanische „Diversion“ 1870*, Bd. 1: Der Weg zum spanischen Thronangebot, LVIII. Vgl. auch Wawro, *Franco-Prussian War*, 21.

<sup>39</sup> Bismarck an das Auswärtige Amt, 10.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1582, 349.

<sup>40</sup> In Wahrheit hatte Granville, der britische Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, dem preußischen Botschafter am 8. Juli gesagt, dass er nach allem, was er höre, überzeugt sei, Frankreich werde Preußen „eventuell“ den Krieg erklären, vgl. Bernstorff an König Wilhelm und das Auswärtige Amt, 8.7., Lord, Nr. 51, 154f. hier 155. Tags zuvor hatte der Staatssekretär gemeint, Gramonts Aussagen ließen den „Wunsch“ durchblicken, es zum Krieg zu treiben, vgl. Bernstorff an König Wilhelm und das Auswärtige Amt, 7.7., Lord, Nr. 34, 140.

<sup>41</sup> Bismarck an das Auswärtige Amt, 10.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1582, 349.

<sup>42</sup> Ebd.

genommen, wenn Gramont nicht mit Krieg gedroht hätte. Wie spätestens aus seinen Instruktionen vom 5. Juli – also dem Tag vor Gramonts Parlamentserklärung – hervorgeht, hätte die einzige Gefälligkeit, die er für die französische Regierung bereit gehalten hätte, darin bestanden, ihr wortreich zu erklären, weshalb sie die preußische Regierung in Bezug auf Spanien „außer Spiel lassen“ möge.<sup>43</sup>

In der Presse setzte der Kanzler tags darauf noch eins drauf. Er ließ verlautbaren, es sei der französischen Regierung bekannt, dass Preußen sich jeder Einwirkung auf die spanische Königswahl enthalten habe und auch ferner enthalten werde (und verschwieg dabei freilich, was ihm begreiflich sein musste, nämlich dass den Beteuerungen in Paris kein Glauben geschenkt wurde). Eingehendere und vertrauliche Erörterungen seien aber durch den Ton verhindert worden, in welchem die Angelegenheit von Beginn an öffentlich durch die französischen Minister besprochen worden sei.<sup>44</sup>

Damit hatte er den Spieß umgedreht. Er konnte einstweilen nur hoffen, dass der König in Ems nicht vermittelnd in den Konflikt eingriff und die Sache damit in einen preußischen Misserfolg verwandelte.

---

<sup>43</sup> Bismarck an Abeken, 5.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1567, 338-340, hier 339f. Vgl. auch *Lord*, *Origins of the War of 1870*, 36-38.

<sup>44</sup> Bismarck an das Auswärtige Amt, 11.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1590, 354.

## 5. Die Defensive bricht zusammen: Der Kandidat verzichtet auf den Thron

In Paris herrschte äußerste Anspannung. Die Ergebnisse der ersten Audienz waren aufgrund eines telegrafischen Übermittlungsfehlers nur unvollständig im Außenministerium eingegangen<sup>1</sup> und ließen der Vermutung Raum, man werde von einer preußischen Verzögerungstaktik düpiert.<sup>2</sup> Die Antworten des Königs, die man entziffern konnte, wirkten unaufrichtig, ausweichend. Wollte er nur Zeit gewinnen, um auf einen Krieg besser vorbereitet zu sein? Während Gramont versuchte, aus den Verhandlungsergebnissen eine Rechtfertigung für weitere Ansprüche an Preußen zu konstruieren,<sup>3</sup> ersuchte er Benedetti im Verlauf des 10. Juli wiederholt, doch noch eine entschiedene Aussage des Königs herbeizuführen: „Ich bitte Sie dringend“, beschwor er den Botschafter, „schreiben Sie uns, telegrafieren Sie uns etwas *völlig Klares*.“<sup>4</sup> Man warte nur mehr auf Benedettis Nachricht, um 300.000 Mann einzuberufen. „Wenn der König dem Prinzen ... nicht zum Verzicht raten will, also gut!, dann ist das der Krieg, ... und in ein paar Tagen sind wir am Rhein.“<sup>5</sup> Wichtiger als der Verzicht an sich sei es zu wissen, woran man sich zu halten habe, denn warten könne man nicht mehr.

Die Sorge, Preußen könnte einem mit dem Mobilisierungsbefehl zuvorkommen, war groß.<sup>6</sup> Der französische Militärattaché in Berlin meldete, dass im preußischen Kriegsministerium mehr Betrieb als üblich herrsche, einige Offiziere seien aus dem Urlaub gerufen worden. In dem Bericht hieß es allerdings auch, dass keine offensichtlichen Vorbereitungen festzustellen seien. Weder gebe es einen Befehl zur Erhöhung der Truppenstärke, noch sei General Moltke in Berlin.<sup>7</sup> Das brachte Gramont jedoch nicht davon ab, den ersten Teil der Nachricht als Indiz für das Anlaufen der preußischen Kriegsmaschine zu werten. An Benedetti schrieb er: Während der König ihn, Benedetti, hinhalte, unter dem Vorwand mit Sigmaringen zu korrespondieren, hole man in Preußen Militärs aus dem Urlaub zurück und gewinne wertvolle Zeit. Frankreich dürfe seinem Gegner auf keinen Fall den Vorteil lassen, der 1866 für Österreich so verheerend gewesen sei.<sup>8</sup>

---

<sup>1</sup> Siehe Kapitel 2 (Anm. 43).

<sup>2</sup> *Dittrich*, Ursachen und Ausbruch des deutsch-französischen Krieges, 83.

<sup>3</sup> Vgl. Lyons an Granville, 10.7., Fester, Heft 2, Nr. 409, 67f., hier 68.

<sup>4</sup> „Je vous en prie instamment, écrivez-nous, télégraphiez-nous quelque chose de *bien clair*.“ Gramont an Benedetti, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8382, 193f., hier 193. Vgl. auch Gramont an Benedetti, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8368, 183 sowie Gramont an Benedetti, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8378, 190.

<sup>5</sup> „Si le Roi ne veut pas conseiller au Prince de Hohenzollern de renoncer, eh bien ! c'est la guerre, tout de suite, et dans quelques jours nous sommes au Rhin.“ Gramont an Benedetti, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8382, 193f., hier 193.

<sup>6</sup> Vgl. auch Gramont an Benedetti, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8368, 183.

<sup>7</sup> Vgl. Le Sourd an Gramont, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8371, 185f. sowie die vorangegangene Anfrage des französischen Kriegsministers: Le Bœuf an Stoffel, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8335, 138.

<sup>8</sup> Gramont an Benedetti, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8382, 193f., hier 193.

Die Schlacht von Königgrätz hatte gezeigt, dass Preußen in der Lage war, eine Übermacht in die Entscheidungsschlacht zu führen.<sup>9</sup> In der Folge war in Frankreich versucht worden, eine Heeresreform nach preußischem Vorbild auf den Weg zu bringen, um im Kriegsfall über mehr Soldaten zu verfügen. Zwar übertraf die Friedensstärke der französischen Armee jene der preußischen (400.000 gegenüber 300.000 Mann), doch der Norddeutsche Bund verfügte aufgrund der allgemeinen Wehrpflicht über die unvergleichlich größeren Reserven für den Kriegsfall.<sup>10</sup> Die französische Reform, die dieses Problem beheben sollte, schaffte es jedoch nur verwässert durch das Parlament.<sup>11</sup> In Frankreich, wo die allgemeine Wehrpflicht einst erfunden worden war, weigerte man sich aus politischen und wirtschaftlichen Gründen im 19. Jahrhundert beharrlich, in Sachen Militär dem Muster der Revolutionsarmeen zu folgen. „Das Land schien nicht willens, für die starke und erfolgreiche Politik, die es wünschte, die Mittel und Männer zur Verfügung zu stellen.“<sup>12</sup> Rückblickend betrachtet könnte man einen Vergleich der beiden Armeen, wie Geoffrey Wawro ihn angestellt hat, so resümieren, dass 1870 die Organisation der französischen Armee in vieler Hinsicht altmodisch und überholt war verglichen mit den neuen Standards, die Preußen setzte, nicht nur quantitativ.<sup>13</sup>

Dennoch war man überzeugt, Preußen schlagen zu können,<sup>14</sup> sofern es gelang, einen Vorsprung zu gewinnen und zu halten. Auf dem Papier ergab sich eine letztendliche Gesamtstärke der französischen Streitkräfte von etwa 900.000 Mann aus regulärer Armee und *garde mobile*, einer allerdings schlecht trainierten Bürgerwehr.<sup>15</sup> Kaiser Napoleon meinte, dass alles vom Tempo der Vorbereitungen abhängt, und dass der Sieg demjenigen zufallen werde, der am schnellsten bereit sei.<sup>16</sup> Man vertraute auf die Überlegenheit des französischen Berufssoldaten gegenüber dem preußischen Reservisten und auf das neue Chassepot-Gewehr, einen Hinterlader, der dem preußischen Zündnadelgewehr, welches die Österreicher bei Königgrätz so erschreckend dezimiert hatte, punkto Feuerrate und Reichweite sogar überlegen war.<sup>17</sup> Die französische Armee genoss ein hohes Ansehen: Sie hatte sowohl den Krimkrieg gegen Russland (1853/54-56) als auch den Sardinischen Krieg gegen Österreich (1859) mit ihren

---

<sup>9</sup> Der preußische Erfolg bei Königgrätz hing allerdings nicht in erster Linie mit dem Tempo der Mobilmachung zusammen, vgl. etwa Wolfgang von Grooten, Moltkes Planungen für den Feldzug in Böhmen und ihre Grundlagen. In: Ders., Ursula von Gersdorff (Hg.), Entscheidung 1866. Der Krieg zwischen Österreich und Preußen (Stuttgart 1966) 77-104, Anm. 336f., hier 97.

<sup>10</sup> Wawro, Franco-Prussian War, 41f.

<sup>11</sup> Howard, Franco-Prussian War, 29-35. Vgl. auch Wawro, Franco-Prussian War, 46.

<sup>12</sup> Steefel, Bismarck, the Hohenzollern Candidacy, and the Origins of the Franco-German War, 225. Vgl. auch Wetzel, Duel of Giants, 4 sowie Aprile, II<sup>e</sup> République et Second Empire, 362f.

<sup>13</sup> Vgl. Wawro, Franco-Prussian War, 41-64.

<sup>14</sup> Vgl. etwa Dansette, Du 2 décembre au 4 septembre, 385f. oder Steefel, Bismarck, the Hohenzollern Candidacy, and the Origins of the Franco-German War, 230, Anm. 23.

<sup>15</sup> Howard, Franco-Prussian War, 39.

<sup>16</sup> Vgl. Metternich an Beust, 8.7., Oncken, Bd. 3, Nr. 848, 400f., hier 400.

<sup>17</sup> Howard, Franco-Prussian War, 5 u. 35. Vgl. auch Wawro, Franco-Prussian War, 41f., 44 u. 52.

Bündnispartnern gewonnen. Dort, wo sich während dieser Feldzüge Schwächen offenbart hatten – insbesondere auf dem Gebiet der Versorgung – regierte das Motto: Man wird sich zu helfen wissen.<sup>18</sup> Kriegsminister Le Bœuf hatte seinen Ministerkollegen und dem Kaiser am 6. Juli versichert, die Armee sei zu einem erfolgreichen Feldzug gegen Preußen in der Lage.<sup>19</sup>

Da passte es ganz und gar nicht, dass die Tage verstrichen, ohne dass ein endgültiges Resultat aus Ems vorlag.<sup>20</sup> Er habe den König heute nicht wieder gesehen, telegraphierte Benedetti am späten Nachmittag des 10. Juli, und auch keine Mitteilung von diesem erhalten.<sup>21</sup> Die Nachricht traf um viertel nach acht Uhr abends in Paris ein und blieb die letzte des Tages.<sup>22</sup> Dass der Botschafter dann doch noch kurz auf den König traf, der ihm eine zweite Audienz für den kommenden Vormittag in Aussicht stellte, erfuhr das Außenministerium aus Benedettis nächtlichem Telegramm erst am darauffolgenden Morgen.<sup>23</sup>

Ein Grund für die Schwerfälligkeit der Verhandlungen lag in der unzulänglichen Erreichbarkeit der Sigmaringer. König Wilhelm verfügte in Ems eigenen Angaben zufolge über keine geeignete Verschlüsselung, um das hochpolitische Thema telegrafisch mit den Angehörigen in Süddeutschland zu besprechen.<sup>24</sup> Er musste auf Briefe zurückgreifen, die hin und zurück drei bis vier Tage benötigen konnten. Hinzu kam, dass der Kandidat der Jahreszeit entsprechend zur Erholung in den Alpen unterwegs war, wie Wilhelm am 10. Juli aus einem Brief von dessen Vater erfuhr.<sup>25</sup> Benedetti musste also getröstet werden. Sowohl Werther, mit dem der Botschafter sich unterhielt, als auch der König sagten, dass die Korrespondenz mit Sigmaringen noch nichts ergeben habe, da nur der Vater des Kandidaten, Fürst Karl Anton, dort zugegen sei, nicht aber der Erbprinz selbst.<sup>26</sup>

<sup>18</sup> Howard, *Franco-Prussian War*, 17.

<sup>19</sup> Radewahn, *Europäische Fragen im Kalkül der französischen Außenpolitik*, 57.

<sup>20</sup> Eine andere Lesart der Ereignisse ist, dass das Kalkül der französischen Regierung nach der am 9. Juli beschlossenen Teilmobilisierung auf Verzögerung angelegt war, um einen möglichst großen Vorsprung auf die preußische Mobilisierung zu gewinnen und den potenziellen Verbündeten Österreich-Ungarn und Italien Zeit zum Aufmarsch zu geben, vgl. Radewahn, *Europäische Fragen im Kalkül der französischen Außenpolitik*, 59 sowie Moltke-Hvitfeldt an Rosenørn-Lehn, 18.7., Oncken, Bd. 3, Nr. 901, 453-457, hier 456f. Ob die französische Regierung allerdings bereits um den 10. Juli die Dauer der Verhandlungen in die Länge zu ziehen suchte, ist angesichts von Gramonts Drängen auf Benedetti fragwürdig. Auch Gramonts Argument, man müsse so rasch wie möglich verhandeln, da sonst die nationalen Leidenschaften in Deutschland und Spanien die Frage verkomplizieren würden, spricht dagegen, vgl. Gramont an La Valette, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8356, 153-155, hier 155.

<sup>21</sup> Benedetti an Gramont, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8374, 187f., hier 188.

<sup>22</sup> Vgl. Benedetti an Gramont, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8376, 188f., hier Anm. 3, 188.

<sup>23</sup> Benedetti an Gramont, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8381, 191f. Vgl. auch die abweichende Version bei Fester, Heft 2, Nr. 413, 70f., dort mit der Ankündigung „[i]l me recevra demain matin“, die in den OD fehlt. Vgl. ferner Benedetti an Gramont, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8376, 188f., hier 189 für eine erste Andeutung der zu erwartenden Audienz vonseiten Werthers.

<sup>24</sup> Vgl. Benedetti an Gramont, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8355, 151-153, hier 152 sowie Benedetti an Gramont, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8357, 155-162, hier 161.

<sup>25</sup> Karl Anton an König Wilhelm, 8.7., Becker, Bd. 2, Nr. 719, 473-475, hier 474.

<sup>26</sup> Vgl. Benedetti an Gramont, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8376, 188f., hier 189 sowie Benedetti an Gramont, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8381, 191f.

Das war jedoch nur die halbe Wahrheit. In der Tat hatte der Brief des Fürsten, der seit dem Morgen vorlag, sehr wohl eine entschiedene Äußerung hinsichtlich der Kandidatur enthalten – allerdings keine, die der König dem Botschafter hätte mitteilen wollen. Karl Anton hatte die Kandidatur seines Sohns nämlich nicht etwa für beendet erklärt, sondern auf die Worte der französischen Regierung vor dem Corps législatif verwiesen und gemeint, dass es sowohl für Spanien als auch für die Hohenzollern jetzt Ehrensache zu sein scheine, sich von einem solchen „Spektakel“ keine Angst einjagen zu lassen. Freiwillig könne man nach diesen öffentlichen Einschüchterungsversuchen nun nicht mehr zurücktreten; falls es aber die Staatsräson erfordere, so der Fürst, bedürfe es nur eines „Winkes“ des Königs, und man werde es ohne zu zögern tun.<sup>27</sup> Karl Anton überließ vornehm dem König die Entscheidung über Wohl und Wehe der Kandidatur, ohne zu ahnen, dass er damit den Franzosen in die Hände spielte.

König Wilhelm musste einen Weg finden, den Ball wieder der Verwandtschaft zuzuspielen. Er schrieb: „Ebensowenig wie ich Deinem Sohn einen Befehl zur Annahme der Krone geben konnte, kann ich jetzt einen Befehl zur Zurücknahme seines Entschlusses geben. Fasst er diesen Entschluß jedoch, so wird mein »Einverstanden« wiederum nicht fehlen.“ Das war nicht weniger als eine deutliche Einladung zum Rücktritt. Um hinsichtlich der gebotenen Eile auch keine Unklarheiten aufkommen zu lassen, hielt der König schon zu Beginn des Briefs fest: „Die Kriegsrüstungen im größten Maßstabe in Frankreich sind im Gang ... ; die Lage ist also mehr wie ernst!“<sup>28</sup>

Angespornt von Gramonts Telegrammen unternahm Benedetti am späten Vormittag des 11. Juli<sup>29</sup> einen weiteren Versuch, das preußische Staatsoberhaupt in die Pflicht zu nehmen. Er sprach dabei geradliniger als in der ersten Audienz, unter anderem darüber, wie Frankreich um seine Sicherheit und die Regierung des Kaisers um ihre militärischen Entfaltungsmöglichkeiten besorgt seien. Mit Leopold auf dem spanischen Thron, so Benedetti, dürfe man im Fall einer Meinungsverschiedenheit mit der preußischen Regierung, wie er es formulierte, seine südliche Grenze nicht unbeaufsichtigt lassen und müsse die Armee teilen. Angesichts so handfester Sicherheitsbedenken wolle man sich nicht dem Vorwurf ausgesetzt sehen, freiwillig einen Konflikt heraufzubeschwören. Er könne dem König nicht verhehlen, dass der Ärger und das Misstrauen gegenüber Preußen in Frankreich groß seien, umso mehr als man in der Öffentlichkeit den Eindruck gewonnen habe, die französische Diplomatie sei absichtlich getäuscht worden. Es sei der Regierung inzwischen unmöglich, die Erklärungen weiter

<sup>27</sup> Karl Anton an König Wilhelm, 8.7., Becker, Bd. 2, Nr. 719, 473-475, hier 474.

<sup>28</sup> König Wilhelm an Karl Anton, 10.7., Becker, Bd. 2, Nr. 752, 511.

<sup>29</sup> Nach 11 Uhr laut Fester, Heft 2, Nr. 423, 75, Anm. 1.

aufzuschieben, die Senat und Legislativkörper ungeduldig von ihr verlangen würden. Dies zusammen mit der Erhitzung der Gemüter im Land sei eine gefährliche Situation, die man nicht werde entschärfen können, indem man berichte, der Prinz sei auf Reisen und der König erwarte erst seine Rückkehr. Er beschwöre ihn deshalb erneut: Wolle er ihm die Erlaubnis erteilen, der kaiserlichen Regierung in seinem Namen zu garantieren, dass der Erbprinz die Kandidatur zurückziehen werde. Nur durch ein Verbot des preußischen Staatsoberhauptes würden die Befürchtungen in Frankreich sich zerstreuen lassen.<sup>30</sup>

Der König musste auf Zeit spielen. Er wandte ein, dass doch keine Gefahr im Verzug sei, ein oder zwei Tage mehr würden gewiss nichts verschlimmern. Sobald der Erbprinz und dessen Vater Gelegenheit gehabt haben würden, sich zu besprechen, werde er von ihrer Entscheidung erfahren, und man werde auf geeignete Weise Bescheid geben können. Benedetti übertreibe im Übrigen die möglichen Folgen einer dynastischen Verbindung zwischen Berlin und Madrid, welche er für seinen Teil ja nicht einmal gewünscht habe. Allerdings gebe es ihm zu denken, dass Frankreich so insistiere, während er nichts als einen kurzen Aufschub verlange. Dies lasse ihn die Möglichkeit in Betracht ziehen, es solle ein Konflikt vom Zaun gebrochen werden. Benedetti protestierte. Doch Wilhelm fuhr fort, dass er sich der Vorbereitungen, die in Paris unternommen würden, durchaus bewusst sei und dem Botschafter nicht verhehlen dürfe, dass er auch seinerseits welche treffe, um nicht überrascht zu werden. Anschließend bemühte er sich den Eindruck dieser Worte wieder zu relativieren: Er habe noch das vollste Vertrauen in die Erhaltung des Friedens, und der werde auch nicht in Gefahr geraten, wenn man sich in Paris nur gedulden wolle, bis er etwas Sinnvolles beizusteuern habe.<sup>31</sup>

Benedetti konnte seinem Vorgesetzten also auch nach der zweiten Audienz nicht viel mehr berichten, als dass er gegen Ende noch einmal nachdrücklich gebeten worden sei, Gramont umgehend zu telegrafieren, man werde wahrscheinlich schon am Abend oder spätestens morgen Nachricht vom Erbprinzen haben. Dieser müsse inzwischen bei seinem Vater sein, und der König werde sich beeilen, Benedetti eine endgültige Antwort zu geben.<sup>32</sup>

Wie weit die Wege des Königs und Bismarcks inzwischen auseinanderführten, zeigt eine Randbemerkung zur dringenden Empfehlung des Ministerpräsidenten vom 10. Juli. Obwohl Bismarck ihm geraten hatte, keine Äußerungen des Kandidaten an Benedetti weiterzuleiten, widersprach der König nach einiger Zeit: „Nach Madrid muß der Erbprinz direct sich aus-

---

<sup>30</sup> Benedetti an Gramont, 11.7., OD, Bd. 28, Nr. 8409, 229-233.

<sup>31</sup> Ebd. 231f.

<sup>32</sup> Benedetti an Gramont, 11.7., OD, Bd. 28, Nr. 8395, 218f., hier 219. Vgl. auch Benedetti an Gramont, 11.7., OD, Bd. 28, Nr. 8409, 229-233, hier 233.

sprechen; *erzählen* kann man hier an Benedetti, was geschehen ist.“<sup>33</sup> Begriff König Wilhelm die Taktik des Kanzlers nicht? Oder erkannte er nur zu gut deren mögliche Konsequenzen? Als Bismarck darüber benachrichtigt wurde, dass die Sigmaringer ausschließlich auf Geheiß des Königs zurücktreten wollten,<sup>34</sup> empfahl er – etwas realitätsfern angesichts der verwandtschaftlichen Verhältnisse –, nicht zu antworten.<sup>35</sup> Das Telegramm war bereits überholt, als es abgesandt wurde. Die Antwort des Königs war unterwegs.<sup>36</sup> In der Weltabgeschiedenheit von Varzin stand Bismarck inzwischen zunehmend auf verlorenem Posten.

Wilhelm I. war nicht der einzige, der abseits des offiziellen Tauziehens auf einen Verzicht des Kandidaten hinwirkte. Auch Kaiser Napoleon intervenierte bei den Sigmaringern, wenn auch auf Umwegen. Er bat den belgischen König, der mit Leopolds Schwester verchwägert war,<sup>37</sup> sich an den Erbprinzen zu wenden und ihm zu verdeutlichen, dass der Frieden in Europa von seinem Rücktritt abhängt. König Leopold II. kam dieser Bitte am 9. Juli nach und veranlasste zugleich seinen Bruder, den Grafen von Flandern, an Schwiegervater Karl Anton zu schreiben.<sup>38</sup> Die Mittel, Druck auf die Sigmaringer auszuüben, waren für den französischen Kaiser damit noch nicht erschöpft. Er konnte auch drohen, dem jüngeren Bruder Leopolds, Karl, seit dem Frühjahr 1866, knapp vor Königgrätz, auf Napoleons eigene Empfehlung hin auf dem rumänischen Fürstenthron, die Unterstützung zu entziehen. Der Vertreter Fürst Karls in Paris brach nach Sigmaringen auf, um Karl Anton daran zu erinnern.<sup>39</sup> Mit diesen gut getarnten Schritten, die Napoleon abseits der offiziellen Diplomatie seines Außenministers setzte, wollte er auf Nummer sicher gehen, was die Demontage der Kandidatur anging.<sup>40</sup>

<sup>33</sup> Vgl. Bismarck an das Auswärtige Amt, 10.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1583, 350, hier Anm. 1 (Hervorhebung im Original), sowie Abeken an das Auswärtige Amt, 11.7., Lord, Nr. 119, 192. In Anbetracht der Absenzeit von Abekens Telegramm (nach acht Uhr abends) dürfte die Meinungsänderung des Königs wohl erst nach der geführten „Abwehrschlacht“ in der zweiten Audienz erfolgt sein.

<sup>34</sup> Abeken an Bismarck, 10.7., Lord, Nr. 77, 171.

<sup>35</sup> Bismarck an das Auswärtige Amt, 10.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1588, 352f., hier 353.

<sup>36</sup> Vgl. König Wilhelm an Karl Anton, 10.7., Becker, Bd. 2, Nr. 752, 511 sowie Abeken an Karl Anton, 11.7., Becker, Bd. 2, Nr. 786, 542. Vgl. auch Ernst Walder (Bearb.), Die Emser Depesche (Quellen zur neueren Geschichte 27/28/29, 2., durchgeseh. Aufl. Bern 1972) 39.

<sup>37</sup> Vgl. Steefel, Bismarck, the Hohenzollern Candidacy, and the Origins of the Franco-German War, 250.

<sup>38</sup> König Leopold an Leopold, 9.7., Becker, Bd. 2, Nr. 732, 492f. u. Anm. 1. Vgl. auch Philippe an Karl Anton, 10.7., Becker, Bd. 2, Nr. 768, 526. Das Schreiben des belgischen Königs erreichte Sigmaringen offenbar nicht mehr rechtzeitig vor der Entschlussfassung, vgl. Karl Anton an König Leopold, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 841, 35f. sowie Aktennotiz Karl Anton, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 842, 36.

<sup>39</sup> Wetzel, Duel of Giants, 132f. Vgl. auch Bamberg an Karl Anton, 9.7., Becker, Bd. 2, Nr. 747, 504-506, hier 504 sowie Solms an Bismarck, 10.7., Lord, Nr. 98, 183.

<sup>40</sup> „... that old and familiar condition of two policies, one official and one personal, for the conduct of foreign relations of the Second Empire.“ So formuliert es in anderem Zusammenhang Ivan Scott, The Diplomatic Origins of the Legion of Antibes: Instrument of Foreign Policy during the Second Empire. In: Nancy N. Barker, Marvin L. Brown, Jr. (Hg.), Diplomacy in an Age of Nationalism. Essays in Honor of Lynn Marshall Case (The Hague, 1971) 144-160, hier 149. Vgl. auch Napoleons Einwirkung auf den spanischen Regenten Serrano (siehe Kapitel 2, S. 31).

Dem Kaiser der Franzosen kam es dabei ebenso wie dem preußischen König darauf an, nach außen hin mit einem Rücktritt des Erbprinzen nichts zu tun zu haben. „Mein lieber Herzog“, schrieb er am 9. Juli an Außenminister Gramont, „ich halte es weder für nützlich noch für würdig meinerseits an den König von Preußen oder die Fürsten von Hohenzollern zu schreiben. (...) Es liegt nicht in unserer Würde einen Rückzieher des Prinzen zu erlehen.“<sup>41</sup> Nur mit Preußen, so der Kaiser, habe man es zu tun. Deshalb sollte Benedetti auch nur den König, und nicht etwa den Kandidaten aufsuchen.<sup>42</sup>

Die Inthronisierung Leopolds zu verhindern, war eines, Preußen zur Rechenschaft zu ziehen, etwas anderes. Benedetti beispielsweise wusste, dass der spanische Regent im Begriff war, einen Abgesandten zum Erbprinzen zu schicken, um den Rückzug der Kandidatur zu erbitten.<sup>43</sup> Diese Information war am späten Nachmittag des 10. Juli frisch aus Madrid eingetroffen, und Gramont hatte sie in der Nacht an Benedetti weitergeleitet.<sup>44</sup> Der Botschafter machte im Gespräch mit dem König davon aber keinen Gebrauch,<sup>45</sup> denn sie ließ das Ende der Kandidatur ohne Zutun des Königs absehbar werden, und Gramont hatte doch in dem gleichen Telegramm keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, wie man sich in Paris das Resultat der Besprechungen immer noch vorstellte: „... es wäre für die Regierung stark vorzuziehen“, hatte es geheißen, „den Rückzug der Kandidatur einzig der Intervention des Königs zu verdanken.“<sup>46</sup>

Dadurch versteifte man sich auf französischer Seite aber endgültig auf eine Reaktion aus Ems, sodass die Art und Weise, wie der Verzicht schließlich erfolgte, nicht als zufriedenstellend empfunden werden konnte.

Die Entscheidung fiel allen Bemühungen Gramonts und Benedettis zum Trotz nicht in Ems, sondern in Sigmaringen. Karl Anton, immer noch in Unkenntnis des exakten Aufenthaltsorts seines Sohns, sandte am Vormittag des 12. Juli ein Telegramm an den spanischen

---

<sup>41</sup> „Mon cher Duc, ... . Je ne crois ni utile ni digne de ma part d'écrire au Roi de Prusse ni aux Princes de Hohenzollern. (...) Il n'est pas de notre dignité d'aller implorer une rétractation du Prince.“ Vgl. Gramont an Benedetti, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8341, Anm. 4, 140-142, hier 141 sowie Kaiser Napoleon an Gramont, 9.7., Fester, Heft 2, Nr. 373, 43.

<sup>42</sup> Zwischen Gramont und Benedetti war das im Gespräch gewesen, vgl. Gramont an Benedetti, 8.7., OD, Bd. 28, Nr. 8308, 111 sowie die beiden Fassungen eines Telegramms von Kaiser Napoleon an Gramont, 8.7., OD, Bd. 28, Nr. 8314 u. Nr. 8315, 114.

<sup>43</sup> Falls er die diesbezügliche Nachricht Gramonts (siehe Anm. 44) nicht rechtzeitig vor der Audienz erhalten haben sollte, wusste er vom Einlenken des spanischen Regenten jedenfalls prinzipiell aus einer vorangegangenen Nachricht, vgl. Gramont an Benedetti, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8368, 183 sowie Benedetti an Gramont, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8376, 188f. u. Anm. 1, 189.

<sup>44</sup> Gramont an Benedetti, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8378, 190. Vgl. auch Mercier an Gramont, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8372, 186. Für die Empfangszeit von Merciers Telegramm in Paris vgl. den Abdruck bei Fester, Heft 2, Nr. 396, 62.

<sup>45</sup> Vgl. Benedetti an Gramont, 11.7., OD, Bd. 28, Nr. 8395, 218f., hier 219.

<sup>46</sup> „... il serait bien préférable pour le Gouvernement de devoir le retrait de la candidature à la seule intervention du Roi.“ Gramont an Benedetti, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8378, 190.

Ministerpräsidenten – und zog die Kandidatur zurück.<sup>47</sup> König Wilhelm gegenüber begründete er diesen Entschluss damit, dass ihm die Aussicht auf einen Krieg, der seiner Familie wegen entbrennen könnte, unerträglich geworden sei.<sup>48</sup> Offiziell wählte er jedoch eine andere Begründung. In wohlüberlegtem, verschachteltem Französisch schrieb er: „Angesichts der Komplikationen, auf die die Kandidatur meines Sohnes Leopold für den Thron Spaniens zu stoßen scheint, und der schmerzlichen Situation, welche die jüngsten Ereignisse dem spanischen Volk bereitet haben, da sie es vor eine Alternative stellen, in der es nur von seinem Unabhängigkeitsgefühl geleitet werden kann, überzeugt, dass unter solchen Umständen seine Stimmabgabe [die der spanischen Volksvertretung, Anm.] nicht die Aufrichtigkeit und die Spontaneität haben kann, auf die mein Sohn zählte, als er die Kandidatur annahm, ziehe ich diese in seinem Namen zurück.“<sup>49</sup> Kein Wort von Preußen. Kein Wort von Frankreich. Der Fürst nahm ausschließlich Rücksicht auf Spanien, den Verhandlungspartner seiner Familie, während Frankreich nur indirekt erwähnt, seine Position mit keinem Wort gewürdigt wurde. Eher im Gegenteil: Das Telegramm implizierte, dass die Unabhängigkeit Spaniens nicht respektiert worden sei – ein Eindruck, den man in Paris von Anfang an zu vermeiden versucht hatte.<sup>50</sup>

Indem er dem spanischen Botschafter in Paris, Olózaga, eine Kopie der Rücktritts-erklärung zukommen ließ, sorgte Karl Anton dafür, dass seine Entscheidung nicht nur in Madrid, sondern auch in der französischen Hauptstadt bekannt wurde.<sup>51</sup> Er konnte davon ausgehen, dass die Regierung des Kaisers auf diese Weise alsbald informiert sein würde, und zwar ohne, dass er sich direkt an sie wenden musste.<sup>52</sup>

Anstelle eines offiziellen Rückziehers der rivalisierenden Großmacht hatte die französische Regierung nun also nur einen Teilerfolg erzielt. Der Stein des Anstoßes war aus dem Weg, aber was wurde aus der Abrechnung mit Preußen? Karl Antons Verzicht ließ eine Beteiligung des preußischen Königs an der Entschlussfassung bestenfalls vermuten; belegen ließ sie sich nicht, anhand der Formulierung.<sup>53</sup> Der Verzicht, der an Ministerpräsident Prim adressiert war, ließ einen Zielkonflikt in Paris zum Ausbruch kommen, der von Beginn an

<sup>47</sup> Karl Anton an Prim, 12.7., Becker, Bd. 2, Nr. 811, 571.

<sup>48</sup> Karl Anton an König Wilhelm, 12.7., Becker, Bd. 2, Nr. 815, 573f., hier 573.

<sup>49</sup> „Vu les complications que paraît rencontrer la candidature de mon fils Léopold au trône d’Espagne et la situation pénible que les derniers événements ont créé au peuple Espagnol en le mettant dans une alternative où il ne saurait prendre conseil que du sentiment de son indépendance, convaincu qu’en pareilles circonstances son suffrage ne saurait avoir la sincérité et la spontanéité sur lesquelles mon fils a compté en acceptant la candidature, je la retire en son nom.“ Karl Anton an Prim, 12.7., Becker, Bd. 2, Nr. 811, 571.

<sup>50</sup> Vgl. Wetzel, *Duel of Giants*, 142 u. 145 sowie Gramont an Mercier, 3.7., OD, Bd. 28, Nr. 8241, 21f., hier 22.

<sup>51</sup> Karl Anton an Olózaga, 12.7., Becker, Bd. 2, Nr. 809, 570.

<sup>52</sup> Tatsächlich ging das Telegramm an Paris sogar etwas früher ab als das Original an Madrid, vgl. Karl Anton an König Wilhelm, 12.7., Becker, Bd. 2, Nr. 817, 575f., hier 575 u. Anm. 1.

<sup>53</sup> Vgl. Kaiser Napoleon an Ollivier, 12.7., OD, Bd. 28, Nr. 8422, 251f.

bestanden hatte: Der Versuch, eine konkrete Bedrohung abzuwenden, bei gleichzeitigem Streben nach Satisfaktion für einen Affront.<sup>54</sup> Leopolds Thronbesteigung verhindert zu haben, bedeutete bestenfalls den Erhalt des Status quo ante, und nicht einmal das, denn Preußen war einem ungestraft auf der Nase herumgetanzt. Würde man je eine bessere Gelegenheit zum Krieg vorfinden? Welche Sicherheit hatte man überhaupt, dass der Kandidat sich an die Erklärung des Vaters halten würde?<sup>55</sup> In diesen Bahnen bewegten sich am Nachmittag des 12. Juli die Überlegungen des französischen Kaisers.<sup>56</sup>

Ohne, dass man es sich in Paris und Saint-Cloud ausreichend bewusst machte, bedeutete der Verzicht der Sigmaringer jedoch den Ruin für Bismarcks Defensivtaktik. Die Entschiedenheit der französischen Gegenwehr – namentlich die augenblickliche Androhung eines Kriegs gegen Preußen – hatte sich bezahlt gemacht. Sie hatte den Kanzler überrascht und auf die übrigen Akteure so großen Eindruck gemacht, dass aus der Installation eines Preußen in Spanien nichts wurde. Die Regierung in Madrid hatte die Kandidatur fallen gelassen, der König von Preußen seinen Angehörigen hinter den Kulissen den Verzicht nahegelegt, und der Vater des Kandidaten wollte nicht für einen „möglichen Weltkrieg“ verantwortlich sein.<sup>57</sup> Statt mit dem ostentativ urlaubenden Bismarck und seinem Sprachrohr Thile in Berlin Zeit zu vergeuden, hatte die französische Regierung den anderen Schlüsselakteuren erfolgreich die Anschauung beigebracht, Frankreich werde einen Weltbrand entfesseln. Durch die Geradlinigkeit dieses Vorgehens war die völker- und familienrechtliche Mauer, mit der Bismarck das Projekt umgeben hatte, durchbrochen worden. Der Anschein der preußischen Ungezügtheit war nicht mehr uneingeschränkt gewahrt. Was davon übrig war, hatte Bismarck nicht zuletzt der Formulierung Karl Antons zu verdanken, die der französischen Regierung zu denken gab. Wenngleich eine direkte Kompromittierung der preußischen Politik aufgrund von Bismarcks Bemühungen und der daraus resultierenden Vorsicht der Akteure nicht erreicht worden war, kam der Rücktritt des Kandidaten nach den vorangegangenen öffentlichen Erklärungen der französischen Regierung doch einer indirekten Kompromittierung der Bismarckschen Politik gleich – und einer Demütigung der Hohenzollern-Familie und damit Preußens.<sup>58</sup>

Die französische Regierung war zu sehr Gefangene ihres Wegs, um das zu erkennen. Für sie sah es so aus, als hätte man relativ wenig vorzuweisen, gemessen an den Hoffnungen, die

---

<sup>54</sup> Lord, *Origins of the War of 1870*, 28f.

<sup>55</sup> Vgl. auch Werther an Bismarck, 13.7., Lord, Nr. 170, 223f.

<sup>56</sup> Lord, *Origins of the War of 1870*, 78f. Vgl. auch Kaiser Napoleon an Gramont, 12.7., OD, Bd. 28, Nr. 8436, 260f.

<sup>57</sup> Karl Anton an Friedrich Wilhelm, 11.7., Becker, Bd. 2, Nr. 785, 541f.

<sup>58</sup> Vgl. Mommsen, *Ringgen um den nationalen Staat*, 228f.

man im Land mit einer flammenden Rede geweckt hatte. Frankreich hatte sein ganzes Gewicht in die Waagschale geworfen, und herausgekommen war scheinbar nicht mehr, als dass ein deutscher Adelige eingeschüchtert worden war. Durch die öffentliche Erklärung am 6. Juli, mit der das antipreußische Ressentiment in Frankreich erst richtig hochgepeitscht worden war, hatte die Regierung sich zum Erfolg über Preußen verdammt.<sup>59</sup> Nun, nach zähen Verhandlungen, war nicht in eindeutiger Form vor der Öffentlichkeit konstatiert, dass der Gegner angesichts französischer Drohungen zurückgewichen war. Die französische Vormachtstellung auf dem Kontinent war erschüttert. Dadurch kam es zu einer paradoxen Situation: Die französische Krisentaktik, der weitgehend der diplomatische Erfolg des 12. Juli zu verdanken war, führte zugleich zu einer Zwangslage – dem Druck, sich mit dem Verzicht nicht zufrieden zu geben.<sup>60</sup>

„Das Land wird enttäuscht sein“, schrieb Napoleon III. am Nachmittag des 12. Juli an Ministerpräsident Ollivier. „Aber was dagegen tun?“<sup>61</sup> Für seinen Außenminister Gramont war die Sache jedenfalls klar: Der Verzicht war überhaupt Nebensache, denn die französische Regierung hätte Leopolds Thronbesteigung ohnehin nie zugelassen. Was blieb, war der unfreundliche Akt Preußens, die Kandidatur verheimlicht zu haben.<sup>62</sup> Der Außenminister war die treibende Kraft hinter dem Entschluss, den Konflikt nicht für beendet zu erklären. Schneller noch als der Kaiser entschied er, dass das bislang verfolgte zweifache Ziel der französischen Politik nicht erreicht war.<sup>63</sup>

Wenn man das Parlament zufrieden stellen wollte – das war nach der Kammererklärung klar – musste man Preußens irgendwie habhaft bleiben.

---

<sup>59</sup> Vgl. *Kolb*, *Kriegsausbruch 1870*, 98f. u. 108 sowie *Dittrich*, *Ursachen und Ausbruch des deutsch-französischen Krieges*, 82.

<sup>60</sup> *Kolb*, *Kriegsausbruch 1870*, 130f. Vgl. auch *Gall*, *Der weiße Revolutionär*, 421.

<sup>61</sup> „Le pays sera désappointé. Mais qu’y faire?“ Kaiser Napoleon an Ollivier, 12.7., OD, Bd. 28, Nr. 8422, 251f., hier 252.

<sup>62</sup> Gramont im Gespräch mit dem preußischen Botschafter Werther, der am Vormittag desselben Tags aus Ems zurückgekehrt war, vgl. Werther an König Wilhelm, 12.7., Becker, Bd. 3, Nr. 827, 6-9, hier 7f. Für den Zeitpunkt der Unterredung (ca. 15 bis 15.30 Uhr) vgl. Fester, Heft 2, Nr. 468, 102.

<sup>63</sup> *Kolb*, *Kriegsausbruch 1870*, 129. Vgl. auch *Wetzel*, *Duel of Giants*, 143.

## 6. Bismarck holt zum Gegenschlag aus: Schadensbegrenzung oder gezielte Provokation?

Als Bismarck von dem Verzicht erfuhr, war er soeben von Varzin nach Berlin zurückgekehrt. Sein Angebot, nach Ems zu kommen, war vom König akzeptiert worden,<sup>1</sup> woraufhin der Kanzler sein Landgut am Morgen des 12. Juli verlassen hatte und in Richtung Hauptstadt gefahren war.<sup>2</sup> Spätnachmittags dort angekommen, erreichte ihn ein Telegramm, in dem der Assistent des Königs, Abeken, ihm die Neuigkeit des Tages mitteilte.<sup>3</sup>

Schon die vorangegangenen Meldungen aus Ems hatten wenig Gutes verheißen. Der König schien sich immer tiefer in die Sache zu verstricken. Sein Bemühen, der „scharfen Pression“ Benedettis zu widerstehen, war zwar zu erkennen.<sup>4</sup> Zuletzt war intern aber auch etwas von seiner „Zustimmung“ zu der bevorstehenden Entscheidung der Sigmaringer zu lesen gewesen, und von seiner Ansicht, dass man dem französischen Botschafter „erzählen“ könne, wie die Entscheidung ausgefallen sei.<sup>5</sup>

Die Nachricht vom Ende der Kandidatur schließlich bedeutete, dass Bismarcks abenteuerliche Politik gescheitert war. Die Vorstellung, Frankreichs Arm werde nicht lang genug sein, um den Erbprinzen oder Preußen zu erreichen, hatte sich als Illusion erwiesen; ebenso die Hoffnung, man werde den König und die Sigmaringer durch die Krise manövrieren können. Fakt war, dass König Wilhelm mit der Verwandtschaft korrespondiert hatte und dass Benedetti davon wusste.<sup>6</sup> Wie aber würde die deutsche Öffentlichkeit reagieren, wenn bekannt wurde, dass der König auf französisches Säbelrasseln hin konzilient agiert hatte? Das schillernde Projekt, von dem Bismarck sich eine Steigerung des preußischen Ansehens versprochen hatte, drohte zum Fiasko zu werden.

Und alle waren schuld in den Augen des Kanzlers: Die Spanier, weil sie zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit den Franzosen eigentlich hätten mit Krieg drohen müssen; der König, weil er sich während seiner Kur auf Verhandlungen überhaupt eingelassen und nicht nach Berlin an die amtliche Stelle verwiesen hatte; der Erbprinz, weil man ihn in den Pyrenäen hätte suchen müssen statt in den Alpen, hätte er „Schneid“ gehabt.<sup>7</sup> In seinem Ärger über das

<sup>1</sup> Abeken an Bismarck, 11.7., Lord, Nr. 101, 185.

<sup>2</sup> Vgl. Bucher an Flemming, 12.7., Becker, Bd. 3, Nr. 822, 3.

<sup>3</sup> Abeken an das Auswärtige Amt, 12.7., Lord, Nr. 132, 198f., hier 198.

<sup>4</sup> Vgl. Abeken an das Auswärtige Amt, 11.7., Lord, Nr. 111, 189.

<sup>5</sup> Abeken an das Auswärtige Amt, 11.7., Lord, Nr. 119, 192.

<sup>6</sup> Den Anstoß zur Korrespondenz mit Sigmaringen hatte übrigens Bismarck gegeben, freilich mit anderer Zielsetzung (siehe Kapitel 3, S. 37f.) und vgl. Abeken an Bismarck, 7.7., Lord, Nr. 37, 142f., hier 143. Vgl. auch *Walders*, Emser Depesche, 39.

<sup>7</sup> Vgl. Ritter, *Stadelmann* (Hg.), Erinnerung und Gedanke, 303f. u. 307 sowie Aufzeichnungen Herbert v. Bismarcks aus dem Frühjahr 1871 über das Essen bei dem Bundeskanzler am Abend des 12. Juli 1870, Becker, Bd. 3, Nr. 835, 29-31, hier 31. Es ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert, dass der König, indem er Benedetti empfing, gegen Bismarcks Ratschläge nicht direkt verstieß. Anfangs scheint Bismarck in den sich anbah-

Scheitern der Kandidatur war Bismarck keine noch so entlegene und nicht eingetretene Alternative zu unrealistisch. Sollte er tatsächlich auf Derartiges gebaut haben? Dann war sein Plan allerdings für Akteure gemacht, die es in der Realität nicht gab.<sup>8</sup> Die Hoffnung, die Gespräche über das Auswärtige Amt unter Kontrolle halten zu können, hatte sich fast zwangsläufig zerschlagen, da der König doch dazu neigte, wichtige Fragen persönlich zu verhandeln, wie der Kanzler in seinen Memoiren ärgerlich feststellte.<sup>9</sup> Auch, sich nach Varzin zurückzuziehen, hatte sich letztendlich zum Problem entwickelt.<sup>10</sup> Alles nur, weil das Projekt frühzeitig bekannt geworden und die „Fiktion ... einer reinen Privatangelegenheit der Hohenzollern“<sup>11</sup> in Paris von vornherein nicht akzeptiert worden war. Ob der Ministerpräsident sich am Abend des 12. Juli in der Tat mit Rücktrittsgedanken trug, wie er später behauptete, oder nicht – sein Rücktritt war jedenfalls kein geeignetes Mittel, um die Niederlage von Preußen noch abzuwenden.<sup>12</sup>

Bismarck kündigte an, noch am selben Abend nach Ems weiter zu fahren und bat den König dringend, vor seiner Ankunft keine Erklärung an Benedetti abzugeben.<sup>13</sup> (Später wiederholte er diese Bitte noch zweimal, einmal in einem „Immediattelegramm“ an den König,<sup>14</sup> ein weiteres Mal gegenüber Abeken, dort mit der ausführlichen Begründung: „Jede Erklärung von seiten Seiner Majestät würde den Eindruck einer unter französischer Drohung gemachten Konzession des Königs an sich machen, in Paris als solche ausgebeutet werden und auf die hier mit Recht gegen Frankreich empfindlich gereizte öffentliche Meinung einen sehr üblen Eindruck machen.“<sup>15</sup> Damit bezog er sich auf Gramonts Rede. Der Erbprinz, so Bismarck, müsse seine Entscheidung persönlich melden, und zwar in Madrid.)

---

nenden Emser Gesprächen eine Gelegenheit erblickt zu haben, „die anmaßende Sprache des Herzogs von Gramont ernst zurück[zu]weisen“, vgl. Bismarck an Abeken, 9.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1574, 345.

<sup>8</sup> Vgl. auch *Kleinmann*, Spanische Thronfrage, 148. Kleinmann hält die falsche Annahme, die Interessen Preußens und Spaniens würden sich im Verhältnis zu Frankreich treffen, für die eigentliche Schwäche des Projekts. Niemand habe in Madrid ernsthaft daran gedacht, an der Seite Preußens den Part Italiens im Krieg von 1866 gegen Österreich nun gegen Frankreich zu übernehmen.

<sup>9</sup> *Ritter, Stadelmann* (Hg.), Erinnerung und Gedanke, 307.

<sup>10</sup> Zuletzt wusste Bismarck nicht einmal genau, ob er den Verzicht nicht versäumt hatte. „Aussprechen?“, hatte er neben eine etwas unklare Formulierung des Königs geschrieben, „Warum? worüber? und was?“ Und zu dem Wort „Zustimmung“ im gleichen Telegramm: „Zu was??“ Vgl. die vom 12. Juli stammende Randbemerkung zur Antwort des Königs auf Bismarck an das Auswärtige Amt, 10.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1583, 350, Anm. 1 und Anm. a sowie die Vorbemerkung des Bearbeiters Friedrich Thimme zu Bismarck an Abeken, 12.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1596, 356-358, hier 357. Zur besseren Übersicht vgl. auch Abeken an das Auswärtige Amt, 11.7., Lord, Nr. 119, 192 und die Anmerkungen dort.

<sup>11</sup> So Becker, vgl. Darstellung König Wilhelms der Gespräche mit Benedetti in Reaktion auf deren Manipulation durch die „Emser Depesche“, 14.-17.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, VIII, 70-72, hier 70, Anm. 2.

<sup>12</sup> Vgl. *Ritter, Stadelmann* (Hg.), Erinnerung und Gedanke, 306f.

<sup>13</sup> Bismarck an Abeken, 12.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1596, 356-358, hier 358. Ursprünglich hatte der Kanzler erst am darauffolgenden Morgen fahren wollen, vgl. etwa Bismarck an Thile, 11.7., Becker, Bd. 2, Nr. 775, 534.

<sup>14</sup> Bismarck an König Wilhelm (Immediattelegramm), 12.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1597, 358.

<sup>15</sup> Bismarck an Abeken, 12.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1598, 358f., hier 359. (Die dortige Datierung auf den 13. Juli ist falsch, vgl. auch Bismarck an Abeken, 12.7., Lord, Nr. 143, 203f.) Zur Vorstellung, die Bismarck vom Hergang

Dann aß er mit dem aus Schlesien zurückgekehrten Moltke und den Ministern für Krieg (Roon) und Inneres (Eulenburg) bei sich zu Abend. Bismarcks 20-jähriger Sohn Herbert, der ebenfalls anwesend war, erinnerte sich später, dass die Nachricht vom Verzicht des Erbprinzen die Stimmung trübte.<sup>16</sup> Sein Vater sei schon seit der Ankunft ernst gewesen, weil er die Politik nicht gebilligt habe, die in Ems gemacht wurde. Der Generalstabschef wiederum habe sich um den Anlass eines großen Kriegs gebracht gesehen. Es sei erwogen worden, ob es sich empfehle, diesen Krieg, den Frankreich doch zu wollen schien, noch einmal zu vermeiden – und ob das in Ehren überhaupt möglich sei.<sup>17</sup>

Becker zufolge wurden an jenem Abend die Weichen endgültig auf Krieg gestellt.<sup>18</sup> Der Badener Historiker stützt sich nicht zuletzt auf eine spätere Erzählung von Innenminister Eulenburg, der zufolge Moltke die anderen an jenem Abend nachgerade zum Krieg überredet habe. Es gebe keine bessere Gelegenheit, soll der Generalstabschef gesagt haben. Die Armee könne binnen dreizehn Tagen mobilisiert werden und bezüglich Sieg oder Niederlage habe er keine Zweifel.<sup>19</sup> Becker zitiert ferner eine Notiz des altehrwürdigen Historikers Leopold von Ranke: Der Krieg, so Ranke bereits vor Jahresende 1870, sei an jenem Abend (dem 12. Juli, Anm.) von Bismarck beschlossen worden. „Wir wären gerüstet“, soll Moltke gesagt haben, und Bismarck darauf: „Wenn das Ihre Meinung [ist], so lassen Sie es uns unternehmen“.<sup>20</sup>

Moltkes Zuversicht kam nicht von ungefähr. Die preußischen Militärreformen des vergangenen Jahrzehnts erlaubten die Aufstellung von mehr als einer Million gut ausgebildeten Soldaten, den größten Teil davon selbst ohne die Unterstützung der süddeutschen Staaten – eine Armee, wie man sie seit den legendären Heerscharen der Perser nicht mehr gesehen hatte, wie es hieß.<sup>21</sup> Der Generalstab, unter Moltkes Ägide zur effizienten Schaltzentrale dieses potentiell unkontrollierbaren, enormen Apparats geformt, machte aus der

---

der Ereignisse gehabt haben dürfte, ist Folgendes anzumerken: Die mangelnde Klarheit der allerersten Nachricht aus Sigmaringen hatte dazu geführt, dass Abekens Mitteilung an Berlin den Eindruck erweckte, der Erbprinz habe persönlich gehandelt, vgl. Strantz an Abeken, 12.7., Becker, Bd. 2, Nr. 807, 568 sowie Abeken an das Auswärtige Amt, 12.7., Lord, Nr. 132, 198f., hier 198. Vgl. ferner Bismarck an König Wilhelm (Immediattelegramm), 12.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1597, 358, Anm. 1.

<sup>16</sup> Aufzeichnungen Herbert v. Bismarcks aus dem Frühjahr 1871 über das Essen bei dem Bundeskanzler am Abend des 12. Juli 1870, Becker, Bd. 3, Nr. 835, 29-31, hier 31.

<sup>17</sup> Ebd. 29f. Obwohl Bismarcks Sohn es etwas anders darstellt, stieß Moltke erst während des Abendessens zu den Gästen, vgl. Tagebuch Innenminister zu Eulenburg, Becker, Bd. 3, Nr. 834, 23f., hier 23 u. Appendix I, 24f., hier 24 sowie Bismarck an König Wilhelm (Immediattelegramm), 12.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1597, 358. Moltkes Anwesenheit war ursprünglich gar nicht vorgesehen gewesen, vgl. Bismarck an Thile, 11.7., Becker, Bd. 2, Nr. 775, 534.

<sup>18</sup> Becker (Hg.), Bismarcks spanische „Diversions“ 1870, Bd. 3: Spanische „Diversions“, „Emser Depesche“ und Reichsgründungslegende, XI.

<sup>19</sup> Erzählung von Innenminister zu Eulenburg (datiert: 2. Oktober 1871) über die Geschehnisse am 12.-14. Juli 1870, Becker, Bd. 3, Nr. 834, Appendix I, 24f., hier 24.

<sup>20</sup> Zitiert nach Becker (Hg.), Bismarcks spanische „Diversions“ 1870, Bd. 3: Spanische „Diversions“, „Emser Depesche“ und Reichsgründungslegende, XII.

<sup>21</sup> Howard, Franco-Prussian War, 21-27.

Vielzahl an Soldaten und Material eine tatsächlich funktionierende Heeresmacht. An Plänen für den Feldzug gegen Frankreich fehlte es nicht. Preußen, relativ exponiert in der Mitte Europas, musste es mit Gegnern aus mehreren Himmelsrichtungen aufnehmen können. Moltke war ununterbrochen am Zeichnen. Hinzu kam die „aus dunklen Quellen damals den Geistern zufließende Vision eines schicksalhaft unausweichlichen Zukunftskampfes“ zwischen „Germanen“ auf der einen Seite und „Slawen“ und „Romanen“ auf der anderen, von der auch Moltke beherrscht war.<sup>22</sup> Das Ergebnis waren punktgenaue Aufmarschpläne und das Bemühen, aus der preußischen Mobilisierung die schnellste Europas zu machen.<sup>23</sup>

Man meint es sich vorstellen zu können: Ein Ministerpräsident, der mit dem Rücken zur Wand steht, und die höchsten Militärs eines hochgerüsteten Landes sitzen beisammen und beraten, welche Optionen es noch gebe. Was sollte bei dieser Konstellation anderes herauskommen als eine Entscheidung zum Krieg? Dennoch, den letzten Zweifel vermögen Beckers Quellen nicht auszuräumen. Mit Ausnahme des Berichts von Bismarcks Sohn gehen sie nämlich alle auf einen einzigen Mann zurück: Innenminister Eulenburg, dem auch Ranke, so Becker, mit „an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ seine Informationen verdankte.<sup>24</sup> Was den Sohn des Ministerpräsidenten betrifft, so scheint dieser in der entscheidenden Phase nicht mehr bei Tisch gewesen zu sein. Er entfernte sich nach dem Essen, und erwähnt bis zu diesem Zeitpunkt nicht, dass Moltke seinen Vater zu etwas überredete.<sup>25</sup>

Fest steht nur, dass Bismarck am Abend des 12. Juli verzweifelt einen Weg suchte, die Niederlage wenigstens von Preußen noch abzuwenden.<sup>26</sup> Die Optik der Verhandlungen in Ems bei darauffolgendem Verzicht des Kandidaten schien ihm katastrophal, und um den Schaden zu begrenzen, plante Bismarck zunächst der Ansicht energisch entgegenzutreten, die preußische Regierung habe etwas mit dem Rücktritt zu tun. Dazu musste er rasch handeln und dem König mit der Bekanntgabe des Verzichts zuvorkommen. Eine Gelegenheit bot sich, als

<sup>22</sup> *Groote*, Moltkes Planungen, 95.

<sup>23</sup> Im Gegensatz zur (nord-)deutschen verlief die französische Mobilmachung kurze Zeit später in der Tat chaotisch, vgl. *Howard*, Franco-Prussian War, 66-71 u. 78. Der Infarkt beim Aufmarsch gilt als eine der Hauptursachen für die baldige Niederlage des französischen Kaiserreichs, vgl. auch *Wawro*, Franco-Prussian War, 47f. Zur Illustration der zeitraubenden Unordnung in der französischen Armee zitiert Wawro einen Brigadegeneral, der sich im August 1870 wie folgt beklagte: „Suis arrivé à Belfort; pas trouvé ma brigade; pas trouvé général [sic] de division; que dois-je faire? Sais pas où sont mes régiments.“ Zitiert nach ebd. 48.

<sup>24</sup> *Becker* (Hg.), Bismarcks spanische „Diversions“ 1870, Bd. 3: Spanische „Diversions“, „Emser Depesche“ und Reichsgründungslegende, XII, Anm. 5. Becker schreibt in der Einleitung zu Band 1 seiner Quellenedition, dass der informelle „Kriegsrat“ an jenem Abend nur spärlich dokumentierbar sei, vgl. *Becker* (Hg.), Bismarcks spanische „Diversions“ 1870, Bd. 1: Der Weg zum spanischen Thronangebot, XIV.

<sup>25</sup> Aufzeichnungen Herbert v. Bismarcks aus dem Frühjahr 1871 über das Essen bei dem Bundeskanzler am Abend des 12. Juli 1870, *Becker*, Bd. 3, Nr. 835, 29-31, hier 31. Von Moltke und Roon scheint sich übrigens nichts erhalten zu haben. Eine oberflächliche Durchsicht von Moltkes (Bd. 1-8) und Roons (Bd. 1-3) „Denkwürdigkeiten“ erbrachte jedenfalls keine Schilderungen des Abendessens am 12. Juli (oder desjenigen am darauffolgenden Tag).

<sup>26</sup> Vgl. auch *Dittrich*, Ursachen und Ausbruch des deutsch-französischen Krieges, 89f. sowie *Walder*, Emser Depesche, 61.

der nach Paris zurückgekehrte Werther meldete, dass der spanische Botschafter in Paris ein Telegramm in das französische Außenministerium gebracht habe, in dem Fürst Karl Anton den Rücktritt des Sohns melde.<sup>27</sup> (Es handelte sich um die erwähnte Kopie der Rücktritts-erklärung, die Karl Anton an den spanischen Botschafter in Paris geschickt hatte.<sup>28</sup>) Bismarck setzte umgehend eine Nachricht für die Presse auf, in der er behauptete, der Verzicht des Erbprinzen sei dem französischen Außenminister bereits zu Mittag amtlich angezeigt worden, und zwar vom Botschafter der betreffenden Nation.<sup>29</sup> Angesichts der Tatsache, dass Werthers Telegramm um 16.45 Uhr abgesandt worden war, war die Angabe zu „Mittag“ zweckoptimistisch. Für Bismarck kam es jedoch auf jede Stunde an.

Er schickte Eulenburg an seiner statt nach Ems<sup>30</sup> und unterhielt sich noch am Abend mit dem italienischen Botschafter de Launay und anschließend mit dem russischen Reichskanzler Gortschakow, von dem er wusste, dass er sich gerade auf der Durchreise in den Schwarzwälder Kurort Wildbad befand.<sup>31</sup> Vor allem Gortschakow wies er ausdrücklich darauf hin, dass der König mit dem Rückzieher des Kandidaten nichts zu tun gehabt habe.<sup>32</sup>

Alle Welt sollte erfahren, dass die Hohenzollern aus freien Stücken verzichtet hätten, ehe Benedetti eine Chance erhielt, den Rücktritt von König Wilhelm zu erfahren. Selbst der Kronprinz erhielt ein Telegramm mit der offiziellen Version.<sup>33</sup> Die Wahrheit musste Bismarck dabei nicht einmal überstrapazieren, denn wie er inzwischen von Abeken wusste, hatte Karl Anton tatsächlich direkt an Prim geschrieben.<sup>34</sup> Es sollte aber so aussehen, als habe die preußische Regierung wie von ungefähr davon erfahren – nicht etwa aus Sigmaringen, wie der König, oder aus Ems, wie Bismarck. Baron Werther (!) melde, so der Kanzler in einem Telegramm an die wichtigsten Gesandtschaften in Deutschland und in Europa, dass der spanische Botschafter in Paris eine offizielle Mitteilung gemacht habe, der zufolge der Erbprinz auf seine Kandidatur verzichtet.<sup>35</sup>

---

<sup>27</sup> Werther an König Wilhelm und das Auswärtige Amt, 12.7., Lord, Nr. 138, 201f. Daraus konnte Bismarck nun schließen, dass der Erbprinz nicht persönlich gehandelt hatte.

<sup>28</sup> Siehe Kapitel 5 (Anm. 51).

<sup>29</sup> Bismarck an das Wolffsche Telegraphenbüro, 12.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1600, 359f., hier 360.

<sup>30</sup> Bismarck an Abeken, 12.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1599, 359. Eine nähere Begründung dieses Schritts würde tief in die Diskussion von Bismarcks gesundheitlichem Zustand, seinen Rücktrittsgedanken usw. hineinführen. Die vorläufige Hypothese, dass er in Berlin insgesamt mehr zu seinen Gunsten bewirken zu können glaubte, soll hier genügen.

<sup>31</sup> Vgl. *Kolb*, *Kriegsausbruch 1870*, 109-111 sowie Thile an Bucher, 11.7., Becker, Bd. 2, Nr. 777, 535, Le Sourd an Gramont, 12.7., OD, Bd. 28, Nr. 8447, 271-273, hier 273 und Münch-Bellinghausen an Beust, 13.7., Lord, Nr. 244, 261.

<sup>32</sup> Gortschakow an Zar Alexander, 12.7., Becker, Bd. 3, Nr. 831C, 21.

<sup>33</sup> Bismarck an Friedrich Wilhelm, 12.7., Becker, Bd. 3, Nr. 826, 5.

<sup>34</sup> Abeken an Bismarck, 12.7., Lord, Nr. 141, 202f., hier 202.

<sup>35</sup> Bismarck an die Missionen in London, Wien, Petersburg, München, Stuttgart, Karlsruhe, Dresden, Florenz und Madrid, 12.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1603, 361.

Es fand sich sogar eine Begründung, die vertretbar klang. Diesbezüglich hatte Karl Anton ja vorgelegt.<sup>36</sup> Das Original der Verzichtserklärung stand Bismarck allerdings nicht zur Verfügung, weshalb er sich einer Nachricht aus London bediente. Dort hieß es, der britische Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten habe im Sinne des Friedens die ihm zur Verfügung stehenden Mittel genutzt, um den Kandidaten zu erreichen und im Sinne eines Rücktritts auf diesen einzuwirken.<sup>37</sup> Zwar hatte er den Erbprinzen – wie alle anderen auch – nicht mehr rechtzeitig aufspüren können, doch das hinderte Bismarck nicht daran, verbreiten zu lassen, es sei offenbar die englische Regierung gewesen, die ihren Einfluss auf die hohenzollernschen Fürsten geltend gemacht habe.<sup>38</sup> An das Vereinigte Königreich und die übrigen Großmächte ging dieser Satz nicht, wohl aber an die süddeutschen Staaten, wo am allerwenigsten der Eindruck entstehen sollte, es sei der preußische König gewesen, der die Karriere der schwäbischen Verwandtschaft auf dem Altar der französischen Allmacht geopfert habe.

Schließlich ging Bismarck zum Angriff über. Im Gespräch mit dem russischen Reichskanzler kam er auf den öffentlichen Affront durch Gramont zu sprechen und beklagte den schlechten Eindruck, den es auf das Land gemacht habe, dass der König den Botschafter Frankreichs daraufhin überhaupt empfangen habe.<sup>39</sup> Das Mindeste, was man nun tun könne, sei es, den preußischen Botschafter in Paris eine Zeit lang zu beurlauben, um dem (eigenen) Land zu zeigen, dass man die arroganten Äußerungen der französischen Regierung nicht überhört habe. Dies schlug er auch König Wilhelm vor und nannte als Grund, dass man „wenigstens eine genugtuende Erklärung für die Gramontschen Reden“ erwarte.<sup>40</sup>

Was der Kanzler nicht wusste: In Paris hatte sich inzwischen die Einsicht durchgesetzt, dass der Verzicht des relativ unbedeutenden Fürsten nicht ausreichte, um die Erwartungen zu erfüllen, die man in der politischen Öffentlichkeit Frankreichs geweckt hatte. Im Vertrauen darauf, dass die Kriegführung der französischen Armee dem Norddeutschen Bund mehr als gewachsen sein würde, und in der falschen Annahme, dass die Gespräche, die man seit einigen Jahren mit Österreich-Ungarn und Italien führte, im Kriegsfall zu einem Bündnis mit diesen Mächten führen würden,<sup>41</sup> war der Bogen von der französischen Regierung erneut gespannt worden. Gramont hatte mit dem Kaiser eine über die momentane Beendigung der

<sup>36</sup> Vgl. Karl Anton an Prim, 12.7., Becker, Bd. 2, Nr. 811, 571.

<sup>37</sup> Bernstorff an Bismarck, 12.7., Lord, Nr. 136, 200f.

<sup>38</sup> Bismarck an die Missionen in London, Wien, Petersburg, München, Stuttgart, Karlsruhe, Dresden, Florenz und Madrid, 12.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1603, 361 u. Anm. 1.

<sup>39</sup> Gortschakow an Zar Alexander, 12.7., Becker, Bd. 3, Nr. 831C, 21. Vgl. auch bereits Bismarck an Abeken, 12.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1598, 358f., hier 359 (Datierung wie Anm. 15).

<sup>40</sup> Bismarck an Abeken, 12.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1601, 360.

<sup>41</sup> *Radewahn*, Europäische Fragen im Kalkül der französischen Außenpolitik, 44f., 49f. u. 57.

Kandidatur hinausgehende Forderung an den preußischen König vereinbart, die sogenannte Garantieforderung, die Benedetti in Ems unterbreiten sollte:<sup>42</sup> Wilhelm sollte dem Verzicht zustimmen und darüber hinaus garantieren, dass er die Kandidatur nicht von neuem gestatten würde, sollte sie wieder aufleben.<sup>43</sup> Als mehr oder weniger unverbindliche Alternative dazu stand im Raum, der König könnte einen Brief an Kaiser Napoleon richten, in dem er sich – kurz gesagt – dafür entschuldigte, die spanische Kandidatur gestattet zu haben.<sup>44</sup> Letzteres war von Gramont dem preußischen Botschafter Werther am Nachmittag vorgeschlagen worden. Der Brief-Vorschlag, obwohl einige Stunden früher geäußert als die Garantieforderung, erreichte den König erst später, nachdem die telegrafisch an Benedetti ergangene Garantieforderung bereits unterbreitet worden war.<sup>45</sup>

Es ist unzweifelhaft, dass Bismarck auch in Unkenntnis dieser neuerlichen Vorstöße der französischen Regierung nicht bereit war, auch nur einen Schritt weiter zurückzuweichen. Er war es von Anfang an nicht gewesen, und nun erst recht nicht, nach dem von ihm als schwere Niederlage empfundenen Kollaps der Kandidatur. Die Darstellung Beckers allerdings erweckt den Eindruck, als sei die Taktik des Kanzlers nach dem informellen „Kriegsrat“, wie der Historiker das Abendessen am 12. Juli nennt,<sup>46</sup> bereits gezielt darauf gerichtet gewesen, die Franzosen zum Angriff zu reizen. Dieser Befund suggeriert ein hohes Maß an nüchterner Berechnung, was nicht so recht zu Bismarcks aufgebrachtem Zustand an jenem Abend passen will. Sowohl de Launay als auch Gortschakow erlebten den Ministerpräsidenten als zutiefst enttäuscht und sogar etwas verstört, jedenfalls weit davon entfernt, das optimale Mittel zu kennen, die Niederlage noch in einen Sieg zu verwandeln.<sup>47</sup> Beiden stellte Bismarck in seiner Frustration sogar in Aussicht, nach Varzin zurückzukehren, was letzten Endes zwar nicht geschah, von wo aus er sich aber auch kaum auf einen Krieg hätte vorbereiten können.

Er erwartete eine Wiedergutmachung für den problematischen Tonfall Gramonts, stellte seine diesbezügliche Forderung aber weniger konfrontativ auf als der französische Außen-

---

<sup>42</sup> Ministerpräsident Ollivier wurde damit übrigens vor vollendete Tatsachen gestellt, vgl. *Wetzel*, *Duel of Giants*, 145-147.

<sup>43</sup> Vgl. Gramont an Benedetti, 12.7., OD, Bd. 28, Nr. 8428, 255. Obwohl in der Nacht noch weitere Telegramme an Benedetti abgingen – zur Präzisierung des Auftrags –, war das erste das einzige, welches den Botschafter vor der entscheidenden Begegnung mit König Wilhelm am Morgen des 13. Juli erreichte, vgl. Benedetti an Gramont, 13.7., OD, Bd. 28, Nr. 8458, 293f., hier 293. Den fehlenden Bedingungssatz („si le Prince de Hohenzollern revenait à son projet“), der Gramonts ursprüngliche Formulierung (nur: „qu’il n’autoriserait pas de nouveau cette candidature“) bei genauer Lektüre etwas uneindeutig machte (weil man die geforderte Aussage auch als Entschuldigung auffassen konnte), ergänzte Benedetti im Gespräch mit dem König.

<sup>44</sup> Vgl. Werther an König Wilhelm, 12.7., Becker, Bd. 3, Nr. 827, 6-9, hier 8.

<sup>45</sup> Siehe Kapitel 7 (Anm. 44).

<sup>46</sup> *Becker* (Hg.), *Bismarcks spanische „Diversion“ 1870*, Bd. 3: Spanische „Diversion“, „Emser Depesche“ und Reichsgründungslegende, XI-XIII.

<sup>47</sup> Vgl. *Kolb*, *Kriegsausbruch 1870*, 110-112.

minister.<sup>48</sup> Stattdessen verband er sie mit dem fast trotzig zu nennenden Motiv, den Botschafter abzuziehen – ein ernstzunehmendes, aber vergleichsweise harmloses Mittel, das vom friedfertigen König ohne viel Aufhebens genehmigt wurde.<sup>49</sup> Obwohl also Zweifel an Beckers prononcierter Sicht der Dinge bestehen bleiben, markiert das neuerliche Anknüpfen an Gramonts Parlamentsrede vom 6. Juli dennoch den Anfang vom Ende der defensiv orientierten Maßnahmen Bismarcks in dieser Krise. Weitere Initiativen, kombiniert mit der immer bestimmter werdenden Reichstagsdrohung am nächsten Tag, sollten folgen.<sup>50</sup>

Ähnlich seinem Gegenspieler berief er sich dabei auf die öffentliche Meinung.<sup>51</sup> In der Tat geht aus einer Anzahl an Dokumenten hervor, dass der Verzicht und die damit verbundene Aussicht auf Frieden in Preußen mit gemischten Gefühlen aufgenommen wurden. Beispielsweise schrieb der französische Geschäftsträger Le Sourd am 13. Juli über Berlin, dass die Stimmungslage sich spürbar gewandelt habe. Sei man der Krise bislang fast gleichgültig gegenübergestanden, so werde dem König nun vorgeworfen, einem Ultimatum nachgegeben und eine Demütigung durch Frankreich hingenommen zu haben – eine Demütigung, wie man sie in Preußen seit Jahren nicht gewöhnt sei, so Le Sourd, und deren Anschein man vergeblich zu verschleiern suche.<sup>52</sup> Abgesehen von der Atmosphäre in der Hauptstadt bedauerte etwa auch eine Nachricht aus dem in der preußischen Rheinprovinz gelegenen Düsseldorf, dass die Franzosen einem das „bieten durften“.<sup>53</sup> Zudem scheint Bismarck Telegramme aus Bremen, Königsberg und anderen Gegenden des Norddeutschen Bunds und des Königreichs Preußen erhalten zu haben, in denen der konziliante Weg des Königs kritisiert und gebeten wurde, die „Ehre des Landes“ nicht zu opfern.<sup>54</sup>

Auch wenn sich nur schwer eruieren lässt, wie repräsentativ diese Wortmeldungen waren – es war ein Zeichen der Zeit, dass der Einfluss der „öffentlichen Meinung“ auf die Außenpolitik stetig zunahm. Mehr noch als Bismarck gehörten Napoleon III. und im Rahmen seiner Möglichkeiten auch der französische Außenminister zu einem Typ Politiker, der die Ansichten und Stimmungen der Bevölkerung nicht mehr wie seine Vorgänger (etwa Metternich) um jeden Preis im Zaum zu halten versuchte, sondern sie für seine Zwecke instrumentalisierte – insbesondere den zum Massenphänomen gewordenen Nationalismus.<sup>55</sup> War dieser

<sup>48</sup> Vgl. bereits Bucher an Thile, 9.7., Becker, Bd. 2, Nr. 744, 502: Nur „wenn veranlaßt“ sollte Geschäftsträger Solms sagen, dass Preußen keine Erklärungen abzugeben habe, sondern aufgrund der Rede „eher zu erwarten“.

<sup>49</sup> Abeken an Bismarck, 13.7., Lord, Nr. 159, 218.

<sup>50</sup> Vgl. etwa Bismarck an Werther, 13.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1604, 361-363, hier 363.

<sup>51</sup> Vgl. etwa Bismarck an Abeken, 12.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1601, 360 sowie Gramont an Benedetti, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8378, 190.

<sup>52</sup> Le Sourd an Gramont, 13.7., OD, Bd. 28, Nr. 8483, 320-322, hier 320f.

<sup>53</sup> Vgl. Werner an Karl Anton, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 850, 52f.

<sup>54</sup> Vgl. Loftus an Granville, 13.7., Walder, Emser Depesche, 65-68, hier 65.

<sup>55</sup> Baumgart, Europäisches Konzert, 100f. u. 107-110.

als politische Idee in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch vorwiegend gegen die Fürstenmacht im eigenen Land gerichtet gewesen, begann er nun, sowohl die politischen als auch die geistigen Landkarten neu zu zeichnen. Eine immer partizipatorischere Bevölkerung achtete immer eifersüchtiger darauf, dass die eigene Nation im Spiel der Mächte nicht zu kurz kam. Damit war ein neues und potenziell zerstörerisches Element in die Außenpolitik gelangt: das nationale Prestige.<sup>56</sup>

Am Morgen des 13. Juli war Bismarck zunächst damit beschäftigt, einen für Preußen vorteilhaften Hergang der Ereignisse in der Presse zu verankern.<sup>57</sup> Er ließ Moritz Busch, den zuständigen Mitarbeiter, rufen und gab ihm den Auftrag, zu widersprechen, falls eine Zeitung behaupten sollte, die Entsagung des Erbprinzen sei auf etwaigen Druck aus Ems zurückzuführen. In der halbamtlichen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, die vom Ausland besonders aufmerksam verfolgt wurde und der von Bismarck daher seit Anbeginn der Krise eine weniger aggressive Rolle zugedacht gewesen war,<sup>58</sup> ließ er die edlen Motive des Kandidaten hervorheben, der angesichts der Besorgnis Europas nicht die Verantwortung für alle vorstellbaren Konsequenzen habe übernehmen können. Explizit und implizit ging es dem Kanzler dabei vor allem darum, den Eindruck zu vermeiden, der Entschluss sei überraschend gekommen und nicht auf den Kandidaten selbst zurückzuführen.

Dann lag der Akzent sofort wieder auf den „Sünden“<sup>59</sup> Frankreichs, diesmal schon unter Verweis auf die Ungehörigkeit, den König in Ems bedrängt zu haben. Mit Recht, so wünschte Bismarck in weniger wichtigen Blättern zu lesen, habe dieser – als Privatmann und zur Kur vor Ort – die unmittelbar an ihn gerichteten Forderungen unerfüllt gelassen. Die Episode habe in Deutschland Empörung hervorgerufen, sodass der Verzicht des Erbprinzen für viele enttäuschend sei. Das Vertrauen in die friedlichen Absichten Frankreichs sei jedenfalls erschüttert und werde sich lange nicht wiederherstellen lassen. Im Übrigen wurde vom Kanzler weiter an der Mär gesponnen, eine Beeinflussung des Prinzen vonseiten der preußischen Regierung sei nur durch die herausfordernde Sprache Gramonts ausgeschlossen gewesen, und man hätte sich der Sache Frankreichs angenommen, wäre die Anfrage vertraulicher Natur gewesen.<sup>60</sup>

Nach einem Gespräch zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Kronprinzen kam gegen 14 Uhr der britische Botschafter.<sup>61</sup> Ruhig nahm Bismarck dessen Glückwunsch zur

<sup>56</sup> Vgl. ebd. 85-94.

<sup>57</sup> Walder, Emser Depesche, 62-64.

<sup>58</sup> Vgl. Bismarck an das Auswärtige Amt, 8.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1573, 344f., hier 345 u. Anm. 1 sowie Bismarck an das Auswärtige Amt, 10.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1581, 349.

<sup>59</sup> So (ironisch) Lord, Origins of the War of 1870, 95.

<sup>60</sup> Walder, Emser Depesche, 62f.

<sup>61</sup> Vgl. Kolb, Kriegsausbruch 1870, 114, Anm. 128 sowie Walder, Emser Depesche, 64, Anm. 3, 65, Anm. 1 u. 66, Anm. 3. Die Vermutung Lords, das Gespräch mit dem Botschafter habe erst gegen 16 Uhr stattgefunden, vgl.

scheinbaren Lösung der Krise entgegen, zeigte sich in der Folge aber mehr als skeptisch, ob die Differenzen mit Frankreich tatsächlich beigelegt seien.<sup>62</sup> Es gebe verlässliche Nachrichten über Rüstungen in Frankreich, und man habe es zwar nicht offiziell von Werther, doch Informationen aus Paris würden besagen, dass die Lösung der spanischen Angelegenheit nicht ausreiche, um die französische Regierung zufrieden zu stellen. Damit bezog der Kanzler sich wahrscheinlich auf ein Telegramm aus London, das in der Nacht zuvor gekommen war und einen entsprechenden Hinweis des britischen Botschafters in Paris wiedergegeben hatte.<sup>63</sup> Und dies, so Bismarck, trotz der ohnehin extremen Mäßigung des Königs und dem höflichen Empfang, den er Benedetti bereitet habe. Mit der französischen Botschaft könne er, Bismarck, angesichts der Worte Gramonts im Angesicht Europas nicht verkehren. Aber nach allem, was passiert sei, müsse man eine Absicherung fordern, irgendeine Art von Garantie, dass man sich nicht plötzlich einem Angriff ausgesetzt sehen werde. Ein Freund der bildhaften Sprache, verglich Bismarck die Situation mit einem Blitz in völliger Dunkelheit, der schlagartig eine Räuberbande zum Vorschein bringt (gemeint war die französische Regierung, Anm.). Falls die Rüstungen in Frankreich fortgesetzt würden, werde man gezwungen sein, nach ihrer Bedeutung und ihrem Zweck zu fragen.<sup>64</sup>

Wohlvollend könnte man meinen, Bismarck ließ die Tür zum Frieden am frühen Nachmittag des 13. Juli noch einen Spalt breit offen; aber Frankreich würde sie schon sehr energisch aufstoßen müssen. Andernfalls würde er die Krise nämlich von sich aus fortsetzen. Keine Erwähnung der „Beurlaubung“ Werthers gegenüber dem britischen Botschafter, keine einer Einberufung des Norddeutschen Reichstags, aber um die Situation nicht seinerseits mit Anfragen zu eskalieren, erwartete Bismarck nun zweierlei: Frankreich musste verbindlich erklären, dass es mit der gegenwärtigen Lösung zufrieden sei und keine weiteren Ansprüche stellen werde; außerdem mussten die drohenden Worte des französischen Außenministers gerechtfertigt oder zurückgenommen werden. In seinem Gesprächsresümee für Staatssekretär Granville befürchtete der britische Botschafter, dass es dazu wohl nicht kommen werde.<sup>65</sup>

---

*Lord*, *Origins of the War of 1870*, 96, ist wohl nicht zutreffend. Wenn aber 14 Uhr korrekt ist, wann fand dann das zweite Gespräch zwischen Bismarck und Gortschakow statt, das von der Forschung ebenfalls gegen 14 Uhr angesetzt wurde? Vgl. Chester W. *Clark*, *Bismarck, Russia, and the Origins of the War of 1870*. In: *The Journal of Modern History* 14 (1942) 195-208, hier 199.

<sup>62</sup> Vgl. Loftus an Granville, 13.7., *Walder*, *Emser Depesche*, 65-68, hier 65-67. Vgl. auch Le Sourd an Gramont, 13.7., OD, Bd. 28, Nr. 8483, 321f.

<sup>63</sup> Bernstorff an das Auswärtige Amt, 12.7., *Lord*, Nr. 148, 205.

<sup>64</sup> Loftus an Granville, 13.7., *Walder*, *Emser Depesche*, 65-68, hier 65-67.

<sup>65</sup> Ebd. 67f. Der Botschafter informierte alsbald Le Sourd über Bismarcks Worte, worauf der Kanzler wohl auch spekuliert hatte. Vgl. Le Sourd an Gramont, 13.7., OD, Bd. 28, Nr. 8483, 321f. sowie *Lord*, *Origins of the War of 1870*, 97 u. Anm. 50.

Eine Versicherung über gegenwärtige und zukünftige Absichten – im Grunde war das nun Preußens Version einer Garantieforderung,<sup>66</sup> auch wenn der Kanzler weniger direkt vorging als Gramont. „Sie können natürlich eine Initiative in dieser Richtung ohne speziellen Auftrag des Königs nicht ergreifen“, telegraphierte er an Werther.<sup>67</sup> Aber zur „Abmessung [von Werthers] Haltung“ teile er ihm mit, dass er dem König vorschlagen werde, den Norddeutschen Reichstag für Anfang der kommenden Woche einzuberufen (es war Mittwoch, Anm.), um mit diesem die gemeinsame Position zu beraten, falls man nicht demnächst völlig beruhigende Äußerungen hinsichtlich der Intentionen Frankreichs erhalte. Man habe gehofft, dass der Herzog von Gramont nach Werthers Rückkehr zunächst einmal seine Worte relativieren werde. Der Botschafter melde davon nichts.<sup>68</sup>

Noch war Bismarck sich nicht im Klaren darüber, dass die französische Regierung den Vorfall auch ihrerseits nicht auf sich beruhen lassen würde. Er kannte lediglich Benedettis anhaltende Versuche, eine Erklärung von König Wilhelm zu erlangen, auf deren Abwehr allerdings schon alles eingerichtet schien.<sup>69</sup> Was Paris anging, so hatte Werther von dort am Vorabend nur die Verzichtsnachricht des spanischen Kollegen gemeldet.<sup>70</sup> Alles andere über den Termin bei Gramont hatte der Botschafter in einen Bericht geschrieben, der von einem Kurier zum König gebracht wurde und erst via Ems schließlich am 14. Juli die Hauptstadt erreichte.<sup>71</sup> So wusste Bismarck am frühen Nachmittag des 13. Juli noch nicht, dass Gramont den Verzicht für nebensächlich erklärt hatte, weil der Stein des Anstoßes für ihn der unfreundliche Akt Preußens war, die Kandidatur geheim gehalten zu haben. Er ahnte auch nichts von dem Vorschlag, König Wilhelm könnte einen Brief verfassen, in dem er erklärte, es habe nicht in seiner Absicht gelegen, Frankreich zu nahe zu treten, wie Werther in einem Versuch, die Lage zu entschärfen, Gramont gegenüber beteuert hatte.<sup>72</sup> Schließlich wusste er auch nichts von der offiziellen Garantieforderung, auf die man in Frankreich inzwischen verfallen

<sup>66</sup> Leonhard von Muralt hingegen ist der Ansicht, es habe sich lediglich um eine Warnung gehandelt, vgl. *Muralt*, *Diplomatisch-politische Vorgeschichte*, 34.

<sup>67</sup> Bismarck an Werther, 13.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1604, 361-363, hier 363.

<sup>68</sup> Ebd. Wie Bismarck inzwischen klar sein musste, hatte der König die Einberufung des Reichstags schließlich doch nicht „vertraulich insinuiert“, vgl. Bismarck an Abeken, 9.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1578, 347. Der Kanzler nahm die Sache nun selbst in die Hand. Im selben Atemzug gab er Werther allerdings zu verstehen, dass die Drohung in Paris eigentlich noch gar nicht auszusprechen sei. Bis das Gespräch mit dem britischen Botschafter durchgesickert sein würde, würde es ebenfalls eine Weile dauern, und vom Reichstag war darin gar nicht die Rede gewesen, vgl. Le Sourd an Gramont, 13.7., OD, Bd. 28, Nr. 8483, 320-322, hier 321f. Man muss sich ernsthaft fragen, wie viel Kommunikation zwischen Berlin und Paris überhaupt stattfand.

<sup>69</sup> Vgl. Abeken an Bismarck, 13.7., Lord, Nr. 159, 218.

<sup>70</sup> Werther an König Wilhelm und das Auswärtige Amt, 12.7., Lord, Nr. 138, 201f.

<sup>71</sup> Vgl. Werther an König Wilhelm, 12.7., Becker, Bd. 3, Nr. 827, 6-9 sowie Abeken an Bismarck, 13.7., Lord, Nr. 176, 226. Das Telegramm Abekens war die erste Nachricht „aus erster Hand“ über den Inhalt der Unterredung Werthers mit Gramont am Vortag und traf in der Nacht des 13. Juli in Berlin ein.

<sup>72</sup> Werther an König Wilhelm, 12.7., Becker, Bd. 3, Nr. 827, 6-9, hier 7f. Die zarten Andeutungen des französischen Außenministers in diesem Gespräch hinsichtlich einer Relativierung seiner Worte am 6. Juli gingen vollkommen unter, vgl. ebd. 8f.

war – schon deshalb nicht, weil selbst dem Botschafter am Nachmittag des 12. Juli noch nichts davon gesagt worden war.

Die spärlichen Informationen, über die er verfügte, stammten aus zweiter Hand und waren widersprüchlich: Aus London hieß es einerseits, die von Werther abgegebenen Erklärungen seien unbefriedigend gefunden worden;<sup>73</sup> andererseits, Gramont wolle sich mit dem Wegfall der Kandidatur zufrieden geben.<sup>74</sup> Über das Ergebnis des Gesprächs am Vortag konnte Bismarck also nur rätseln: „Werther kann doch über den Rücktritt des Prinzen keine Erklärungen abgegeben haben?“, notierte er an den Rand des problematischeren der beiden Londoner Telegramme.<sup>75</sup>

Er wusste aber, dass die internationale Solidarität mit Frankreich nicht so groß war, wie Gramont behauptete. Dessen Erklärung, alle Regierungen, an die man sich gewendet habe, würden die Gerechtigkeit der französischen Sache anerkennen,<sup>76</sup> hatte Staatssekretär Granville bereits dementiert. Dasselbe, so Bismarck, hätten ihm der italienische Botschafter und Fürst Gortschakow für ihre jeweiligen Länder versichert.<sup>77</sup> Was Russland betraf, existierte sogar eine Militärabsprache seit 1868, die vorsah, dass das Zarenreich an der österreich-ungarischen Grenze Truppen konzentrieren würde, um die Habsburgermonarchie im Falle eines preußisch-französischen Kriegs von einem Eingreifen zu Gunsten Frankreichs abzuhalten.<sup>78</sup> Das galt allerdings nur für den Fall eines französischen Angriffs, so wie die Bündnisse mit den süddeutschen Staaten. Bismarck musste darauf achten, sich in dieser entscheidenden Phase nicht noch den Anschein des Aggressors zu geben. In einer erneuten Unterredung mit Gortschakow erzählte er mehr oder minder glaubwürdig, wie zwar die Generäle Roon und Moltke am Vorabend für eine sofortige Kriegserklärung votiert hätten, er selbst aber dagegen gewesen sei. Von einem Moment auf den nächsten, habe er ihnen gesagt, könne ein unerwarteter Umstand eintreten, der eine derartige Maßnahme überstürzt erscheinen lasse.<sup>79</sup>

Er glaubte, abwarten zu können, wie man in Paris auf sein dumpfes Grollen reagieren würde. „Die nächste Zeit“, hatte er am Vormittag in einem Erlass an den Gesandten in Dresden geschrieben, „wird uns ... darüber aufklären, ob, ungeachtet der Verzichtleistung des Erbprinzen, französischerseits noch feindliche Absichten gegen uns gehegt werden. Erhalten

<sup>73</sup> Bernstorff an das Auswärtige Amt, 12.7., Lord, Nr. 148, 205.

<sup>74</sup> Bernstorff an Bismarck, 12.7., Lord, Nr. 136, 200f. Diese Information beruhte jedoch auf einem Missverständnis. Gramont hatte dem englischen Botschafter in Paris gesagt: falls der Erbprinz „auf Anraten des Königs“ („on the advice of the King“) zurücktreten sollte, was ja in der gewünschten Form nicht passiert war, vgl. Lyons an Granville, 10.7., Fester, Heft 2, Nr. 409, 67f., hier 68.

<sup>75</sup> Vgl. Bernstorff an das Auswärtige Amt, 12.7., Lord, Nr. 148, Anm. 2, 205.

<sup>76</sup> Vgl. Solms an das Auswärtige Amt, 11.7., Lord, Nr. 114, 190.

<sup>77</sup> Vgl. Bernstorff an Bismarck, 12.7., Lord, Nr. 136, 200f., hier 201 u. Anm. 1.

<sup>78</sup> *Mommsen*, Ringen um den nationalen Staat, 194.

<sup>79</sup> Vgl. Gortschakow an Zar Alexander, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 849B, 50f.

wir darüber nicht in wenigen Tagen volle Beruhigung, so werden wir ... dem Könige raten, den Reichstag ... für die nächste Woche einzuberufen.“<sup>80</sup>

Erst als sich am Nachmittag auch von russischer Seite herumsprach, dass die Franzosen sich mit dem Verzicht nicht zufrieden gaben, wurde dem Kanzler klar, dass die Ereignisse sich rascher entwickelten als erwartet. An Werther: „Gemäß einem Telegramm [des russischen Geschäftsträgers in Paris] an Fürst Gortchakoff [sic], der hier ist, hätte ... Gramont Ihnen gesagt, dass die Angelegenheit durch den Verzicht ... nicht erledigt sei, da noch der *unfreundliche Akt* bleibe. Wenn diese Neuigkeit zutreffen sollte, müsste sie unsere Entscheidungen maßgeblich beeinflussen. Sagen Sie mir, was es damit auf sich hat.“<sup>81</sup> Und nach Ems: „[Angeblich] hat Gramont nach erhaltener [sic] amtlicher Mittheilung von des Erbprinzen Rücktritt an Werther gesagt, die Sache sei damit nicht erledigt, il restait le mauvais procédé. (...) Falls die Nachricht sich bestätigt, so würde m[eines] E[rachtens] die Rückkehr des Königs hierher ... u[nd] die Berufung des Reichstages nicht länger zu verschieben sein.“<sup>82</sup>

Unterdessen war aus Süddeutschland, wo die französische Garantieforderung bereits in der Nacht von Gramont bekannt gemacht worden war,<sup>83</sup> eine sehr negative, heftige Reaktion auf allerdings nicht näher definierte weitere Forderungen des französischen Außenministers eingetroffen<sup>84</sup> – und von Werther nach wie vor kein Wort. Bismarck, unruhig: „Es ist dringend nothwendig, daß Sie mir umgehend telegr[afisch] melden, was Herr von Gramont Ihnen gesagt hat, nachdem er Kenntniß von dem Verzicht des Erbprinzen erhalten [hat]. Von Stuttgart, München u[nd] Petersburg haben wir schon Andeutungen darüber u[nd] von Ihnen noch nichts.“<sup>85</sup>

---

<sup>80</sup> Bismarck an Eichmann, 13.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1610, 366f., hier 367. Für den Zeitpunkt der Abfassung dieses Erlasses vgl. *Lord, Origins of the War of 1870*, 95. Er wurde, obschon bereits durchkorrigiert und gezeichnet, schließlich nicht abgesandt.

<sup>81</sup> „D’après un télégramme de Mr. Okouneff au Prince Gortchakoff qui est ici, le Duc de Gramont vous aurait dit que l’affaire n’était [sic] point vidée par la renonciation du Prince Leopold puisqu’il restait toujours le *mauvais procédé*. Si cette nouvelle était exacte elle devrait influencer essentiellement nos décisions. Veuillez me dire ce qui en est.“ Bismarck an Werther, 13.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1605, 364 (Hervorhebung im Original).

<sup>82</sup> Bismarck an Abeken, 13.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1606, 364.

<sup>83</sup> Gramont an Cadore und Saint-Vallier, 12.7., OD, Bd. 28, Nr. 8432, 257.

<sup>84</sup> Radolinski an Bismarck, 13.7., Lord, Nr. 161, 219.

<sup>85</sup> Bismarck an Werther, 13.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1607, 364f. Auf welche Nachricht aus München Bismarck sich bezog, erschließt sich nicht leicht, vgl. etwa Anm. 2 zu dem Dokument, mit der nicht überzeugenden Vermutung, es könnte sich um (die Mitteilung des preußischen Gesandten in München Georg Freiherr von) Werthern an das Auswärtige Amt, 11.7., Lord, Nr. 115, 190 handeln.

## 7. Das Finale: Die „Emser Depesche“ und der Ausbruch des Kriegs

In Ems begann der 13. Juli für König Wilhelm erfreulich. Ein Extrablatt der „Kölnischen Zeitung“ brachte die Nachricht von Leopolds Rücktritt, und das Problem, das so plötzlich zum Krieg zu führen gedroht hatte, schien beseitigt.<sup>1</sup> „Mir ist ein Stein vom Herzen“, hatte er bereits am Vortag seiner Gemahlin geschrieben, als er aus Sigmaringen erstmals telegrafisch von dem Verzicht erfahren hatte. „Aber, schweige gegen jedermann, damit die Nachricht nicht zuerst von uns kommt, und ich sage daher auch nichts an Benedetti, bis wir morgen [die briefliche Bestätigung] in Händen haben werden. Jetzt ist es also um so wichtiger, daß auch Du heute noch absichtlich betonen muß, daß ich alles den Hohenzollern überließe, wie bei der Annahme, so jetzt bei einem zu fassenden Entschluß.“<sup>2</sup>

Es sah aus, als sei das Schlimmste überstanden. Sowohl Benedetti als auch Bismarck würden zufrieden sein: Der eine, weil die Sigmaringer nicht auf der Kandidatur bestanden hatten, nachdem Frankreich Sturm dagegen gelaufen war; der andere, weil es allen Befürchtungen zum Trotz nicht notwendig werden würde, dass der König sich zum Überbringer der Nachricht machte. Es stand ja bereits in der Zeitung. Das Extrablatt der „Kölnischen“ ließ König Wilhelm umgehend Benedetti bringen, und günstigerweise kam der Bote mit der Antwort zurück, dass der Botschafter die Neuigkeit am Vorabend bereits offiziell aus Paris erhalten habe.<sup>3</sup> Der König wollte nun so tun, als sei jedermann früher unterrichtet als er selbst und ließ dieses Vorhaben Bismarck mitteilen, dessen Sorge er aus den dringenden Telegrammen vom Vorabend kannte.<sup>4</sup> Er wusste auch, dass der Ministerpräsident inzwischen eine Beurlaubung des Botschafters in Paris wünschte, bis man eine genugtuende Erklärung für den verbalen Angriff der französischen Regierung erhielt,<sup>5</sup> nicht aber, dass Bismarck im Verlauf des Tages noch weiter zum Gegenschlag ausholen würde. Mit der Beurlaubung Werthers erklärte er sich einverstanden, wollte nur den Bericht abwarten, den dieser über seine Unterredung mit Gramont angekündigt hatte.<sup>6</sup>

Entspannt ging der König auf Benedetti zu, als er ihm auf dem Rückweg von der gewohnten Morgenpromenade gegen zehn Uhr in der Nähe des Direktionsgebäudes be-

<sup>1</sup> Die [Emser] Version, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 842a, II, 38.

<sup>2</sup> König Wilhelm an Königin Augusta, 12.7., Becker, Bd. 2, Nr. 820, 577-579, hier 578f.

<sup>3</sup> König Wilhelm an Königin Augusta, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 848, 45f., hier 45. Vgl. auch Fester, Heft 2, Nr. 497, 116 sowie Gramont an Benedetti, 12.7., OD, Bd. 28, Nr. 8428, 255.

<sup>4</sup> Abeken an Bismarck, 13.7., Lord, Nr. 159, 218. Am Vortag hatte der König auch mit dem Gedanken gespielt, sich die Neuigkeit von Benedetti „melden zu lassen“, vgl. Abeken an Bismarck, 12.7., Lord, Nr. 141, 202f., hier 203.

<sup>5</sup> Vgl. Bismarck an Abeken, 12.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1601, 360.

<sup>6</sup> Abeken an Bismarck, 13.7., Lord, Nr. 159, 218. Vgl. auch Werther an Abeken, 12.7., Lord, Nr. 146, 204.

gegnete.<sup>7</sup> Er hatte nicht vorgehabt, den Botschafter vor der Ankunft von Innenminister Eulenburg, der stellvertretend für Bismarck nach Ems unterwegs war, zu sehen;<sup>8</sup> aber, so Wilhelm I. später, es habe keinen Grund gegeben, Benedetti auszuweichen, weshalb er ihn angesprochen habe.<sup>9</sup> Der König ging davon aus, dass der französische Botschafter seine Erleichterung über den Verzicht teilen würde, und es schien wohl auch wie eine gute Gelegenheit, ein wenig den Ahnungslosen zu spielen.

Das Gespräch entwickelte sich anders als erwartet. Benedetti hatte den Auftrag, ihn um zwei Dinge zu bitten: Erstens den Verzicht ausdrücklich gutzuheißen und zweitens die Kandidatur nicht erneut zu gestatten.<sup>10</sup> Das erste hatte Wilhelm I. bereits bei Benedettis Ankunft vier Tage zuvor in Aussicht gestellt, wenigstens andeutungsweise.<sup>11</sup> Was in Paris jedenfalls wörtlich genommen worden war, war die Ankündigung, den Entschluss des Thronanwärters der französischen Regierung mitzuteilen.<sup>12</sup> Nach dem Verzicht, der ja das Wichtigste für Frankreich sein musste, schien dem König dies nun zweitrangig, und Benedetti lief die Zeit davon. Sein Vorgesetzter wollte bereits seit Tagen nicht einsehen, weshalb Wilhelm sich zu der Angelegenheit nicht äußerte.<sup>13</sup> Nun sah es so aus, als würde es auch bis zur nächsten Sitzung des Corps législatif keine Stellungnahme geben.<sup>14</sup> Sobald Bismarck in Ems sein würde (Benedettis diesbezügliche Information stammte noch vom Vortag), war mit Erfolg ohnehin kaum noch zu rechnen.<sup>15</sup> Also hatte Benedetti sich am Morgen aus seinem Hotel aufgemacht und in den Kurgarten begeben. Aufgrund der überschaubaren Verhältnisse in Ems konnte er davon ausgehen, dass der König dort auf seinem morgendlichen Spaziergang vorbeikommen und sich möglicherweise die Gelegenheit zu einem Gespräch ergeben würde.<sup>16</sup>

Angesichts dessen, was Bismarck später darüber verbreitete, lohnt es sich, den Inhalt ausführlich und über weite Strecken in direkter Rede wiederzugeben. Der Eindruck, der dadurch

<sup>7</sup> Memorandum König Wilhelms über sein Gespräch mit Benedetti auf der Brunnenpromenade am 13. Juli 1870, 13./14.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, VII, 67-69, hier 67f. Die Zeitangabe (gegen 10 Uhr) ergibt sich aus dieser Darstellung des Königs. Dagegen: 9.10 Uhr gemäß einer Inschrift auf der Brunnenpromenade in Ems, vgl. Benedetti an Gramont, 13.7., OD, Bd. 28, Nr. 8458, 293f., hier 293, Anm. 4. Richard Fester meint: nach 9.30 Uhr, vgl. Fester, Heft 2, Nr. 497, 116.

<sup>8</sup> Vgl. Abeken an Bismarck, 13.7., Lord, Nr. 159, 218.

<sup>9</sup> Vgl. Bismarck an Werthern, 13.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1613, 371, Anm. 2.

<sup>10</sup> Gramont an Benedetti, 12.7., OD, Bd. 28, Nr. 8428, 255.

<sup>11</sup> Benedetti an Gramont, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8355, 151-153, hier 152. Vgl. auch Benedetti an Gramont, 9.7., OD, Bd. 28, Nr. 8357, 155-162, hier 160f. sowie Benedetti an Gramont, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8381, 191f., hier 192.

<sup>12</sup> Vgl. auch Benedetti an Gramont, 11.7., OD, Bd. 28, Nr. 8395, 218f., hier 219 sowie Gramont an Benedetti, 12.7., OD, Bd. 28, Nr. 8421, 251.

<sup>13</sup> Vgl. etwa Gramont an Benedetti, 10.7., OD, Bd. 28, Nr. 8368, 183.

<sup>14</sup> Vgl. Abeken an Bismarck, 13.7., Lord, Nr. 159, 218.

<sup>15</sup> Lord, *Origins of the War of 1870*, 83. Vgl. auch Benedetti an Gramont, 12.7., OD, Bd. 28, Nr. 8430, 256f.

<sup>16</sup> Vgl. den Plan des Kurorts bei Becker (Hg.), *Bismarcks spanische „Diversion“ 1870*, Bd. 3: Spanische „Diversion“, „Emser Depesche“ und Reichsgründungslegende, 2 sowie für eine ausführlichere Beschreibung von Benedettis morgendlicher Aktion Lord, *Origins of the War of 1870*, 84f.

entsteht, soll mit dem Zerrbild kontrastieren, das bei Bismarck entstand und von diesem in Umlauf gebracht wurde. Als Grundlage für die Wiedergabe des Dialogs bietet sich eine Aufzeichnung König Wilhelms an, in der dieser den französischen Wortlaut der Unterhaltung aus dem Gedächtnis zu rekonstruieren suchte.<sup>17</sup> Zur besseren Lesbarkeit wurde das Memorandum allerdings nicht Wort für Wort übersetzt, Auslassungen und stilistische Anpassungen nicht einzeln gekennzeichnet. Für den vollständigen Text sei auf die Vorlage verwiesen.

Aus Sicht des Königs spielte sich die Szene ungefähr so ab: Er reichte dem Botschafter die Hand und sagte: „Ich bin erfreut Sie zu treffen. So kann ich Ihnen persönlich für die wichtige Mitteilung danken, die Sie mir soeben haben machen lassen. Sie sehen, im Augenblick sind Sie besser informiert als ich, denn ich selbst habe die gute Neuigkeit noch gar nicht erhalten – nur ein vertrauliches Telegramm, in dem es heißt, es sehe so aus, als würde Prinz Leopold auf die Krone verzichten. Nun ist die Affäre also beendet, die unsere beiden Länder zu entzweien drohte, aufgrund der Art und Weise, wie man sie bei Ihnen aufgefasst hat.“ Benedetti: „Gewiss, Majestät, es ist eine sehr gute Nachricht und wir können uns nur beglückwünschen. Allerdings war es der Vater, der im Namen des Sohns gesprochen hat, also muss man noch abwarten, bis Letzterer seinen Verzicht bestätigt.“ Der König darauf, etwas ernüchtert: „Das scheint mir aber verletzend für den Fürsten zu sein, der doch eine so wichtige Entscheidung nur in Übereinstimmung mit dem Sohn publik gemacht haben kann.“<sup>18</sup> (In Ermangelung eines ausführlichen Schreibens wusste König Wilhelm zu diesem Zeitpunkt noch nicht mit Gewissheit, dass Erbprinz Leopold auch im Augenblick der Entscheidung nicht zugegen gewesen war.<sup>19</sup>) „Im Übrigen verfüge ich noch nicht über die unmittelbaren und offiziellen Mitteilungen aus Sigmaringen, die ich wahrscheinlich im Laufe des Tages erhalten und Ihnen mitteilen werde.“<sup>20</sup>

Zur seiner Überraschung versuchte Benedetti ihn daraufhin zu einer Garantieerklärung zu bewegen. Der Botschafter: „Aber man könnte das Fehlen einer Stellungnahme des Erbprinzen dadurch ausgleichen, dass Eure Majestät sich verpflichten, es niemals zu gestatten, dass dieser die Krone neuerlich akzeptiert, falls sie ihm wieder angeboten wird.“ Der König, überrumpelt: „Da verlangen Sie eine Erklärung von mir, die ich unmöglich abgeben kann. So schwerwiegende Fragen stellen sich immer wieder in neuem Zusammenhang, da kann man sich nicht im

<sup>17</sup> Memorandum König Wilhelms über sein Gespräch mit Benedetti auf der Brunnenpromenade am 13. Juli 1870, 13./14.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, VII, 67-69. Ob dieses Memorandum noch am Abend oder erst am darauffolgenden Tag aufgesetzt wurde, steht nicht fest, vgl. König Wilhelm an Königin Augusta, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 848, 45f., hier 45, Anm. 3.

<sup>18</sup> Memorandum König Wilhelms über sein Gespräch mit Benedetti auf der Brunnenpromenade am 13. Juli 1870, 13./14.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, VII, 67-69, hier 68.

<sup>19</sup> Vgl. Bismarck an König Wilhelm (Immediattelegramm), 12.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1597, 358, Anm. 1.

<sup>20</sup> Memorandum König Wilhelms über sein Gespräch mit Benedetti auf der Brunnenpromenade am 13. Juli 1870, 13./14.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, VII, 67-69, hier 68.

Voraus die Hände binden. Im Übrigen bin ich überzeugt, dass der Prinz kein zweites Mal an ein solches Unterfangen denken wird, wissend, welche Komplikationen es hervorruft.“ Als Benedetti deutlich machte, dass dies der französischen Regierung als Sicherheit nicht genüge, versuchte der König anhand eines mehr oder weniger einleuchtenden Vergleichs – das aufgelöste und wieder erneuerte Verlöbnis eines Brautpaares – zu erklären, weshalb er eine derartige Verpflichtung nicht eingehen könne. Und weiter: „Wer sagt denn, dass nicht in einiger Zeit Kaiser Napoleon selbst der Meinung ist, der Prinz von Hohenzollern sei der beste Kandidat für den spanischen Thron? Was sollte ich dann wohl machen, wenn ich die formellen Verpflichtungen eingegangen bin, die Sie da von mir verlangen?“<sup>21</sup> Was Wilhelm I. meinte, war, dass er sich in einem solchen Fall nicht nur gegen die eigenen Verwandten, sondern auch gegen den Kaiser stellen musste, weil er die Kandidatur für immer verboten haben würde.<sup>22</sup> Benedetti: „Aber das wird doch niemals passieren. Die öffentliche Meinung ist zu sehr gegen diese Kandidatur, als dass der Kaiser je daran denken könnte, sie wieder aufleben zu sehen. Die Unruhe in meinem Land wächst von Stunde zu Stunde, und es ist alles zu befürchten, wenn Eure Majestät uns nicht die erbetene Zusicherung geben.“<sup>23</sup>

Die Unterhaltung endete recht unvermittelt. Der König: „Mit demselben Recht, mit dem Sie versichern, dass der Kaiser niemals auf die Hohenzollern-Kandidatur zurückkommen wird, kann ich versichern, dass die Mitteilung des Fürsten Vaters die Frage für immer erledigt.“ Benedetti machte eine kurze Pause und fragte dann gemäß König Wilhelm (offenbar, indem er an dessen Worte „versichern“ und „für immer erledigt“<sup>24</sup> anschloss): „Gut, Majestät, ich kann also meiner Regierung schreiben, dass Eure Majestät es dem Prinzen nicht gestatten werden, die Kandidatur wieder aufzugreifen?“ Zitat des Königs: „Ich trat bei diesen Worten einige Schritte zurück und sagte in sehr ernstem Tone: ‚Mir scheint, Herr Botschafter, ich habe so klar und deutlich erläutert, dass ich eine derartige Erklärung nie abgeben könnte, dass ich nichts mehr hinzuzufügen habe.‘ Dabei zog ich meinen Hut ab und ging fort.“<sup>25</sup>

Benedettis Version weicht in einigem von der Darstellung des Königs ab. Der Botschafter, der das Gespräch in seinem Tagesbericht für Gramont ebenfalls ausführlich behandelt,

<sup>21</sup> Ebd. 68f.

<sup>22</sup> Vgl. auch König Wilhelm an Königin Augusta, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 848, 45f., hier 45.

<sup>23</sup> Memorandum König Wilhelms über sein Gespräch mit Benedetti auf der Brunnenpromenade am 13. Juli 1870, 13./14.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, VII, 67-69, hier 69.

<sup>24</sup> Es wird sich nicht rekonstruieren lassen, wie die Worte des Königs im Einzelnen lauteten. Eigenen Angaben zufolge hatte er unter Verwendung eines bei genauer Betrachtung etwas verwirrenden Konjunktivs gesagt: „... je *pourrais* assurer moi, que la communication faite par le Prince père, a vidé pour jamais la question de cette candidature“, ebd. (Hervorhebung nicht im Original, Interpunktion laut Vorlage). Was sollte Benedetti mit dieser hypothetischen Aussage anfangen?

<sup>25</sup> Ebd.

schreibt nicht, dass er eingangs die Verlässlichkeit des Verzichts infrage gestellt habe. Im Gegenteil: Als der König ihn erneut damit abfinden wollte, dass das Schreiben aus Sigmaringen abzuwarten sei, will er erwidert haben, dass der Verzicht des Erbprinzen nicht mehr zweifelhaft sein könne, seit der Vater den spanischen Botschafter darüber informiert habe, und dass deshalb nichts gegen eine sofortige Äußerung des Königs spreche.<sup>26</sup> Der König umgekehrt erwähnt nicht, dass Benedetti in dem Bestreben, alles zu versuchen, ihn auch als Oberhaupt der Familie angesprochen haben dürfte, da es ihm in dieser Eigenschaft eher möglich sein werde, eine Verpflichtung für die Zukunft einzugehen. Aussagen, wie dass die Affäre auch ihm zu große Sorgen bereitet habe, als dass er sie nicht für immer erledigt wissen wolle, fehlen beim König, und Benedetti will sogar noch Defensiveres vernommen haben, nämlich dass er, Wilhelm, bestimmt keine versteckte Absicht hege.<sup>27</sup>

Auffallend ist vor allem, dass der Botschafter das Ende der Konversation weniger dramatisch schildert. Was steckt dahinter? Wollte er seinem Vorgesetzten in Paris nicht den Eindruck vermitteln, den Gesprächspartner brüskiert zu haben? Oder den Eindruck vermeiden, seinerseits vom Gesprächspartner brüskiert worden zu sein? Der König, so Benedetti neutraler, habe die Unterhaltung auf der öffentlichen Promenade bald beendet und sein Bedauern darüber ausgedrückt, dieses neue und unerwartete Zugeständnis nicht machen zu können.<sup>28</sup> Verkannte Benedetti die Situation? Ein Indiz dafür wäre, dass er nach der Begegnung ungebroschen davon ausging, auf die Garantieforderung zurückkommen zu können, sobald er wegen des Schreibens wieder gerufen werden würde.<sup>29</sup>

Der König jedenfalls war irritiert; eigentlich mehr überrascht als irritiert. Zu Abekens Information notierte er: Benedetti habe ihn auf der Promenade abgefangen und auf „zuletzt sehr zudringliche Art“ eine Verpflichtung für die Zukunft verlangt.<sup>30</sup> Er beschrieb die Forderung und fügte hinzu, dass er den Botschafter „zuletzt etwas ernst“ zurückgewiesen habe.<sup>31</sup> Auf Grundlage dieser Notiz informierte Abeken den soeben auf dem Bahnhof eingetroffenen Innenminister, und beide besprachen den Vorfall im Anschluss mit dem König.<sup>32</sup> Spätere Stellungnahmen lassen den Schluss zu, dass Wilhelm I. weniger über Benedetti verärgert war

<sup>26</sup> Benedetti an Gramont, 13.7., OD, Bd. 28, Nr. 8481, 314-318, hier 316.

<sup>27</sup> Ebd.

<sup>28</sup> Ebd. 317. Etwas abrupter allerdings im bald nach dem Gespräch abgeschickten Telegramm, vgl. Benedetti an Gramont, 13.7., OD, Bd. 28, Nr. 8458, 293f., hier 294.

<sup>29</sup> Benedetti an Gramont, 13.7., OD, Bd. 28, Nr. 8459, 294.

<sup>30</sup> Abekens „Depesche aus Ems“ an Bismarck, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, I, 58-61, hier 58f.

<sup>31</sup> Ebd. 59f. Es folgten weitere Einzelheiten über die Unterredung, die von Abeken aber nicht in das Telegramm an Bismarck aufgenommen wurden, vgl. ebd. 60, Anm. aa.

<sup>32</sup> Tagebuch Innenminister zu Eulenburg, zum 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 852, 55f., hier 55. Vgl. auch „Bismarck vor dem Krieg“ – aus einem Artikel der „Augsburger Abendzeitung“ Nr. 195 vom 17. Juli 1895, Becker, Bd. 3, Nr. 834, Appendix II, 25-29, hier 26f.

als über die unerwartete Forderung der französischen Regierung.<sup>33</sup> Auch wenn er sich am Nachmittag in einem Brief an Königin Augusta darüber echauffierte, dass Benedetti „immer dringender und fast impertinent“ geworden sei.<sup>34</sup> Beide kannten den routinierten Diplomaten seit Jahren, Benedetti leitete die französische Mission in Berlin seit 1864.<sup>35</sup> Statt zufrieden zu sein, so Wilhelm, sei er scheinbar instruiert gewesen, ihm diese Forderung „abzupressen“.<sup>36</sup>

Nachdem Eulenburg und Abeken ihm dazu geraten hatten, wurde der Botschafter nicht mehr empfangen, sondern nur mehr über einen Adjutanten kommuniziert.<sup>37</sup> Dreimal ging der Adjutant im Verlauf des Nachmittags in Benedettis Hotel:<sup>38</sup> Einmal mit der Nachricht, dass das zwischenzeitlich eingetroffene Schreiben des Fürsten Karl Anton<sup>39</sup> die Bestätigung dessen enthalte, was der Botschafter über die Verzichtleistung des Erbprinzen bereits am Morgen gewusst habe, und dass der König die Sache damit als erledigt ansehe;<sup>40</sup> ein zweites Mal auf Nachhaken Benedettis mit der Autorisation, den Verzicht im Namen des Königs ausdrücklich gutheißen zu dürfen (ein Zugeständnis, das Gramont und Benedetti letztlich nur ihrer Hartnäckigkeit zu verdanken hatten);<sup>41</sup> und ein drittes Mal, nachdem der Botschafter in Betreff der Garantieforderung um eine weitere Audienz angesucht hatte.<sup>42</sup>

Wilhelm ließ den Adjutanten den Entschluss der Verwandtschaft wiederholt und „vorbehaltslos“ (so Benedetti) billigen,<sup>43</sup> lehnte es aber ab, das Thema Garantie ein weiteres Mal zu diskutieren. Mehr könne er nicht tun, ließ er – um Verständnis werbend – ausrichten.<sup>44</sup> Ge-

<sup>33</sup> Vgl. Eberhard Graf zu Solms-Sonnenwalde „Memoiren“, Bd. III, Becker, Bd. 3, Nr. 882, 139f. sowie Aufzeichnungen von Philipp zu Eulenburg, mit einer Niederschrift des Gesandten Graf Nigra über ein Gespräch mit Kaiser Wilhelm I. am 16. Juni 1876 über die Emser Vorgänge am 13./14. Juli 1870, Becker, Bd. 3, Nr. 951, 286-291, hier 288f. Vgl. auch Darstellung König Wilhelms der Gespräche mit Benedetti in Reaktion auf deren Manipulation durch die „Emser Depesche“, 14.-17.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, VIII, 70-72, hier 72, Anm. 5.

<sup>34</sup> König Wilhelm an Königin Augusta, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 848, 45f., hier 45.

<sup>35</sup> Vgl. Becker (Hg.), Bismarcks spanische „Diversions“ 1870, Bd. 3: Spanische „Diversions“, „Emser Depesche“ und Reichsgründungslegende, 546.

<sup>36</sup> König Wilhelm an Königin Augusta, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 848, 45f., hier 45.

<sup>37</sup> Abekens „Depesche aus Ems“ an Bismarck, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, I, 58-61, hier 60f.

<sup>38</sup> Dort hielt sich der Botschafter aller Wahrscheinlichkeit nach auf, vgl. Benedetti an Gramont, 13.7., OD, Bd. 28, Nr. 8481, 314-318, hier 317f.

<sup>39</sup> Siehe Kapitel 5 (Anm. 48). Der Brief war wohl gegen 10 Uhr in Ems eingetroffen, vgl. „Bismarck vor dem Krieg“ – aus einem Artikel der „Augsburger Abendzeitung“ Nr. 195 vom 17. Juli 1895, Becker, Bd. 3, Nr. 834, Appendix II, 25-29, hier 27, Anm. 5. Freilich bestätigte er im Wesentlichen nur die Telegramme des Vortags, schuf aber immerhin Klarheit über die immer noch fortdauernde Abwesenheit des Erbprinzen.

<sup>40</sup> Bericht des Oberst-Lieutenants und Flügeladjutanten Prinz Radziwill über seine drei Missionen bei Benedetti am 13. Juli, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, VI, 65-67, hier 65f.

<sup>41</sup> Ebd. 66 sowie in der Formulierung wohl authentischer in Benedettis Parallelüberlieferung, vgl. Benedetti an Gramont, 13.7., OD, Bd. 28, Nr. 8469, 306 sowie Benedetti an Gramont, 13.7., OD, Bd. 28, Nr. 8481, 314-318, hier 317f. Zur Erlangung dieses Zugeständnisses hätte es möglicherweise genügt, den König am 13. Juli beharrlich und ausschließlich an die diesbezügliche Ankündigung zu erinnern.

<sup>42</sup> Bericht des Oberst-Lieutenants und Flügeladjutanten Prinz Radziwill über seine drei Missionen bei Benedetti am 13. Juli, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, VI, 65-67, hier 66f.

<sup>43</sup> „approbation entière et sans réserve“, vgl. Benedetti an Gramont, 13.7., OD, Bd. 28, Nr. 8470, 306f.

<sup>44</sup> Ebd. 307. Um Verständnis werbend? Inzwischen war Werthers Bericht aus Paris eingetroffen, der den König mit der darin enthaltenen Idee eines offenen Briefs an Kaiser Napoleon zur Beschwichtigung der französischen Nation aus der Fassung gebracht und für weitere Konzessionen wohl noch unzugänglicher gemacht hatte, vgl.

messen an der Verfassung des Norddeutschen Bunds tat er bereits zuviel. Ernst Rudolf Huber hat darauf hingewiesen, dass der preußische König im Rahmen seiner Präsidialkompetenz im Norddeutschen Bund nicht das Recht hatte, dem ausdrücklichen Rat des Bundeskanzlers zuwiderzuhandeln, insbesondere im Bereich der auswärtigen Politik. Es stand ihm frei, den Kanzler zu wechseln, aber dass er die Approbation des Verzichts entgegen Bismarcks explizitem Ratschlag<sup>45</sup> aussprach, sei, so Huber, ein Rückfall in das verfassungswidrige persönliche Regiment gewesen.<sup>46</sup> Man darf davon ausgehen, dass der König meinte, im Interesse des Friedens so handeln zu müssen. Die Nachdrücklichkeit, mit der er seine Billigung wiederholen ließ, spricht ebenso dafür wie die Tatsache, dass er Benedetti bereits nach Eintreffen des fürstlichen Schreibens gegen besseres Wissen hatte mitteilen lassen, Erbprinz Leopold habe seinen Vater zu dem Verzicht ermächtigt.<sup>47</sup> Der König schliff die Kanten der Realität, wo es ihm nötig schien, um die Sache ein für alle Mal friedlich beizulegen.

In der Zwischenzeit hatte er seine Notiz über die morgendliche Begegnung an Bismarck in Berlin schicken lassen.<sup>48</sup>

Dieser wusste – obwohl es bald Abend wurde – immer noch nicht genau, wie die weiteren Schritte der französischen Regierung nach dem Kandidaturverzicht aussahen. Er hatte sich inzwischen wieder mit Roon und Moltke beraten. Resultat war ein Telegramm, mit dem er die seit dem Vorabend schrittweise eingeleitete Gegenoffensive eröffnen wollte. Bismarck teilte dem König seine Absicht mit, „eine Aufforderung *ulti...*“ (das halbe Wort strich er wieder, Anm.) an Frankreich zu richten, sich über seine „Intentionen gegen Deutschland [sic statt Preußen]“ zu erklären.<sup>49</sup> Diese Maßnahme hatte er einige Stunden zuvor dem britischen Botschafter in Aussicht gestellt, für den Fall, dass Frankreich nicht einlenken sollte.<sup>50</sup> Nun, da es aufgrund von Telegrammen verschiedener Provenienz<sup>51</sup> so aussah, als wäre das nicht der Fall, schlug er sie tatsächlich vor und begründete sie einmal mehr mit der wachsenden Entrüstung der deutschen Öffentlichkeit. Für ihn stand fest, dass – unabhängig davon, welche

---

*Lord*, *Origins of the War of 1870*, 92f. sowie König Wilhelm an Königin Augusta, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 849, 46-48, hier 46f.

<sup>45</sup> Siehe etwa Kapitel 6 (Anm. 14 u. 15).

<sup>46</sup> Vgl. Becker, Bd. 3, Nr. 854, Appendix III, 82-86, hier 84.

<sup>47</sup> Bericht des Oberst-Lieutenants und Flügeladjutanten Prinz Radziwill über seine drei Missionen bei Benedetti am 13. Juli, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, VI, 65-67, hier 66.

<sup>48</sup> Abekens „Depesche aus Ems“ an Bismarck, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, I, 58-61.

<sup>49</sup> Bismarck an König Wilhelm (Immediattelegramm), 13.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1611, 367f., hier 368. Vgl. auch *Walder*, *Emscher Depesche*, 71f., dort inklusive des durchgestrichenen Teilworts, sowie Bismarck an König Wilhelm, 13.7., *Lord*, Nr. 181, 228f., dort mit einem zusätzlichen, letztlich nicht abgesandten Absatz über die „schleunige Einberufung des norddeutschen Reichstags“.

<sup>50</sup> Siehe Kapitel 6 (S. 71).

<sup>51</sup> Siehe Kapitel 6 (S. 74).

„Anmaßungen“ (Bismarck) von Frankreich jetzt noch kommen mochten – Preußen als Schutzmacht Deutschlands auftreten musste, wollte es nicht in seinem Ansehen geschmälert aus der Krise hervorgehen.<sup>52</sup> Die Abfassung einer Aufforderung an die französische Regierung würde für den König zudem einen Grund darstellen, nach Berlin zurückzukehren, in den Kreis seiner „amtlichen u[nd] natürlichen Rathgeber“.<sup>53</sup> Das war opportun, denn mit jedem Tag in Ems schien die Gefahr zu steigen, dass Benedetti einen über den Kandidaturverzicht hinausreichenden Erfolg erzielte.<sup>54</sup>

Da traf das Telegramm des Königs ein. Sein weiteres Schicksal ist so bekannt, dass es eine Monografie eigens darüber gibt.<sup>55</sup> Die Zeilen, die dem zur Offensive schreitenden Kanzler nach der Entzifferung überbracht wurden, lauteten wie folgt: „Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ... daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Candidatur zurückkämen. Ich wies ihn, zuletzt etwas ernst, zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. (...)“<sup>56</sup> Dazu Abekens brisante, inzwischen allerdings unvollständige Informationen: Seither habe der König ein Schreiben des Fürsten bekommen. „Mit Rücksicht auf die obige Zumuthung“, so Abeken, habe der König auf Graf Eulenburgs und seinen Vortrag hin beschlossen, Benedetti, dem das Schreiben angekündigt gewesen sei, nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen, dass er jetzt die Bestätigung der Nachricht, die Benedetti aus Paris schon gehabt habe, erhalten und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe. Schluss: Der König stelle es Bismarck anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich den Gesandten und in der Presse mitgeteilt werden solle.<sup>57</sup>

Es ist davon auszugehen, dass Bismarck nicht eine Sekunde lang überlegte, auf die französische Garantieforderung einzugehen, sondern sofort beschloss, sie national und international gegen Frankreich zu verwenden. Aus seiner Sicht war das Faß übergelaufen. Wenn man auch Süddeutschland und die anderen Mächte dazu bringen konnte, es so zu sehen, war das besser, als selbst mit einer internationalen Anfrage hervorzutreten. Denn das Verständnis

<sup>52</sup> Vgl. auch die Vorbemerkung zu Bismarck an die Missionen in Dresden, München, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt, Hamburg, Weimar, 13.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1612, 368-371, hier 370.

<sup>53</sup> Bismarck an König Wilhelm (Immediattelegramm), 13.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1611, 367f., hier 368.

<sup>54</sup> Vgl. ebd. 367f.

<sup>55</sup> Walder, Emser Depesche (wie Kapitel 5, Anm. 36).

<sup>56</sup> Abekens „Depesche aus Ems“ an Bismarck, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, I, 58-61, hier 58-60. Vgl. auch Walder, Emser Depesche, 15 u. 24f., dort mit der Interpunktionsvariante „Ich wies ihn zuletzt, [sic] etwas ernst, zurück ...“.

<sup>57</sup> Abekens „Depesche aus Ems“ an Bismarck, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, I, 58-61, hier 60f.

für Bismarcks Wunsch, den Konflikt nicht als Verlierer zu beenden, würde schon wegen der Kriegsgefahr, die das mit sich brachte, sehr bald an Grenzen stoßen. Ein französischer Überfall dagegen – das hatte der Ministerpräsident bereits am 10. Juli geschrieben – würde die politische Lage Preußens „günstig“ gestalten.<sup>58</sup>

Der Boden dafür war bereitet. Aus Stuttgart hatte es am Nachmittag von offizieller Seite geheißen, die neuen Forderungen (sic Mehrzahl) Gramonts müssten das nationale Gefühl in Württemberg tief verletzen und gegen Frankreich aufbringen. Außenminister Varnbüler habe den französischen Gesandten ermächtigt, dies der Regierung in Paris mitzuteilen und auch seinem bayerischen Kollegen geschrieben.<sup>59</sup> Anders als zum Zeitpunkt des Telegrammeingangs wusste Bismarck nun, welche „Forderungen“ gemeint gewesen waren. Was England betraf, so war von Granville zwar ein Ende der Kandidatur gewünscht worden, dessen Mann in Paris bemühte sich jedoch, die französische Regierung von „extremen Entschlüssen“ abzuhalten.<sup>60</sup> Der russische Reichskanzler Gortschakow schließlich hatte soeben nach Paris telegraphiert, dass ihm für weitere Ansprüche Frankreichs nach dem Verzicht das Verständnis fehlen würde, und Bismarck darüber in Kenntnis gesetzt.<sup>61</sup>

Auf Basis des königlichen Telegramms formulierte Bismarck eine Nachricht für Regierungen und Presse – wie König Wilhelm es angeregt hatte –, und brachte darin wirkungsvoll zum Ausdruck, dass die Ansprüche der französischen Regierung überzogen seien.<sup>62</sup> Dazu betonte er zunächst die angebliche offizielle Mitteilung der spanischen Regierung betreffend den Verzicht des Kandidaten: „Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der Kaiserlich Französischen Regierung von der Königl. Spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, ...“.<sup>63</sup> Sodann gab er das Ansinnen Frankreichs wieder, wie es ihm telegraphiert worden war: „... hat der Französische Botschafter in Ems an S. Maj. den König noch die Forderung gestellt, ... [etc.]“.<sup>64</sup> Durch den Aufbau des Satzes war gewähr-

<sup>58</sup> Siehe Kapitel 4 (Anm. 34).

<sup>59</sup> Radolinski an Bismarck, 13.7., Lord, Nr. 161, 219.

<sup>60</sup> Bernstorff an Bismarck, 12.7., Lord, Nr. 136, 200f., hier 200.

<sup>61</sup> Vgl. Gortschakow an Zar Alexander, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 850A, 53 und die Anmerkungen dort. Am Nachmittag hatte Gortschakow vorgeschlagen, die Großmächte könnten König Wilhelm für die Friedensliebe danken, die er den provokanten Äußerungen der französischen Regierung gegenüber unter Beweis gestellt habe. Der Vorschlag war von Bismarck begeistert aufgenommen worden. Denn so wäre der unerwünscht konzilianten Haltung des Königs doch noch etwas Positives abzugewinnen gewesen. Vgl. Gortschakow an Zar Alexander, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 849B, 50f., hier 51.

<sup>62</sup> Bismarcks „Emser Depesche“, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, II, 58-60. Für die hier nicht näher zu diskutierende Frage, ob die Redaktion des Texts eigenhändig und noch in Gegenwart von Roon und Moltke vorgenommen wurde, vgl. ebd. 59, Anm. 2 sowie Bismarck's Revision of the „Ems Telegram“, 13.7., Lord, Nr. 187, 231-233, hier 231f., Anm. 3.

<sup>63</sup> Bismarcks „Emser Depesche“, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, II, 58-60, hier 58f. Tatsächlich hatte die Information des spanischen Botschafters in Paris, wie Bismarck wusste, nicht von der Regierung in Madrid gestammt, sondern unmittelbar von Fürst Karl Anton, vgl. Abeken an Bismarck, 12.7., Lord, Nr. 141, 202f., hier 202.

<sup>64</sup> Bismarcks „Emser Depesche“, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, II, 58-60, hier 59f.

leistet, dass die Garantieforderung, die Bismarck nun inhaltlich unverändert wiedergab, von vornherein in keinem günstigen Licht stand.

Zugleich – und das war vor allem für die preußische und die deutsche Öffentlichkeit bestimmt – wurde die Weigerung des Königs, sie zu erfüllen, überaus energisch und entschlossen dargestellt. Wo Abeken von einem „Schreiben des Fürsten“ berichtet hatte, von einem Beschluss, „den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen“, einem „Adjutanten“ usw.,<sup>65</sup> formulierte Bismarck – seinem Informationsstand entsprechend nicht falsch, aber bewusst knapp und in den Synonymen drastisch: „Seine Maj. der König hat es darauf abgelehnt [!], den Franz. Botschafter nochmals [!] zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst [!] sagen lassen, daß S. Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen [!] habe.“<sup>66</sup>

Das Resultat erschien noch am Abend in einem Extrablatt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“,<sup>67</sup> wurde öffentlich angeschlagen und in der Nacht an die Gesandtschaften überall in Deutschland und in Europa verschickt.<sup>68</sup> Von einem Schreiben des Fürsten an den König, wie in der Vorlage, kein Wort, auch nicht darüber, dass Benedetti ein solches angekündigt gewesen sei. Nichts, was auf vergangene oder zukünftige Verhandlungsbereitschaft des Königs hindeutete. Dass Wilhelm I. den Verzicht inzwischen approbiert hatte, wusste Bismarck gar nicht, die Information durch Abeken reichte nur bis zur ersten Mission des Adjutanten.<sup>69</sup> Aber indem er Benedetti überhaupt entgegengekommen war, hatte der König sich bereits anders verhalten, als der Kanzler es für richtig gehalten hätte, und das ließ sich jetzt nur noch durch den drastischen Schritt korrigieren, ausschließlich dem genehmen Teil von Wilhelms Verhalten Publizität zu verleihen, und zwar größtmögliche. Der kurze Text von nur zwei Sätzen gab vor, die Ereignisse in Ems wiederzugeben, war aber eher die Schnittmenge von Abekens unvollständiger Information und Bismarcks unerfüllten Wünschen.

<sup>65</sup> Abekens „Depesche aus Ems“ an Bismarck, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, I, 58-61, hier 60f.

<sup>66</sup> Bismarcks „Emser Depesche“, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, II, 58-60, 60.

<sup>67</sup> Vgl. *Walder*, Emser Depesche, 19f. Für den genauen Zeitpunkt der Veröffentlichung (ob 21, 22, oder 23 Uhr) vgl. ebd. 19, Anm. 2 sowie Le Sourd an Gramont, 14.7., OD, Bd. 28, Nr. 8490, 334.

<sup>68</sup> „Erste und zweite Expedition“ der „Emser Depesche“ an die preußischen Gesandten in Dresden, München, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt, Hamburg und Weimar sowie an die norddeutschen Regierungen, bei denen keine preußischen Gesandten residierten, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, III, 62f. sowie „Dritte Expedition“ der „Emser Depesche“ an die Vertreter des Norddeutschen Bundes in London, St. Petersburg, Florenz, Brüssel, Den Haag, Wien, Bern, Konstantinopel, Madrid, 14.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, IV, 63f.

<sup>69</sup> Huber sieht darin einen weiteren Verfassungsverstoß des Königs, vgl. Becker, Bd. 3, Nr. 854, Appendix III, 82-86, hier 83f. Die Approbation dürfte sich mit der Aufgabe des nachmittäglichen Telegramms an Bismarck aber überschneiden haben, vgl. Abekens „Depesche aus Ems“ an Bismarck, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, I, 58-61, hier 58 sowie Benedetti an Gramont, 13.7., OD, Bd. 28, Nr. 8481, 314-318, hier 318. Der Verstoß fand also wenn, dann erst später statt, und zwar durch die Auslassung in Abekens Telegrammen von 20.20 Uhr und vor allem 22.15 Uhr, vgl. Abeken an Bismarck, 13.7., Lord, Nr. 176, 226 sowie Abeken an Bismarck, 13.7., Lord, Nr. 184, 230.

Die Meldung sollte möglichst authentisch wirken. Zeitungen, die den redigierten Text nach und nach aufgriffen – in Köln, Dresden, Augsburg, auch Bern –, gaben an, die Nachricht stamme aus Ems.<sup>70</sup> Dass sie vor ihrer Verbreitung durch eine Nachrichtenagentur einen „Spin“ im Berliner Auswärtigen Amt erhalten hatte, fiel unter den Tisch. Leider scheint das Original des Extrablatts, in dem die Meldung erstmals veröffentlicht wurde, nicht mehr aufzufinden zu sein.<sup>71</sup> Angeblich erfolgte die Publikation aber schon dort als sogenanntes „Zeitungstelegramm“ aus Ems.<sup>72</sup> So konnte Bismarck später behaupten, man habe die Neuigkeit den Gesandtschaften in der Nacht auf den 14. Juli „nach dem Wortlaute der Zeitungen“ mitgeteilt.<sup>73</sup> Das war der Weg, die Botschaft unter die Leute zu bringen, und dennoch die Verantwortung der preußischen Regierung für die Publikation eines so eklatanten Inhalts – den Abbruch der Verhandlungen mit dem französischen Botschafter – gegenüber Kritikern bestreiten zu können.

An ausgesuchter Stelle fügte der Kanzler noch die Bemerkung hinzu, dass das Verhalten Benedettis provokant gewesen sei (die darauf hindeutenden Formulierungen waren bei der Umgestaltung des Texts weggefallen).<sup>74</sup> „Seine Majestät der König von Bayern“, wisperte er in einem chiffrierten Begleittelegramm für den Gesandten in München, „wird ein Gefühl dafür haben, daß Benedetti den König auf der Promenade wider dessen Willen provocirend angeredet hat, um obige Forderung stellen zu können.“<sup>75</sup> Ein Bearbeiter der gesammelten Werke Bismarcks, Friedrich Thimme, betont, der Kanzler wusste, „von welch’ hohem Gefühl für Herrscherwürde der junge Bayernkönig Ludwig II. beseelt war“.<sup>76</sup> Daher der Auftrag an den Gesandten in München, auf die vermeintliche Unhöflichkeit des französischen Botschafters hinzuweisen. Analoge Instruktionen gingen nach St. Petersburg und London.<sup>77</sup> Es war der Versuch, die Wirkung der Nachricht an drei entscheidenden Stellen zu verstärken: In Bayern, dem größten Staat Süddeutschlands, dem eine Schlüsselrolle in der Haltung des Südens zu

<sup>70</sup> Vgl. *Walder*, Emser Depesche, 19-23.

<sup>71</sup> Vgl. Die „Emser Depesche“ in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, 14.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, V, 64f., hier 64 sowie *Walder*, Emser Depesche, 19.

<sup>72</sup> Vgl. Bismarck an die Missionen in Dresden, München, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt, Hamburg, Weimar, 13.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1612, 368-371, hier 368, Anm. 1.

<sup>73</sup> Zirkularerlaß Bismarcks an die Gesandten des Norddeutschen Bundes in Europa und in Washington sowie an die Missionen innerhalb des Norddeutschen Bundes, 18.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, IX, 72-77, hier 75. Dieselbe Behauptung findet sich bereits teilweise wortgleich in der „National-Zeitung“ vom 16. Juli, vgl. *Walder*, Emser Depesche, 21.

<sup>74</sup> Vgl. Bismarck an Werthern, 13.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1613, 371, Anm. 2.

<sup>75</sup> „Erste und zweite Expedition“ der „Emser Depesche“ an die preußischen Gesandten in Dresden, München, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt, Hamburg und Weimar sowie an die norddeutschen Regierungen, bei denen keine preußischen Gesandten residierten, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, III, 62f., hier 62.

<sup>76</sup> Vgl. Bismarck an Werthern, 13.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1613, 371.

<sup>77</sup> „Dritte Expedition“ der „Emser Depesche“ an die Vertreter des Norddeutschen Bundes in London, St. Petersburg, Florenz, Brüssel, Den Haag, Wien, Bern, Konstantinopel, Madrid, 14.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, IV, 63f.

Preußen zufiel, sowie bei den Flügelmächten Großbritannien und Russland. König Wilhelm, der so bedacht darauf gewesen war, die Wogen zu glätten, hatte übersehen, welcher Eindruck entstehen konnte – und zwar schon bei Bismarck –, wenn er nicht darauf hinwies, dass immerhin er es gewesen war, der Benedetti angesprochen hatte, und zur Beschreibung des Vorfalls in einem letztlich für die Veröffentlichung bestimmten Dokument Ausdrücke wie „fing mich ... ab“ und „auf zuletzt sehr zudringliche Art“ verwendete.<sup>78</sup>

Mit der „Emser Depesche“, wie die verkürzte Version des königlichen Telegramms genannt wird, überschritt Bismarck den Rubikon. „Die Reaktion auf diese ebenso lakonische“, so Bismarck-Biograf Lothar Gall, „wie provozierende Mitteilung, die jede weitere Verhandlung ausschloß, war mit völliger Sicherheit vorauszusehen. Eine solche Ohrfeige konnten Napoleon III. und seine Regierung, wollten sie politisch überleben, nur mit der Kriegserklärung beantworten.“<sup>79</sup> Obwohl vieles dafür spricht, dass die „Emser Depesche“ der französischen Regierung in der Tat eher als Vorwand denn als Grund diente,<sup>80</sup> durfte eine friedliche Entwicklung der Ereignisse jedenfalls von Bismarck kaum noch ernsthaft erwartet werden.<sup>81</sup>

Glaubt man der „Norddeutschen Allgemeinen“, war die Stimmung in Berlin am Abend des 13. und am Morgen des 14. Juli in Reaktion auf die Vorgänge in Ems so aufgeheizt, dass man sagen kann, die agitatorische Absicht ging auf. Die Zeitung berichtete von „allgemeine[r] Entrüstung über das schmäbliche Ansinnen, das Frankreich an uns gestellt“, und von der „patriotische[n] Genugthuung über die würdige Art und Weise, wie Se. Maj. der König dies für die ganze deutsche Nation beleidigende Ansinnen zurückgewiesen“ habe.<sup>82</sup> Das offiziöse Blatt ist als Quelle für die Wirkung der von ihm selbst betriebenen Propaganda aber nicht verlässlich. Vertrauenswürdiger erscheint da das Zeugnis des französischen Geschäftsträgers, der die Angaben der Zeitung zu bestätigen scheint. Le Sourd referierte die Meldung des Extrablatts noch in der Nacht telegrafisch seiner Regierung und fügte hinzu, dass die Neuigkeit

<sup>78</sup> Abekens „Depesche aus Ems“ an Bismarck, 13.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, I, 58-61, hier 58f.

<sup>79</sup> Gall, *Der weiße Revolutionär*, 434. Komplementär zu dieser Aussage vgl. auch William L. Langer, *Red Rag and Gallic Bull. The French Decision for War, 1870*. In: Otto Brunner, Dietrich Gerhard (Hg.), *Europa und Übersee. Festschrift für Egmont Zechlin* (Hamburg 1961) 135-154, hier 151.

<sup>80</sup> Kolb, *Kriegsausbruch 1870*, 136f. u. 140-142.

<sup>81</sup> Vgl. auch die Interpretation des Verfassungshistorikers Huber in Becker, Bd. 3, Nr. 854, Appendix III, 82-86, hier 85f. (Dieser hält die eigenmächtige Entscheidung zum Krieg mithilfe der „Emser Depesche“ übrigens für ebenso verfassungswidrig wie die Schritte des Königs, siehe S. 80f. u. Anm. 69 in diesem Kapitel.) Bismarck hat es in seiner allerdings diskreditierten späteren Erzählung so dargestellt, als sei er fest davon ausgegangen, dass die „Emser Depesche“ die Franzosen zum Angriff reizen würde, vgl. Ritter, *Stadelmann* (Hg.), *Erinnerung und Gedanke*, 310. Thimme sagt dagegen, dass zeitgenössische Äußerungen des Kanzlers eine etwas andere Sprache sprechen würden, vgl. Bismarck an die Missionen in Dresden, München, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt, Hamburg, Weimar, 13.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1612, 368-371, hier 370. Zu Bismarcks Selbstzeugnis vgl. auch William L. Langer, *Bismarck as a Dramatist*. In: Arshag O. Sarkissian (Hg.), *Studies in Diplomatic History and Historiography*. In Honour of G. P. Gooch (London 1961) 199-216. Langer zieht die Schilderungen Bismarcks im Zusammenhang mit der „Emser Depesche“ en gros und en détail in Zweifel.

<sup>82</sup> Die „Emser Depesche“ in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, 14.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, V, 64f.

in der Stadt eine sehr lebhaftere Erregung hervorrufe.<sup>83</sup> Bismarck hatte die „öffentliche Meinung“ wohl nicht ganz falsch antizipiert. Die Bedingungen, unter denen der Krieg sich darbot, waren ihm jedenfalls hochwillkommen. Sie erlaubten ihm neben der Beherrschung der außenpolitischen auch die der innenpolitischen Risiken. Denn, so Gall, was er nicht wollte, war, dass die kleindeutsche Einigung aus einem Akt kollektiver Selbstbestimmung hervorging, mit allen politischen, soll heißen liberalen, Konsequenzen, die das zu haben drohte. Nur ein Krieg, und zwar einer, in dem es nicht vordergründig um die Frage der Reichsgründung ging, konnte zur weitgehend kompromisslosen Angliederung der süddeutschen Staaten an die von Bismarck vorgegebene politische Struktur des Norddeutschen Bundes führen.<sup>84</sup>

War aber der Würfel nicht doch schon am Vorabend – bei dem von Becker so genannten „informellen Kriegsrat“ mit Eulenburg, Roon und Moltke – gefallen? Becker kommt zu dem Schluss – anders als manch klassische Darstellung der Julikrise<sup>85</sup> –, dass der „Emser Depesche“ im Krisenverlauf nur sekundäre Bedeutung zukommt.<sup>86</sup> Auch ohne sie sei eine militärische Konfrontation angesichts der handelnden Personen in Berlin und Paris zu diesem Zeitpunkt unausweichlich gewesen. Steuerte der norddeutsche Bundeskanzler, wie Becker meint, schon (lange) vor Bekanntwerden der französischen Garantieforderung auf den Krieg zu?

Die Antwort auf diese Frage hängt nach Ansicht des Verfassers stark davon ab, wie Bismarck den französischen Kaiser einschätzte. Auf Napoleon III. waren letztlich wohl alle auf Frankreich bezogenen Aktionen seit dem Aufgreifen des spanischen Thronangebots gemünzt. Mehrere Autoren sind der Meinung, dass Bismarck allen Grund zu der Annahme hatte, der Kaiser werde, sobald es hart auf hart kam, vor einem Krieg zurtückscheuen.<sup>87</sup> Laut Herbert Geuss, der sich mit der Beziehung zwischen Bismarck und Napoleon III. als einer der Wenigen gesondert beschäftigt hat, war die Frage, die der norddeutsche Kanzler sich während der Krise stellte, nicht die, wie man den Kaiser der Franzosen am besten zum Angriff reizen konnte, sondern ob dieser sich beugen werde.<sup>88</sup> Noch am Vorabend etwa, als aus London

---

<sup>83</sup> „très vive émotion“, vgl. Le Sourd an Gramont, 14.7., OD, Bd. 28, Nr. 8490, 334. Vgl. ferner Clark, *Bismarck, Russia, and the Origins of the War of 1870*, 206.

<sup>84</sup> Gall, *Bismarcks Süddeutschlandpolitik*, 31f.

<sup>85</sup> Vgl. etwa Lord, *Origins of the War of 1870*, 102 u. 113f. oder Steefel, *Bismarck, the Hohenzollern Candidacy, and the Origins of the Franco-German War*, 200 u. 205f.

<sup>86</sup> Becker, *Franco-Prussian Conflict*, 102f. Vgl. auch Becker (Hg.), *Bismarcks spanische „Diversion“ 1870*, Bd. 1: *Der Weg zum spanischen Thronangebot, LXXVIII*ff., dort mit etwas anderem Akzent. Im Zuge dieser Einschätzung trifft Becker sich erstaunlicherweise mit Kolb, der wegen seiner Betonung der französischen Kriegsverantwortlichkeit freilich aus der Gegenrichtung kommt, vgl. Kolb, *Kriegsausbruch 1870*, 134-136. Vgl. ferner Wetzel, *Duel of Giants*, 159f.

<sup>87</sup> Vgl. etwa Wetzel, *Duel of Giants*, 93f., Dittrich, *Ursachen und Ausbruch des deutsch-französischen Krieges*, 93 sowie Bismarck an Werther, 13.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1604, 361-363, hier 362.

<sup>88</sup> Geuss, *Bismarck und Napoleon III.*, 273.

gemeldet wurde, dass Lord Granvilles Überzeugung zufolge der Krieg „da“ sei, wenn man in Paris nicht „heute“ eine Antwort aus Ems erhalte (der Verzicht war Granville zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt, Anm.), hatte Bismarck geschrieben: „Wie kann er das wissen? Nap[oleon] selbst weiss es nicht.“<sup>89</sup> Angesichts des Bilds, das er sich bei früheren Begegnungen (und in früheren Krisen) von Napoleon III. gemacht hatte, konnte er laut Geuss davon ausgehen, dass dieser in seiner Sorge vor den möglichen Konsequenzen eines Kriegs einerseits, vor der Rache der eigenen Nation andererseits schwer mit sich über die Frage ob Krieg oder Frieden ins Reine kommen würde.<sup>90</sup> Für Bismarck sei der gesamte französische Angriff das Werk Gramonts gewesen. Auch später habe er nicht dem Kaiser die Schuld gegeben, sondern der „Kriegspartei“ am französischen Hof, der dieser bis dahin „glücklich widerstanden“ habe, und deren Einfluss auf Napoleon er, so Geuss, seit dem Jahr 1867 immer mit Sorge beobachtet hatte.<sup>91</sup> Für die Beschäftigung mit der Julikrise 1870 ergibt sich daraus die Frage, für wie realistisch Bismarck ein Einlenken des französischen Kaisers in jeder Phase hielt.

Glaubte er beispielsweise, als er am 12. und 13. Juli nach und nach in die diplomatische Offensive ging, Napoleon III. könnte sich auf die geforderte Wiedergutmachung für die Drohrede seines Außenministers einlassen? Dann müsste der Befund über seine Initiativen in diesem Zeitraum anders ausfallen. Oder war es am Ende zweitrangig für ihn, wie Frankreich auf seine Gegenoffensive reagieren würde, aufgrund eines zum Selbstzweck gesteigerten Ehrbegriffs oder der Siegesgewissheit, die Moltke verströmte? Und was würde das jeweils für seine Rolle seit Beginn der Auseinandersetzung bedeuten? All dies sind Gesichtspunkte, von denen aus die zielbewusst auf den Krieg gerichtete Darstellung Beckers ihre Konturen verlieren würde.

Sollte er tatsächlich noch an die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs geglaubt haben (wenigstens bis zum Eintreffen der Nachricht, dass man sich in Paris mit dem Verzicht nicht zufrieden gab), hatte er sich getäuscht. Am darauffolgenden Tag beschloss die französische Regierung den Krieg. Zwar dauerte es einige Zeit, bis sich der Ministerrat in den Tuileries am Nachmittag des 14. Juli zur Einberufung der Reserven durchrang.<sup>92</sup> Es wurde noch überlegt, ob man sich mit dem Erreichten, insbesondere der ausdrücklichen Bestätigung des Kandidaturverzichts durch den König von Preußen, zufriedengeben sollte. Aufgrund der weitergehenden Forderung, die man gestellt hatte, und die von König Wilhelm im Verein mit

<sup>89</sup> Vgl. Bernstorff an König Wilhelm und das Auswärtige Amt, 12.7., Lord, Nr. 137, 201 u. ebd. Anm. 2 sowie die analoge Äußerung Bismarcks bereits zu einem Telegramm von Solms am 9. Juli (siehe Kapitel 3, S. 42).

<sup>90</sup> Geuss, Bismarck und Napoleon III., 273.

<sup>91</sup> Ebd. 275f. Vgl. auch den Zirkularerlaß Bismarcks an die Gesandten des Norddeutschen Bundes in Europa und in Washington sowie an die Missionen innerhalb des Norddeutschen Bundes, 18.7., Becker, Bd. 3, Nr. 854, IX, 72-77, in dem sich allerdings auch anderslautende Bemerkungen finden.

<sup>92</sup> Vgl. Wetzel, *Duel of Giants*, 166-175.

Bismarck sofort öffentlich abgeschmettert worden war, ließ sich das aber nicht mehr als Erfolg verkaufen.<sup>93</sup> Wegen der nicht erfüllten Garantieforderung entschloss man sich also zum Krieg – in einer eigentümlichen Mischung aus militärischem Überlegenheitsgefühl und Angst vor einem preußischen Mobilmachungsbefehl.<sup>94</sup> Plötzlich tauchte noch die Idee auf, wie man einen Ausweg aus dem innen- und außenpolitischen Dilemma ohne Prestigeverlust finden konnte: Die Einberufung eines europäischen Kongresses als Alternative zur Entscheidung auf dem Schlachtfeld, bei dennoch anhaltender militärischer Bereitschaftsherstellung. So hingekommen der Kaiser zunächst von dieser Lösung war, so unzufrieden waren die Falken um ihn: Gramont, Kriegsminister Le Bœuf, Kaiserin Eugénie, auch Ministerpräsident Ollivier. Ein weiteres Mal wurde die Regierung unter dem Vorsitz des Kaisers versammelt, diesmal in Saint-Cloud. Gegen halb zwölf Uhr nachts war die Entscheidung endgültig.<sup>95</sup>

Nachdem das französische Parlament am 15. Juli mit überwältigender Mehrheit die nötigen Mittel bewilligt hatte – auch Gramont hatte die öffentliche Unterstützung für seine kompromisslose Haltung im Wesentlichen richtig eingeschätzt –, wurde Preußen von der Regierung des Kaisers der Krieg erklärt;<sup>96</sup> ein Krieg, den zur Überraschung fast aller in Europa nicht Frankreich, sondern der Norddeutsche Bund und dessen süddeutsche Verbündete gewannen.<sup>97</sup>

---

<sup>93</sup> Vgl. *Kolb*, *Kriegsausbruch 1870*, 134-136 u. 141f.

<sup>94</sup> Für die tieferen Ursachen der französischen Konfliktbereitschaft vgl. *Radewahn*, *Europäische Fragen im Kalkül der französischen Außenpolitik*, 62f.

<sup>95</sup> Vgl. auch *Lord*, *Origins of the War of 1870*, 114.

<sup>96</sup> Vgl. *Walder*, *Emser Depesche*, 86, 131 u. 146f. sowie *Wetzel*, *Duel of Giants*, 159.

<sup>97</sup> Ebd. 179f.

## Zusammenfassung

Das salomonischste Urteil, das in letzter Zeit über den Ausbruch des Deutsch-Französischen Kriegs gefällt wurde, wirkt auf Anhieb wie das schlüssigste: Sowohl die französische als auch die preußische Regierung waren schuld. Es stammt von einem amerikanischen Militärhistoriker, Geoffrey Wawro, und ist eine Insel der Neutralität in einem hin- und herwogenden Streit, wer den größeren Teil der Verantwortung trägt. Für Wawro resultierte der Krieg von 1870 ebenso sehr aus dem Bedürfnis Napoleons III., Preußen eine Lektion zu erteilen, wie aus dem Streben Bismarcks, die kleindeutsche Einigung auf kriegerischem Weg herbeizuführen.<sup>1</sup> Die Krise um Spanien sei deshalb beiden Seiten nicht unwillkommen gewesen. Der Kaiser bekam das außenpolitische Kräftenessen, das seine Herrschaft in Frankreich festigen sollte, und der norddeutsche Kanzler den „Rammbock“, der die Hindernisse auf dem Weg zur deutschen Einheit beiseite räumen sollte.

Die Vogelperspektive, aus der Wawro die Ereignisse betrachtet, birgt jedoch die Gefahr, entscheidende Details zu übersehen. Hier das seit langem bestehende Kalkül des „Genies“ Bismarck (Wawro), dort die passende Gelegenheit für das seit Jahren gegen den Abstieg kämpfende Frankreich – ordnen sich die Zusammenhänge wirklich nach diesem einfachen Muster? Die taktischen Zwänge, die sich aus dem Krisenverlauf ergaben, waren in Wahrheit so stark, dass sie neben etwa bestehenden strategischen Absichten der Akteure ein Eigenleben entwickelten. Die Frage ist also nicht nur, ob der Krieg den Regierungen a priori ins Konzept passte, wie Wawro behauptet, sondern auch, inwieweit eine Entscheidung zur Deeskalation ihnen gegen Ende des diplomatischen Gefechts überhaupt noch möglich war.

Wie wir verfolgen konnten, verrät ein genauer Blick auf Bismarcks Taktik, dass die Geschichte der Julikrise für den preußischen Ministerpräsidenten zunächst einmal eine Geschichte des Scheiterns war. Es gelang ihm nicht, sein Projekt mithilfe der Argumente, die er sich zurechtgelegt hatte, vor außenpolitischem Zugriff zu schützen. Aus der Herrschaft in Spanien, die er den Hohenzollern aufgedrängt hatte, wurde nichts. Stattdessen führten die französischen Gegenmaßnahmen, deren Effektivität er unterschätzte, zu einer Niederlage, die „schlimmer als die von Olmütz“ war,<sup>2</sup> so Bismarck später, also die schlimmste Blamage, die einem preußischen Staatsmann widerfahren konnte. Er konnte dafür nur die Haltung des Königs verantwortlich machen, mit der er jedoch hätte rechnen können, ebenso wie mit der Tatsache, dass ein solches Vorhaben sich nicht bis zuletzt geheim halten lässt.

---

<sup>1</sup> Wawro, *Franco-Prussian War*, 22, 31f. u. 34-38.

<sup>2</sup> Ritter, *Stadelmann* (Hg.), *Erinnerung und Gedanke*, 306f. Vgl. auch *Wetzel*, *Duel of Giants*, 150.

Erst als die Kandidatur unerwartet misslang, wurde der Gewaltakt nötig, mit dem der Kanzler die Situation noch zu seinen Gunsten wendete. Überzeugt, dass sein Werk und seine Stellung auf dem Spiel standen,<sup>3</sup> trat er die Flucht nach vorn an und schwenkte auf offenen Konfrontationskurs mit Frankreich ein – noch ehe die französische Garantieforderung in Berlin vorlag. Entschlossen, sich und Preußen nicht mit der Niederlage abzufinden, griff er dazu wie Gramont auf den „unfreundlichen Akt“ der Gegenseite zurück (die Kriegsdrohung Frankreichs am 6. Juli), und setzte den Preis für die Erhaltung des Friedens hoch an (er forderte eine peinliche Zurücknahme der aller Welt bekannten Drohung). Dass er dabei den Krieg in Kauf nahm, ist eine gängige These.<sup>4</sup> Entscheidend ist aber auch, dass er das Steuer schon deshalb so entschieden herumriss, weil er den Fehler ausbügeln musste, der ihm bei der Planung der Kandidatur unterlaufen war. Vor dem Ausbruch des Deutsch-Französischen Kriegs steht also nicht nur eine wie auch immer geartete strategische Überlegung, sondern zunächst der Bankrott einer vermeintlich sicheren Abwehrtaktik – ohne, dass der Kanzler dafür jemals kritisiert würde.

Was die französische Regierung betrifft, so hat die Geschichtsschreibung deren taktische Missgriffe viel stärker beleuchtet als die der preußischen.<sup>5</sup> Auch in Paris hatte man sich in einen Wust aus nationaler Empörung und regierungsdienlichem Prestigestreben verstrickt, der praktisch nur mehr den Schritt nach vorn übrig ließ. Im Nachhinein betrachtet war das ein Schritt ins Verderben. Wer aber Außenminister Gramont deswegen schlicht für „töricht“ erklärt,<sup>6</sup> vergisst, dass gerade seine und Ministerpräsident Olliviers unorthodoxe Vorgehensweise Bismarck an den Rand der Niederlage gebracht hatte. In der Ereiferung über Gramont wird überhaupt gern übersehen, dass die Idee zur Parlamentserklärung am 6. Juli sowie die entscheidende Passage darin von Ollivier stammten.<sup>7</sup> Wie aber würde man die beiden Minister heute sehen, hätte Moltke den Krieg für Bismarck nicht gewonnen?

Einen Hauptverantwortlichen für das französische Debakel zu finden, ist nicht so einfach, wie manche Historiker es sich gemacht haben. Die Minister wurden in ihrem Vorgehen von denen bestärkt, die es als Einzige hätten besser wissen können: vom Kriegsminister und vom Kaiser. Bei aller berechtigten Kritik an Gramont: Wie hätte der Außenminister die militärischen Kräfteverhältnisse vorsichtiger einschätzen können, wenn diese beiden zentralen Figuren ihm versichern, dass alles in bester Ordnung sei, ja, dass es sogar keinen günstigeren

---

<sup>3</sup> *Dittrich*, Ursachen und Ausbruch des deutsch-französischen Krieges, 89.

<sup>4</sup> Siehe Einleitung (Anm. 10).

<sup>5</sup> Vgl. etwa *Kolb*, Kriegsausbruch 1870, 130f.

<sup>6</sup> „foolish“, *Wawro*, Franco-Prussian War, 36. Vgl. auch die lautstarke Kritik an Gramont bei *Wetzel*, *Duel of Giants*, 31 u. passim.

<sup>7</sup> *Kolb*, Kriegsausbruch 1870, 87f. u. 97f.

Zeitpunkt geben könne, um gegen Preußen zu Felde zu ziehen? Der Kaiser bestärkte seinen Minister in dem Glauben, dass internationale Allianzen zustande kommen würden, die unter Gramonts Vorgängern verhandelt worden waren, und Kriegsminister Le Bœuf erklärte die französische Armee mit Nachdruck für bereiter denn je, wenn nicht für überlegen (wie übrigens die meisten in Europa, die Gramont damals gefragt hätte).<sup>8</sup>

Das große Mysterium im Zusammenhang mit dem Kriegsausbruch 1870 bleibt die bedenkenlose Art, mit der Bismarck den Kaiser der Franzosen unter Druck setzte. Angefangen beim spanischen Thronangebot: Mit welcher Reaktion Napoleons III. rechnete der Kanzler insgeheim bei dessen Annahme und bei der endgültigen Durchsetzung der Kandidatur nach der Bestellung des Preußengegners Gramont zum Außenminister im Mai? Hielt er die Hohenzollern-Kandidatur für einen ausreichenden Kriegsgrund für Frankreich (oder wenigstens einen brauchbaren Kriegsvorwand) oder glaubte er tatsächlich, wie in der vorliegenden Arbeit vorausgesetzt, so fest an seine „unüberwindbare“ (Zitat) Abwehrtaktik, dass er nicht mehr als eine „vorübergehende Gärung“ in Frankreich erwartete, die ohne Wirkung bleiben würde?<sup>9</sup> Was versprach er sich von der Garantieforderung, die er am 13. Juli zu stellen beabsichtigte? Ging er davon aus, damit einen Krieg zu provozieren, wie Becker und andere meinen,<sup>10</sup> oder erwartete er, dass der Einsatz dem französischen Kaiser zu hoch werden würde, was ebenfalls immer wieder behauptet wird?<sup>11</sup>

Das Problem scheint trotz aller Bemühungen vonseiten der Größten des Fachs – oder gerade wegen ihrer widersprechenden Sichtweisen – nicht zufriedenstellend gelöst. Bismarcks „Diversions“-Depesche vom März 1869, von Becker als eines der zentralen Dokumente seiner Argumentationskette herausgestellt, belastet den Angeklagten schwer (Bismarck: „Frankreich [durch die Beziehungen zu Spanien] zum Angriffe oder zur Bedrohung [!] Deutschlands“ nötigen).<sup>12</sup> Aber, so könnte man einwenden, sie wurde doch auch wieder in anderem Zusammenhang, zu anderem Zweck und für einen bestimmten Adressaten geschrieben.<sup>13</sup> Kolbs Überlegungen deuten exakt in die Gegenrichtung (die Reaktion Frankreichs sei in dieser Form nicht vorhersehbar gewesen und überraschte ganz Europa, inklusive Bismarck);<sup>14</sup> dass der Kanzler mit der spanischen Kandidatur aber strategisch den Frieden sichern

<sup>8</sup> Vgl. *Radewahn*, Europäische Fragen im Kalkül der französischen Außenpolitik, 57f. sowie *Kolb*, Kriegsausbruch 1870, 97f. Vgl. auch *Ohnezeit*, Der Deutsch-Französische Krieg, 62f.

<sup>9</sup> „fermentation passagère“, „inexpugnable“, vgl. Bucher an Salazar (sog. „Instruktionsbrief Bismarcks“), 25.6., Becker, Bd. 2, Nr. 628, 371f.

<sup>10</sup> Vgl. auch *Mommsen*, Ringen um den nationalen Staat, 229.

<sup>11</sup> Vgl. etwa *Ohnezeit*, Der Deutsch-Französische Krieg, 69.

<sup>12</sup> Bismarcks spanische „Diversions“-Depesche an Gesandten Prinz Reuß, 9.3.1869, Becker, Bd. 1, Nr. 64, 104-107, hier 106f.

<sup>13</sup> Vgl. auch *Wetzel*, Reply to Josef Becker's Response, 112f.

<sup>14</sup> *Kolb*, Kriegsausbruch 1870, 54f. u. 61.

wollte, wie Kolb meint, fällt schon angesichts des Wissens um die Geschichte Frankreichs und vor allem um dessen kompromissloses Aufbegehren gegen jede Umklammerung schwer zu glauben.

Wäre hingegen das Bild, das Bismarck von Napoleon III. hatte, ausreichend erforscht, müssten auch die taktischen Züge des Kanzlers sich lückenloser erschließen. Das gilt etwa für die im Rahmen dieser Arbeit identifizierten Schlüsselfragen in Bezug auf Bismarcks Überlegungen nach Ausbruch der Krise: (1) Ob er infolge der französischen Kriegsdrohung an „parti pris“ glaubte, wie er im ersten Augenblick notierte, oder an „künstlich montierten Lärm“, wie er später dem König gegenüber behauptete;<sup>15</sup> (2) ob er eine Kehrtwende Napoleons und der französischen Regierung am 13. Juli für möglich hielt. Selten werden diese Fragen explizit gestellt. Ihre Beantwortung indes würde wiederum Rückschlüsse auch auf die strategischen Absichten gestatten, deren Diskussion in der Forschung ansonsten etwas verfahren wirkt. Sollte er sich in Bezug auf den französischen Kaiser tatsächlich getäuscht haben, wird man ihm kaum weiter vorwerfen können, mit Krieg fest gerechnet zu haben. Man müsste dann aber in aller Deutlichkeit festhalten, dass er den militärischen Konflikt ganz ähnlich wie die französische Regierung aufgrund von Fehlern zu verantworten hat. Zu glauben, Napoleon III. werde vor einem Krieg zurückschrecken – wäre das nicht ebenso illusionär gewesen wie die Erwartung der französischen Regierung, Preußen werde gerade wegen einer französischen Kriegsdrohung zurückweichen? In Kombination mit der gescheiterten Defensivtaktik müsste das doch Grund genug sein, den Kanzler auch im Falle friedlicher Absichten strenger an der Prämisse Kolbs zu messen, der zufolge es auf das Wollen einer Regierung, einen Krieg herbeizuführen oder nicht, nicht ankommt.<sup>16</sup>

Der Schritt über den Rubikon – oder besser: über den Rhein und den Main – war die „Emser Depesche“. Mithilfe der Desinformationskampagne, zu der sie den Startschuss gab, sicherte Bismarck sich endgültig den Beistand Süddeutschlands, und er überzeugte die große Mehrheit der deutschen (und europäischen) Öffentlichkeit, dass der französische Botschafter auf Geheiß von Paris den König von Preußen in Ems provoziert und beleidigt habe. Karl Antons Kandidaturverzicht, der tags zuvor erfolgt war, befreite den Kanzler dabei hinreichend von dem Verdacht, den Frieden zu stören.<sup>17</sup> Die französische Regierung ihrerseits hatte ihren Handlungsspielraum durch die in aller Deutlichkeit gestellte Garantieforderung in schwerwiegender Weise eingeengt und sah nun, um zu retten, was von der kontinentalen Vorrang-

---

<sup>15</sup> War die Behauptung nur ein Trick? Zweifelte er noch an der Entschlossenheit des französischen Kaisers? Oder stimmt der Eindruck des Verfassers, dass er schwankte? Siehe auch Kapitel 3 (S. 39).

<sup>16</sup> Siehe Einleitung (Anm. 13).

<sup>17</sup> *Becker*, Franco-Prussian Conflict, 100f.

stellung noch übrig war, nur den Ausweg des Kriegs<sup>18</sup> – des Kriegs gegen eine Militärmacht, die Frankreichs Vormacht nicht länger anzuerkennen bereit war.<sup>19</sup> So wie Bismarck sich nach der Kammererklärung der Franzosen noch tiefer in die Defensive zurückgezogen hatte, so wurde die Pariser Regierung durch die „Emser Depesche“ aus der Offensive in die Defensive gedrängt.<sup>20</sup> Nicht wegen der „unverschämte[n] Wortwahl“ des Kanzlers,<sup>21</sup> wie es immer wieder in dessen Erzählung über das rote Tuch und den gallischen Stier hingelegt wurde und wird,<sup>22</sup> sondern wegen der öffentlichen Abschmetterung der Forderung an sich und zwar durch den König von Preußen, wie schon der Text der französischen Kriegserklärung nahelegt.<sup>23</sup>

Zu einer Zeit, in der der Stolz regierte, war ein friedlicher Ausgleich nicht mehr möglich. Nimmt man dazu die Siegesgewissheit, die auf beiden Seiten herrschte, so erhält man das explosive Gemisch der bilateralen Beziehungen zwischen Norddeutschland und Frankreich im Sommer 1870.

Am 14. Juli, als die Zeichen bereits auf Sturm standen, erhielt Bismarck schließlich noch den vollständigen Bericht des Botschafters in Paris über Gramonts Vorschlag, wie eine bleibende Verstimmung zwischen Frankreich und Preußen vermieden werden könnte.<sup>24</sup> Er hielt die Idee für so dreist, dass er den Bericht später dem Reichstag vorlegte, als eines der Dokumente, die den Ursprung des Kriegs illustrieren sollten.<sup>25</sup> Die Anregung, König Wilhelm könnte zur „Beschwichtigung der allgemeinen Volksstimmung“ in Frankreich einen Brief an Kaiser Napoleon richten,<sup>26</sup> wurde in Berlin und Ems als Aufforderung an den König interpretiert, sich öffentlich zu entschuldigen, und als Unverschämtheit empfunden.<sup>27</sup> Bismarck befahl dem preußischen Botschafter, sofort aus Paris abzureisen.<sup>28</sup>

Seine diesbezügliche Instruktion ist als Nachsatz nicht uninteressant. Sie offenbart den Mangel an Kommunikation, der trotz einer Fülle an Worten zwischen Berlin und Paris herrschte.<sup>29</sup> „Da Sie leider den Auftrag ... angenommen haben“, so Bismarck, „[Gramonts]

<sup>18</sup> Vgl. auch *Mommsen*, Ringen um den nationalen Staat, 230.

<sup>19</sup> *Fehrenbach*, Preußen-Deutschland als Faktor der französischen Außenpolitik, 126.

<sup>20</sup> *Kolb*, Kriegsausbruch 1870, 141.

<sup>21</sup> „insolent wording“, vgl. *Wawro*, Franco-Prussian War, 37.

<sup>22</sup> Vgl. *Ritter*, *Stadelmann* (Hg.), Erinnerung und Gedanke, 310.

<sup>23</sup> *Walder*, Emser Depesche, 147. Vgl. auch *Kolb*, Kriegsausbruch 1870, 141.

<sup>24</sup> Werther an König Wilhelm, 12.7., Becker, Bd. 3, Nr. 827, 6-9, hier 8. Der Inhalt des Berichts war Bismarck zu diesem Zeitpunkt im Wesentlichen schon aus Telegrammen bekannt, vgl. Abeken an Bismarck, 13.7., Lord, Nr. 176, 226 sowie Werther an das Auswärtige Amt, 13.7., Lord, Nr. 183, 229f.

<sup>25</sup> Vgl. Werther an König Wilhelm, 12.7., Lord, Nr. 150, 206-209, hier 206, Anm. 1.

<sup>26</sup> Werther an König Wilhelm, 12.7., Becker, Bd. 3, Nr. 827, 6-9, hier 8.

<sup>27</sup> Bismarck an Werther, 14.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1616, 373. Vgl. auch König Wilhelm an Abeken, 13.7., Lord, Nr. 178, 227.

<sup>28</sup> Bismarck an Werther, 14.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1621, 375.

<sup>29</sup> Vgl. auch umgekehrt Gramont an Benedetti, 12./13.7., OD, Bd. 28, Nr. 8437, 261f., hier 262. Der darin enthaltene Auftrag des französischen Außenministers, bestimmte Worte ausdrücklich auch an den Ministerpräsidenten zu richten und nicht nur an den preußischen König, erübrigte sich, weil Bismarck nicht nach Ems kam.

Zumuthungen zu übermitteln, so zeigen Sie demselben an, daß ich vermuthe, Sie müssten [ihn] missverstanden haben, u[nd] als Minister des Königs es ablehne, die französischen Forderungen zum Vortrage bei S[einer] Maj[estät] zu bringen ... .“<sup>30</sup>

Es war das erste direkt an den französischen Außenminister gerichtete Wort im Verlauf der gesamten Krise.

---

<sup>30</sup> Bismarck an Werther, 14.7., GW, Bd. 6b, Nr. 1621, 375.

## Quellenverzeichnis

### Gedruckte Primärquellen:

- Becker:<sup>1</sup> Josef *Becker* (Hg.), unter Mitarbeit von Michael *Schmid*, Bismarcks spanische „Diversion“ 1870 und der preußisch-deutsche Reichsgründungskrieg. Quellen zur Vor- und Nachgeschichte der Hohenzollern-Kandidatur für den Thron in Madrid 1866-1932. 3 Bde. (Paderborn/München/Wien/Zürich 2003-2007).
- Bd. 1: Der Weg zum spanischen Thronangebot. Spätjahr 1866 – 4. April 1870 (2003).
- Bd. 2: Aus der Krise der kleindeutschen Nationalpolitik in die preußisch-französische Julikrise 1870. 5. April 1870 – 12. Juli 1870 (2003).
- Bd. 3: Spanische „Diversion“, „Emser Depesche“ und Reichsgründungslegende bis zum Ende der Weimarer Republik. 12. Juli 1870 – 1. September 1932 (2007).
- Bonnin: Georges *Bonnin* (Hg.), translated by Isabella M. *Massey*, Bismarck and the Hohenzollern Candidature for the Spanish Throne. The Documents in the German Diplomatic Archives (London/Toronto 1957).
- Dittrich: Jochen *Dittrich*, Bismarck, Frankreich und die spanische Thronkandidatur der Hohenzollern. Die „Kriegschuldfrage“ von 1870. Im Anhang Briefe und Aktenstücke aus dem Fürstlich Hohenzollernschen Hausarchiv (München 1962).
- Fester: Richard *Fester* (Hg.), Briefe, Aktenstücke und Regesten zur Geschichte der Hohenzollernschen Thronkandidatur in Spanien. 2 Hefte (Quellensammlung zur deutschen Geschichte, Leipzig/Berlin 1913).
- Heft 1: Bis zum 6. Juli 1870 (Gramonts Erklärung) (1913).
- Heft 2: Die Emser Verhandlungen und die Nachspiele der Kandidatur (1913).
- GW: *Bismarck*. Die gesammelten Werke. 15 Bde. (Berlin 1924-1935).
- Bd. 6b: Politische Schriften. 1869 bis 1871. Bearbeitet von Friedrich *Thimme* (1931).

---

<sup>1</sup> Die angegebenen Kurztitel entsprechen denen, die in den Anmerkungen verwendet werden.

- Bd. 7: Gespräche. Erster Band: Bis zur Aufrichtung des Deutschen Reiches. Herausgegeben und bearbeitet von Willy *Andreas* (<sup>2</sup>1924).
- Bd. 14/II: Briefe. Zweiter Band: 1862 – 1898. Herausgegeben von Wolfgang *Windelband* und Werner *Frauendienst* (1933).
- Lord: Robert Howard *Lord*, *The Origins of the War of 1870*. New Documents from the German Archives (Harvard Historical Studies 28, Cambridge/London 1924).
- OD: Henri *Charles-Lavauzelle* (Hg.), *Les Origines Diplomatiques de la Guerre de 1870-1871*. Recueil de Documents Publié par le Ministère des Affaires Étrangères. 29 Bde. (Paris 1910-1932).
- Bd. 28: 1<sup>er</sup> – 15 Juillet 1870 (1931).
- Oncken: Hermann *Oncken*, *Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863 bis 1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71*. Nach den Staatsakten von Österreich, Preußen und den süddeutschen Mittelstaaten. 3 Bde. (Stuttgart/Berlin/Leipzig 1926).
- Bd. 3: Juli 1868 bis August 1870 (1926).
- Walder: Ernst *Walder* (Bearb.), *Die Emser Depesche (Quellen zur neueren Geschichte 27/28/29, 2., durchgeseh. Aufl. Bern 1972)*.

*Sekundärquellen:*

- Sylvie *Aprile*, *La II<sup>e</sup> République et le Second Empire 1848-1870*. Du Prince Président à Napoléon III (Histoire Politique de la France, Paris 2000).
- Winfried *Baumgart*, *Europäisches Konzert und nationale Bewegung*. Internationale Beziehungen 1830-1878 (Handbuch der Geschichte der Internationalen Beziehungen 6, Paderborn/München/Wien/Zürich 1999).
- Josef *Becker*, *Der Krieg mit Frankreich als Problem der kleindeutschen Einigungspolitik Bismarcks 1866-1870*. In: Michael *Stürmer* (Hg.), *Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870-1918* (Düsseldorf 1970) 75-88.

- Josef *Becker* (Hg.), [Bismarcks spanische „Diversion“ 1870, Bd. 1].
- Josef *Becker* (Hg.), [Bismarcks spanische „Diversion“ 1870, Bd. 3].
- Josef *Becker*, The Franco-Prussian Conflict of 1870 and Bismarck's Concept of a „Provoked Defensive War“: A Response to David Wetzel. In: *Central European History* 41 (2008) 93-109.
- Georges *Bonnin* (Hg.), [Bismarck and the Hohenzollern Candidature].
- Chester W. *Clark*, Bismarck, Russia, and the Origins of the War of 1870. In: *The Journal of Modern History* 14 (1942) 195-208.
- Gordon A *Craig*, Die preußisch-deutsche Armee 1640-1945. Staat im Staate (Düsseldorf 1960). [*gesichtet*]<sup>2</sup>
- Adrien *Dansette*, Du 2 décembre au 4 septembre. Le Second Empire (o. O. 1972).
- Jochen *Dittrich*, [Bismarck, Frankreich und die spanische Thronkandidatur]. [*gesichtet*]
- Jochen *Dittrich*, Ursachen und Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870/71. In: Theodor *Schieder*, Ernst *Deuerlein* (Hg.), Reichsgründung 1870/71. Tatsachen Kontroversen Interpretationen (Stuttgart 1970) 64-94.
- Anselm *Doering-Manteuffel*, Die deutsche Frage und das europäische Staatensystem 1815 – 1871 (Enzyklopädie deutscher Geschichte 15, 3., um einen Nachtr. erw. Aufl. München 2010). [*gesichtet*]
- Manuel *Espadas Burgos*, José Ramón *de Urquijo Goitia*, Guerra de la Independencia y Época Constitucional (1808-1898) (Historia de España 11, Madrid 1990).
- Elisabeth *Fehrenbach*, Preußen-Deutschland als Faktor der französischen Außenpolitik in der Reichsgründungszeit. In: *Historische Zeitschrift*, Beiheft 6 (Neue Folge): Europa und die Reichsgründung. Preußen-Deutschland in der Sicht der großen europäischen Mächte 1860-1880 (1980) 109-137.
- Lothar *Gall*, Bismarck. Der weiße Revolutionär (Frankfurt am Main/Berlin/Wien <sup>4</sup>1980).
- Lothar *Gall*, Bismarcks Süddeutschlandpolitik 1866-1870. In: *Kolb* (Hg.), [Europa vor dem Krieg von 1870], 23-32.
- Herbert *Geuss*, Bismarck und Napoleon III. Ein Beitrag zur Geschichte der preußisch-französischen Beziehungen 1851-1871 (Kölner Historische Abhandlungen 1, Köln/Graz 1959).

---

<sup>2</sup> Der Vermerk [*gesichtet*] kennzeichnet ein Werk, das nicht zitiert wird.

- Wolfgang von Grootte, Moltkes Planungen für den Feldzug in Böhmen und ihre Grundlagen. In: *Ders.*, Ursula von Gersdorff (Hg.), Entscheidung 1866. Der Krieg zwischen Österreich und Preußen (Stuttgart 1966) 77-104, Anm. 336f.
- Michael Howard, The Franco-Prussian War. The German Invasion of France, 1870-1871 (London 1961).
- Walter von Hueck (Hauptbearb.), Genealogisches Handbuch der fürstlichen Häuser, Bd. 8 (Genealogisches Handbuch des Adels 42, Limburg a. d. Lahn 1968).
- Hans-Otto Kleinmann, Die spanische Thronfrage in der internationalen Politik vor Ausbruch des deutsch-französischen Krieges. In: Kolb (Hg.), [Europa vor dem Krieg von 1870], 125-149.
- Eberhard Kolb, Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870 (Göttingen 1970).
- Eberhard Kolb (Hg.), unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner, Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellation – Konfliktfelder – Kriegsausbruch (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 10, München 1987).
- Eberhard Kolb, [Rezension von Becker (Hg.), Bismarcks spanische „Diversion“ 1870, Bd. 1 u. 2]. In: HZ 278 (2004) 485-488.
- Jens Peter Kutz, Vom Bruderkrieg zum *casus foederis*. Die Schutz- und Trutzbündnisse zwischen den süddeutschen Staaten und Preußen (1866-1870) (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 1045, Frankfurt am Main 2007).
- William L. Langer, Bismarck as a Dramatist. In: Sarkissian (Hg.), [Studies in Diplomatic History], 199-216.
- William L. Langer, Red Rag and Gallic Bull. The French Decision for War, 1870. In: Otto Brunner, Dietrich Gerhard (Hg.), Europa und Übersee. Festschrift für Egmont Zechlin (Hamburg 1961) 135-154.
- Robert H. Lord, [Origins of the War of 1870].
- Manfred Messerschmidt, Preußens Militär in seinem gesellschaftlichen Umfeld. In: Puhle, Wehler (Hg.), [Preußen im Rückblick], 43-88. [gesichtet]
- Wolfgang J. Mommsen, Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck 1850 bis 1890 (Propyläen Geschichte Deutschlands 7/1, Frankfurt am Main/Berlin 1993).

- Leonhard *von Muralt*, Die diplomatisch-politische Vorgeschichte. In: Wolfgang *von Groote*, Ursula *von Gersdorff* (Hg.), Entscheidung 1870. Der deutsch-französische Krieg (Stuttgart 1970) 9-43.
- Maik *Ohnezeit*, Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71: Vorgeschichte, Ursachen und Kriegsausbruch. In: Jan *Ganschow*, Olaf *Haselhorst*, *Ders.* (Hg.), Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Vorgeschichte – Verlauf – Folgen (Graz 2009) 17-82.
- Hermann *Oncken*, [Rheinpolitik Kaiser Napoleons III., Bd. 1].
- Hans-Jürgen *Puhle*, Hans-Ulrich *Wehler* (Hg.), Preußen im Rückblick (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 6, Göttingen 1980). [*gesichtet*]
- Hans-Jürgen *Puhle*, Preußen: Entwicklung und Fehlentwicklung. In: *Ders.*, *Wehler* (Hg.), [Preußen im Rückblick], 11-42. [*gesichtet*]
- Wilfried *Radewahn*, Europäische Fragen und Konfliktzonen im Kalkül der französischen Außenpolitik vor dem Krieg von 1870. In: *Kolb* (Hg.), [Europa vor dem Krieg von 1870], 33-63.
- Gerhard *Ritter*, Rudolf *Stadelmann* (Hg.), Erinnerung und Gedanke. Kritische Neuausgabe auf Grund des gesamten schriftlichen Nachlasses (*Bismarck. Die gesammelten Werke* 15, Berlin 1932).
- Arshag O. *Sarkissian* (Hg.), Studies in Diplomatic History and Historiography. In Honour of G. P. Gooch (London 1961).
- Ivan *Scott*, The Diplomatic Origins of the Legion of Antibes: Instrument of Foreign Policy during the Second Empire. In: Nancy N. *Barker*, Marvin L. *Brown*, Jr. (Hg.), Diplomacy in an Age of Nationalism. Essays in Honor of Lynn Marshall Case (The Hague, 1971) 144-160.
- Bernd *Sösemann*, Publizistik in staatlicher Regie. Die Presse- und Informationspolitik der Bismarck-Ära. In: Johannes *Kunisch* (Hg.), Bismarck und seine Zeit (Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, Neue Folge, Beiheft 1, Berlin 1992) 281-308. [*gesichtet*]
- Lawrence D. *Steeffel*, Bismarck and Bucher: The „Letter of Instructions“ of June 1870. In: *Sarkissian* (Hg.), [Studies in Diplomatic History], 217-224.
- Lawrence D. *Steeffel*, Bismarck, the Hohenzollern Candidacy, and the Origins of the Franco-German War of 1870 (Cambridge 1962).

- Torsten *Stein*, Christian von *Buttlar*, Völkerrecht (Köln/Berlin/München, 11., kompl. neubearb. Aufl. 2005).
- Gerald *Stourzh*, Außenpolitik, Diplomatie, Gesandtschaftswesen: zur Begriffsklärung und historischen Einführung. In: Erich *Zöllner* (Hg.), Diplomatie und Außenpolitik Österreichs. 11 Beiträge zu ihrer Geschichte (Schriften des Institutes für Österreichkunde 30, Wien 1977) 10-25, Anm. 26f.
- Dieter *Tiemann*, Die Vorgeschichte des Krieges von 1870/71 in deutschen und französischen Schulgeschichtsbüchern (ungedr. erziehungswissenschaftl. Diss. Wuppertal 1976).  
[gesichtet]
- Ernst *Walder* (Bearb.), [Emser Depesche].
- Geoffrey *Wawro*, The Franco-Prussian War. The German Conquest of France in 1870-1871 (Cambridge/New York etc. 2003; Paperback 2005).
- David *Wetzel*, A Duel of Giants. Bismarck, Napoleon III, and the Origins of the Franco-Prussian War (Madison 2001).
- David *Wetzel*, [Rezension von *Becker* (Hg.), Bismarcks spanische „Diversion“ 1870, Bd. 1 u. 2]. In: Central European History 37 (2004) 606-612.
- David *Wetzel*, A Reply to Josef Becker's Response. In: Central European History 41 (2008) 111-124.



---

## ANDERWEITIGE ERFAHRUNGEN

- September 2009      Praktikum bei der Direction régionale des affaires culturelles (Straßburg) auf Einladung der ENA (Ecole Nationale d'Administration) und der Diplomatischen Akademie Wien
- Oktober 2007        Mitgestaltung einer Ausstellung über die 12. Isonzoschlacht 1917, Österreichisches Staatsarchiv Wien
- Juli 2004             Praktikum als TV-Journalist, ORF-Sendungen Report und Newsflash
- 

## PUBLIKATIONEN

- 2007                    Als Historiker Aufsatz über den Gaskampf an der österreichisch-italienischen Front im Ersten Weltkrieg:  
  
                              Felix *Radax*, Giftgas und das „Wunder von Karfreit“. In: Manfred *Rauchensteiner* (Hg.), *Waffentreue. Die 12. Isonzoschlacht 1917* (Wien 2007) 49-63.
- 2000 – 2004         Als Journalist Autor und Koautor von mehr als 150 Artikeln
- 

## FREMDSPRACHEN

- 2010                    Cambridge Certificate of Proficiency in English (C2)
- 2010                    Diplôme Approfondi de Langue Française (C2)
- Italienisch und Latein passiv, etwas Spanisch.
- 

## INTERESSEN

Musik: Klavier und Synthesizer, Tontechnik.

                              Als Kind und Jugendlicher Studium des klassischen Klaviers an der Universität für Musik Wien, später Jazzunterricht.

                              Keyboard und andere Instrumente in Rockbands, Koautor und Komponist. Semifinale International Live Award 2007.

Sport: Fußball und Judo.

                              Bis zum Alter von 13 Jahren Teilnahme an Judo-Wettkämpfen, Gewinn der Wiener Meisterschaft 1994.

---

